

# EUROPA-ARCHIV

Zeitgeschichte · Zeitkritik · Verwaltung · Wirtschaftsaufbau

Herausgegeben von Wilhelm Cornides

1. Jahr

JULI 1946

1. Folge

## INHALT

### POLITISCHES ARCHIV

Probleme der europäischen Friedensordnung . . . . .	3
<i>Das Rhein-Ruhr-Problem</i> . . . . .	3
<i>Das Problem Südtirol</i> . . . . .	9
Die Wahlen in Sowjetrußland . . . . .	14
Weltorganisation und Weltfriedenspläne . . . . .	18
<i>Von der Atlantik-Charta zur Konferenz von Dumbarton Oaks</i>	18
<i>Weltorganisation und Weltnot</i> . . . . .	20

### ARCHIV FÜR VERWALTUNG UND WIRTSCHAFTSAUFBAU

Die Währungs- und Finanzabkommen der Konferenz von	
Bretton Woods (Archivbericht) . . . . .	21
Die Internationale Handelskammer (Archivbericht) . . . . .	23
Europäischer Zentralflughafen Rhein-Main (Archivbericht) . . . . .	24
Die deutsche Kohlenproduktion im ersten Jahr nach der Einstellung	
der Feindseligkeiten . . . . .	25
Probleme des Flüchtlingsdienstes in Deutschland (Archivbericht) . . . . .	29
Europäischer Wiederaufbau im 1. Quartal 1946 . . . . .	32

### KULTURARCHIV

Berichte aus Sowjetrußland . . . . .	37
<i>Die Literatur</i> (Archivbericht) . . . . .	37
<i>Das Theater</i> . . . . .	40
<i>Kurzberichte</i> . . . . .	42
Aus der amerikanischen besetzten Zone Deutschlands . . . . .	43
<i>Die Organisation der Nachrichtenkontrolle</i> (Archivbericht) . . . . .	43
<i>Die lizenzierten Zeitungen   DANA   Filme</i> . . . . .	44
Miszellen . . . . .	45
Personalbogen der Bühnen (Archivbericht) . . . . .	47

*Nachdruck nur bei Quellenangabe „Europa-Archiv“ gestattet. Mit „Archivbericht“ gekennzeichnete Beiträge dürfen nur mit Genehmigung des Herausgebers wiedergegeben werden.*

## Leitfaden für den Leser

„Man feiere nur, was glücklich vollendet ist. Alle Zeremonien zum Anfange erschöpfen Lust und Kräfte, die das Streben hervorbringen und uns bei einer fortgesetzten Mühe beistehen sollen.“ Diese Weisung Goethes ist nirgends mehr am Platze als in der Einleitung einer neuen Zeitschrift. Auch der Leser wird es in diesen Tagen, da die Zeremonie der Zeitschriften-Eröffnung so vielseitig durchexerziert und abgewandelt wird, begrüßen, wenn er ohne Umschweife mit dem Zweck der vorliegenden Veröffentlichung vertraut gemacht wird und sich selbst sein Urteil über ihre Verwendbarkeit bilden kann.

### WAS WILL DAS EUROPA-ARCHIV?

Es will die in der In- und Auslandspresse, in Zeitschriften- und Buchveröffentlichungen verstreuten Daten und Berichte zu den wesentlichen Zeitfragen in Politik, Wirtschaft und Kultur sammeln, sichten und in einer Form festhalten, die eine schnelle Uebersicht und ein zuverlässiges Nachschlagen ermöglicht. Es wird als Zeitschrift erscheinen und in jeder

Lieferung ein in sich abgeschlossenes Ganzes darstellen. Gleichzeitig ist aber die Jahreslieferung so geplant, daß bei einem späteren Auseinandernehmen der einzelnen Hefte durch Einordnung der Blätter nach Sachgebieten eine fortlaufende Berichterstattung zu diesen Sachgebieten aufgebaut wird. Wenn also zum Beispiel in dieser ersten Lieferung unter dem Sachgebiet „Probleme der europäischen Friedensordnung“ über das Ruhrproblem und über Südtirol berichtet wird, so sollen in späteren Folgen die anderen schwebenden Fragen der europäischen Friedensordnung in gleicher Weise behandelt und durch zusammenfassende Darstellungen über den Gang der Verhandlungen ergänzt werden, so daß am Ende des Jahres, wenn alle Beiträge zusammen abgeheftet werden, ein geschlossenes Bild der Problematik der europäischen Friedensordnung in diesem Jahre geboten wird. Dieser Gesamtplan wird so beweglich gehalten, daß die einzelnen Lieferungen oder Ausschnitte ohne weiteres auch in schon bestehende Archive eingebaut werden können. Zu die-



sem Zwecke werden außerdem besondere Archiv-Drucke hergestellt, die den gleichen Text auf einseitig bedruckten Blättern bringen und gesondert bezogen werden können. So soll das Europa-Archiv innerhalb der durch die technischen Schwierigkeiten der Zeitlage gesetzten Grenzen sozusagen eine Miniatur-Enzyklopädie für die wesentlichen Tagesfragen in Politik, Wirtschaft und Kultur werden.

Als „Archiv für Zeitgeschichte“ will das Europa-Archiv damit die Zeitspanne überbrücken helfen, in welcher die wichtigsten Ereignisse auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet in den historischen Darstellungen noch nicht berücksichtigt und in den allgemeinen Archiven zugänglich gemacht werden. Dabei sollen vor allem die Wissenslücken geschlossen werden, die durch die Zensur und den geistigen Terror des Nationalsozialismus entstanden sind.

Als „Archiv für Zeitkritik“ will das Europa-Archiv die gegensätzlichen Standpunkte in Gegenwartsfragen von größerer Bedeutung sachlich einander gegenüberstellen, um zur Klärung und zum Verständnis dieser Fragen auf einer möglichst breiten Basis beizutragen.

### WAS BRINGT DAS EUROPA-ARCHIV?

In Weiterbildung der bisher üblichen Archiv-Veröffentlichungen beschränkt sich das Europa-Archiv nicht auf den chronologischen Abriß der Tagesereignisse, sondern bringt *Uebersichten* über die Entwicklung und den Stand wesentlicher Gebiete des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens der europäischen Länder und der Weltmächte, soweit sie für die europäischen Verhältnisse von Bedeutung sind. Zu besonders aktuellen Fragen wird das Europa-Archiv außerdem eingehende Materialsammlungen (internationale Presseschauen, Dokumente, Bibliographien, Karten, graphische Darstellungen und Statistiken) bringen.

Besondere Aufmerksamkeit sollen alle Berichte und statistischen Angaben finden, die sich auf Fortschritte des wirtschaftlichen und administrativen Aufbaues in Europa beziehen. Bevorzugt sollen auch die Nachrichten von der Tätigkeit übernationaler Organisationen und wissenschaftlicher Institute behandelt werden, die sich die Wiederherstellung einer internationalen Zusammenarbeit zur Aufgabe machen. Berichte über die Entwicklung des kulturellen Lebens der europäischen Länder, über einzelne Sachgebiete und Persönlichkeiten von Bedeutung sollen zum Verständnis und damit zur Verständigung beitragen, kurze und charakteristische Kulturnachrichten die Orientierung erleichtern. Ist auf kulturellem Gebiet eine lückenlose Chronik auch heute noch nicht zu verwirklichen, so kann doch das vorhandene Wissen um das Notwendigste und Wesentliche ergänzt werden.

Durch Quellennachweise und kurze historische Beiträge soll der Zugang zu der Fachliteratur erleichtert werden. Dabei wird angestrebt, das Material, das durch Zensurmaßnahmen der vergangenen Jahre vorenthalten, verboten oder ganz vernichtet wurde, heute aber dringend benötigt wird und im Originaltext nicht zu beschaffen ist, zunächst einmal behelfsmäßig durch schlagwortartige Uebersichten zu ersetzen, bis es möglich sein wird, in breiterem Rahmen darauf zurückzukommen.

Das Europa-Archiv beschränkt sich *ausschließlich* auf eine Aufgabe, die von den meisten anderen Zeitschriften zwar auch, aber doch nur am Rande betrieben wird: Es will *Arbeitsmaterial* in möglichst übersichtlicher und abgeschlossener Form bringen, das der Leser nach eigenem Bedarf und Gutdünken verwenden soll. Man ist heute überall noch dabei, die Ernte der Verwüstungen einzubringen und zu prüfen, was davon zu neuer Aussaat geeignet ist. Dazu wird es notwendig, eine Technik des geistigen Sammelns und Sichtens zu entwickeln, die sich der Technik des Zerstörens und Zerstreuens

nicht nur ebenbürtig, sondern überlegen zeigt. Große Abschnitte an dem Mosaikbild einer neuen Welt können und müssen vereinfacht und ihre Ergebnisse rasch allgemein zugänglich gemacht werden.

Wie man für die Felder moderner Farmen Erntemaschinen erfunden hat, die das Schneiden, Garbenbinden und Dreschen in Einem besorgen, so lassen auch für die weiten Felder, die unserer Zeit zur geistigen Ernte und Verarbeitung gereift sind, Arbeitshilfen — „Erntemaschinen“ — gefunden werden, nicht etwa, um das Denken zu mechanisieren, sondern um es von Kleinarbeit zu entlasten und für die großen Aufgaben freizuhalten. Als solche publizistische „Erntehilfe“ ist das Europa-Archiv gedacht.

Zur Systematik dieser Arbeit sei noch kurz folgendes bemerkt: Ein Ereignis, das zeitgeschichtlich einwandfrei feststeht, wie zum Beispiel das Potsdamer Abkommen, kann historisch, rechtsphilosophisch, nationalökonomisch oder politisch gesehen, zu sehr verschiedenen Meinungen Anlaß geben, die selbst wieder in Form von Pressestimmen, Reden oder Buchveröffentlichungen Tatbestände der Zeitgeschichte bilden. Aufgabe des Archivs ist nicht die Stellungnahme im Meinungsstreit, sondern das Festhalten der einzelnen Meinungen. Die Kritik des Archivs hat sich nicht gegen die Meinungen als solche zu richten, sondern ihre Glaubhaftigkeit, ihr Gewicht und ihre Verbreitung zu untersuchen. Daraus ergibt sich der Wert, aber auch die Beschränkung der Archivarbeit und der Platz, der einer Archiv-Veröffentlichung unter den publizistischen Neuerscheinungen zukommt. Sie ist keine Lektüre für Schüler, sondern Arbeitsmaterial für Lehrer, kein Arsenal für mißvergnügte Querulanten (wenn auch ein gelegentlicher Mißbrauch von dieser Seite nicht zu verhindern sein wird), sondern eine Informationsquelle für jeden, auch für den Mann auf der Straße, der sich sachlich mit den Zeitproblemen auseinandersetzt und die Geduld und den guten Willen mitbringt, die notwendig sind, wenn eine so verworrene Welt wieder ins Gleichgewicht kommen, wenn europäisches Denken die Wirklichkeit bestimmen soll.

Eine alte chinesische Geschichte erzählt von einem Bauern, der niedergeschlagen nach einem Gang durch die Felder nach Hause zurückkehrt. „Das Korn will nicht wachsen“, sagte er zu seinem Sohn. „Ich fürchte, es wird eine Hungersnot geben.“ Am nächsten Tage ging der junge Bauer früh aus dem Hause und kehrte erst spät abends sehr müde zurück. „Was treibst du denn die ganze Zeit?“ fragte der Alte. „Ich habe dem Korn wachsen helfen“, meinte der Junge, „an jedem Halme habe ich ein wenig gezogen, damit es ihm leichter werde, aus der Erde herauszukommen.“ Als am nächsten Morgen die beiden auf das Feld gingen, um sich das Ergebnis dieser Bemühungen anzusehen, da lagen auch alle Halme, die der junge Bauer bei dem Versuch „aus der Erde zu helfen“ nicht schon gleich niedergetreten hatte, welk am Boden — geknickt oder entwurzelt durch den Versuch, ihr Wachstum künstlich zu beschleunigen. Es ist nicht unsere Aufgabe, gewaltsam dem Korn wachsen zu helfen, sondern zu berichten, wie die Saaten stehen.

Co.

---

### EUROPA-ARCHIV

Veröffentlicht unter Lizenz US-W-2007 der Nachrichtenkontrolle der Militärregierung.

Schriftleitung und Verlag: Oberursel (Taunus) bei Frankfurt am Main, Gartenstraße 12.

Druck: Hch. Berlebach, Oberursel.

Erscheint monatlich. Preis pro Lieferung RM 4.—. Preis der Archivdrucke RM 5.— ausschließlich Zustellgebühr.



# Das Rhein-Ruhrproblem

## I. Frankreichs diplomatische Offensive vom Herbst 1945 bis zum Frühjahr 1946

10. September 1945

*General de Gaulle* unterstreicht in einem Interview für den Pariser Berichterstatler der „*Times*“, daß die politische Sicherheit Frankreichs, Belgiens, Hollands und Großbritanniens es erfordere, das Rheinland unter eine gemeinsame politische und strategische Kontrolle zu stellen und es ein für allemal vom Deutschen Reich zu trennen. Seine Einwohner müßten sich klar sein, daß sie ihre Zukunft nicht im Rahmen Deutschlands zu suchen haben. *General de Gaulle* empfiehlt die Internationalisierung des Rheinstromes und die internationale Kontrolle des Ruhrgebietes.

23. September 1945

*General de Gaulle* fordert in einer Rundfunkansprache die Internationalisierung des Ruhrgebietes und die dauernde Besetzung Deutschlands entlang der Rheinlinie durch die Franzosen.

5. Oktober 1945

*De Gaulle* begibt sich zu einer Besichtigung ins Rheinland.

13. November 1945

*M. Couve de Murville* begibt sich nach Washington, um den französischen Standpunkt in der Rhein-Ruhr-Frage zu vertreten. Das amerikanische Außenamt wendet sich dagegen, daß Frankreich durch sein Veto im Kontrollrat sich jedem Versuch zur Bildung einer einheitlichen Verwaltung widersetzt. Dazu schreibt „*France Libre*“:

„Die Reaktion Amerikas auf den Besuch von *M. Couve de Murville* zeigt, daß Amerika Rußland nicht fürchtet, aber sehr bestrebt ist, seine Verpflichtungen einzuhalten. Die Internationalisierung der Ruhr wird als gefährlich angesehen, weil sie die Schöpfung eines Westblocks erleichtern könnte, der gleichsam Ausdruck einer Russophobie wäre. Außerdem fürchtet Amerika die Tatsache, daß Deutschland um den Ertrag der Ruhr gebracht würde.“

22. November 1945

*Couve de Murville* erklärt bei einer Pressekonferenz in Washington, daß es jetzt an der Zeit sei, die deutsche Westgrenze zu bereinigen. Es sei nicht beabsichtigt, Deutschland jedes Anteils an der Kohle zu berauben, jedoch müsse eine Kontrolle der Kohlenverteilung von seiten der Alliierten aufrechterhalten werden. Zum Gedanken einer Volksabstimmung im Rheinland meinte *Murville*, daß dieses ganze Problem sich erst in Zukunft lösen lasse. Er könne auch nicht sagen, ob Frankreich für eine solche Volksbefragung sei. Auf die Frage, ob es vielleicht die französische Absicht sei, im Rheinland einen Pufferstaat zu schaffen, antwortete *Murville*, daß es sich nur um das Problem des industriellen Potentials innerhalb Deutschlands und darum handle, ob Deutschland in der Lage sein werde, einen weiteren Krieg vorzubereiten.

28. November 1945

Der Generaldirektor des französischen Außenministeriums *Hervé Alphand* reist nach Moskau. Er soll mit den sowjet-russischen Behörden die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen zwischen den beiden Ländern besprechen und den Standpunkt Frankreichs zur Regelung der Ruhrfrage darlegen.

4. Dezember 1945

Das französische Kabinett berät über die Stellungnahme Frankreichs, nach der die Abtrennung des Rheinlandes und

des Ruhgebietes vor der Errichtung einer deutschen Zentralverwaltung durchgeführt werden muß. Außenminister *Bidault* erklärt, Frankreich lasse von dieser Forderung nicht ab. Nach Ansicht der französischen Regierung könne eine Zentralverwaltung erst dann geschaffen werden, wenn die Grenzen Deutschlands festgesetzt sind. Bevor Frankreich die Frage der Zentralisierung Deutschlands in Erwägung ziehen könne, müsse es erst wissen, mit was für einem Deutschland es zu tun haben werde. In diesem Punkt will Frankreich ebenso viel Klarheit besitzen wie die Sowjetunion. Eine französische Delegation weile derzeit in Moskau, um die russische Zustimmung zu den Forderungen Frankreichs zu erlangen.

10. Dezember 1945

Außenminister *Bidault* erklärt in einer Rede, er weise die Behauptung zurück, daß Frankreich einen Kuhhandel betreiben wolle mit seinem beharrlichen Festhalten an seinem Standpunkt in der Frage der Zentralregierung Deutschlands. Er sagt, die Franzosen seien Sachverständige in deutschen Invasionen. Sie würden die Deutschen besser als die meisten übrigen Alliierten kennen, und die Alliierten würden gut daran tun, dem Beispiel Frankreichs zu folgen und vor deutschen Manövern auf der Hut zu sein.

13. Dezember 1945

*Bidault* hält vor dem Kammer-Ausschuß für außenpolitische Angelegenheiten eine vielbeachtete und von allen Parteien lebhaft applaudierte Rede, in der er die Stellungnahme Frankreichs zu verschiedenen wichtigen außenpolitischen Problemen festlegt. Zur Frage der Zentralverwaltung Deutschlands erklärt der Außenminister, daß es unrichtig sei, diesbezüglich von einem Konflikt zwischen Frankreich und den Verbündeten zu sprechen. Frankreich habe aber wiederholt betont, es wünsche das Ruhrproblem durch eine Internationalisierung zu lösen und das Rheinproblem nicht durch eine Annexion, aber in einer Form, die die Sicherheit Frankreichs garantiert. *Leon Blum* schreibt in der Tageszeitung „*Le Populaire*“ unter der Überschrift „Wir wollen bescheiden sein“ unter anderem:

„Es war ein Fehler, im Alliierten Kontrollrat eine rein negative Haltung einzunehmen. Es war ein Fehler, die Lösung technischer Verwaltungsprobleme, die für alle Besetzungsmächte von großer Wichtigkeit ist, von einer vorherigen Lösung der Ruhr- und Rheinlandfrage abhängig zu machen. Diese Fehler können wieder gutgemacht werden, wenn unsere Politik sie nicht zur Prestigefrage erhebt.“

15. Dezember 1945

*Hervé Alphand* überreicht dem russischen Außenminister Molotow ein Memorandum über die Internationalisierung der Ruhr mit dem Ersuchen, es den in Moskau versammelten Außenministern Großbritanniens und der Vereinigten Staaten vorzulegen. Dazu meldet der „*Populaire*“, diese Demarche sei von der russischen Regierung sehr günstig aufgenommen worden.

17. Januar 1946

*Bidault* spricht vor der französischen Nationalversammlung, in der Haltung Frankreichs gebe es keine Geheimnisse, denn Frankreich versuche nicht mit den kleinen Nationen gegen die großen oder mit den großen Nationen gegen die kleinen zu gehen. Frankreich werde nur den Weg der Gerechtigkeit und des Friedens unter entschlossener Verteidigung



gung seiner Interessen gehen. Bidault unterstreicht, daß Frankreich sich nicht durch Entscheidungen gebunden fühle, an denen es nicht beteiligt war. Der Gefahr einer deutschen Invasion müsse ein Ende bereitet werden. Was die endgültige Regelung für das Saargebiet anbelangt, so werde diese später mit den großen Verbündeten geregelt werden. Hinsichtlich des Ruhrgebietes würden alle interessierten Mächte an den Beratungen teilnehmen. Frankreich sei entschlossen, Deutschland das Arsenal des Ruhrbeckens zu nehmen. Der Standpunkt Frankreichs hinsichtlich der Herstellung einer deutschen Zentralverwaltung sei auch von der Sowjetunion gebilligt worden.

Bidault erklärt, der französische Wunsch auf Internationalisierung des Ruhrgebietes zielen nicht auf die Bildung eines Westblocks. „Ein milder Friede kann für Deutschland im Westen so wenig wie im Osten in Betracht gezogen werden.“ Der französische Plan für ein von Deutschland abgetrenntes Ruhrgebiet müsse durch eine internationale Ordnung gesichert sein. Die Deutschen gehörenden Fabriken müßten enteignet und unter internationale Kontrolle gestellt werden.

„Les Forces Nouvelles“ schreiben:

„Die Vereinigten Staaten sind nicht die einzigen Gegner der Verstaatlichung der Ruhr. Sowjetrußland befürchtet anscheinend, daß die Ruhr dadurch als Arsenal für den angeblich schwebenden Westblock dienen könnte. Nach den Worten von Georges Bidault in der Versammlung hätte Herr Hervé Alphand unter anderen Missionen in Moskau auch die Aufgabe gehabt, Herrn Molotow wieder zu ermutigen. Nichts ist schwieriger, als Märchen zu beiseiten, und das über den Westblock hat ein hartes Leben. Sowjetrußland machte jedoch nicht so viel Umstände, um Deutschland an seiner Ostgrenze zu stützen. Es müßte uns verstehen.“

6. März 1946

„Le Monde“ gibt eine knappe Zusammenfassung:

„Kurz zusammengefaßt, ist es die Gesamtheit der deutschen Probleme, welche Frankreich in einer Viererkonferenz behandelt sehen will als Folge und Ergänzung derjenigen von Potsdam. Die bei der letzteren vernachlässigten Fragen sollen angeschnitten und gelöst werden. Fragen, deren Lösungen in der Praxis als unzureichend erscheinen, sollen aufs neue geprüft werden.“

22. März 1946

Das Alliierte Koordinationskomitee, in Berlin gibt eine Erklärung zur Frage der Ausfuhr und Verteilung der Ruhrkohle:

„Die Frage der Verteilung der deutschen Kohle bleibt das wesentliche Problem für die zukünftige Wirtschaft Europas. Frankreich, das gewaltige Anstrengungen gemacht hat, um seine Kohlenproduktion zu steigern, wird trotzdem in den folgenden zwei oder drei Jahren von der deutschen Ausfuhr abhängig sein. In diesem Sinne sind die neuen Vorstellungen von General Koeltz am 18. März vor dem Koordinationsausschuß und von General Koenig vor dem Kontrollrat zu verstehen. General Koenig erinnerte nachdrücklich an das Versprechen von Präsident Truman, wonach die befreiten Länder einen bedeutenden Teil der Überproduktion erhalten sollten. Frankreich könne nicht zulassen, daß die französische Eisen- und Stahlerzeugung gegenüber der Deutschlands benachteiligt sein solle. Obwohl General Clay seinerseits die Bindung des Präsidenten Truman nicht abstreiten wollte, erklärte er, daß der Bedarf der amerikanischen Zone größer sei als man zuerst gedacht habe, und dazu zwingt, den den anderen Zonen bewilligten Anteil zu vermindern. Er fügte hinzu, daß die Bezahlung in Dollars zu erfolgen hätte, um Deutschland zu erlauben, Getreide im Ausland zu kaufen. Die Vereinigten Staaten seien nicht geneigt, ihm etwas davon zu schenken. Der englische Delegierte hat die Ausführungen von General Koenig mit Sympathie aufgenommen und hinzugefügt, daß er seine Argumente, die sehr überzeugend seien, in Betracht ziehen werde, aber daß er ebenfalls die Lage der britischen Zone in Erwägung ziehen müsse. Die Kürzung der Rationen der Bergarbeiter und der Familien der Bergarbeiter sowie der Arbeiter der anderen Industrien hätten einen gewissen Einfluß auf die Produktion gehabt. Schließlich erklärte sich der russische Delegierte bereit, den Einspruch von General Koenig dem Wirtschaftsministerium zu übermitteln.“

23. März 1946

Der französische Ministerpräsident *Felix Gouin* hält in Straßburg eine Rede, in der er eine langfristige Besetzung Deutschlands und die internationale Kontrolle des Ruhrgebietes fordert. Gouin erklärt:

„Am Rhein haben die Westmächte in beiden Kriegen ihre Freiheit und Unabhängigkeit beinahe verloren und schließlich erkämpft. Am Rhein wird auch morgen das Schicksal der Welt entschieden werden, falls die Völker sich nicht dazu entschließen werden, das Kriegspotential, das die Ruhrkohle darstellt, durch eine festgefügte und stabile internationale Organisation zu kontrollieren. Die Kohlenfelder der Ruhr müssen den europäischen Nationen zur Verfügung stehen, und sie dürfen nicht noch einmal den Weltfrieden bedrohen.“

Gouin fährt fort, daß Frankreich keinen Gebietszuwachs wünsche, daß die Ruhr, die die Möglichkeiten eines europäischen Wiederaufbaues in sich berge, zum drittenmal zum Werkzeug einer Zerstörung Europas werde. Frankreichs Sicherheit könne durch eine Verlängerung der militärischen Besetzung Deutschlands und die Errichtung eines internationalen Konsortiums zur Leitung und Kontrolle des Ruhrgebietes gewährleistet werden. Das Ruhrgebiet stelle einen Explosivstoff hohen Grades dar.

Gouin erklärt weiter, daß Frankreich über die geringe Kohlenmenge enttäuscht sei, die es aus dem Ruhrgebiet erhalte. Sie liege weit unter dem, was die befreiten Länder nach der Meinung und Weisung Präsident Harry S. Trumans vom Juni 1945 erhalten sollten.

„Unser Erstaunen war groß, als wir erfuhren, daß aus Deutschland im zweiten Viertel dieses Jahres nur 1 121 000 Tonnen gegenüber den von Präsident Truman vorgesehenen 4 Millionen Tonnen monatlich ausgeführt würden. Dadurch erhält Frankreich nur 316 000 Tonnen, wodurch wir in eine schlechtere Lage versetzt werden als die Deutschen.“

Dazu schreibt der Pariser Berichterstatter der „Times“, in Paris neigten gut unterrichtete Kreise zu der Auffassung, daß die Rede eine Milderung des französischen Standpunktes in der Frage des Rheinlandes und des Ruhrgebietes darstelle. Frankreich habe in verschiedenen Noten an die Alliierten bisher immer auf völliger Abtrennung des Ruhrgebietes und des Rheinlandes von Deutschland bestanden als einer unerläßlichen Voraussetzung für Frankreichs Sicherheit. Frankreich habe den britischen Plan einer internationalen Wirtschaftskontrolle dieses Gebietes als unzureichend abgelehnt mit der Begründung, daß dieser Plan einem neu-erstehenden Deutschland die Mittel zu einer geheimen Wiederaufrüstung belassen würde. Gouins Ansprache werde in maßgebenden Kreisen dahin gedeutet, daß er jetzt zum Ausdruck bringen wollte, daß sich Frankreich, falls seine Wünsche über die Besetzung Deutschlands und die internationale Wirtschaftskontrolle des Ruhrgebietes erfüllt würden, den anderen deutschen Fragen gegenüber nachgiebiger verhalten werde. Die Pariser Zeitung „Le Monde“ betont in einem Leitartikel ebenfalls, daß der ursprüngliche Plan eines autonomen Rheinlandes aufgegeben worden sei.

2. April 1946

Der französische Ministerpräsident *Gouin* erklärt auf dem Kongreß der Sozialistischen Partei, Frankreich beabsichtige keine Annexion des Ruhrgebietes oder des Rheinlandes. Der Kongreß drückt in seiner abschließenden Erklärung den gleichen Gedanken aus und fordert eine internationale Lösung der Ruhrfrage.

7. April 1946

Außenminister *Bidault* erklärt in einer Rede in Lille, Deutschland müsse mit der Strenge behandelt werden, die das öffentliche Interesse fordere. Die französischen Ziele



seien Garantien, zuverlässige Bündnisse und eine zuverlässige Organisation des Friedens innerhalb der kollektiven Sicherheit.

Es sei wichtig, das Ruhrgebiet als eine politische, von Deutschland unabhängige Einheit zu behandeln. Wenn eine deutsche Regierung das Recht der Regierungsgewalt über das Ruhrgebiet ausübe, so würden Sicherheit und Stabilität verschwinden. Die französische Politik, die die einmütige Billigung des französischen Kabinetts besitze, schlage ein internationales Regime für das Ruhrgebiet, sowohl politisch wie wirtschaftlich, vor. Das Ruhrgebiet sei die reichste Kohlenquelle der Welt, es habe der Aggression Hitlers Vorschub geleistet. Es sei deshalb nur gerecht, wenn dieser europäische Schatz nicht mehr länger in der Hand von Kriegstreibern bliebe und eine Versuchung für eine neue Revanche bieten könne.

Frankreich wünsche keine Angliederung der Rheinlande. Es solle jedoch in diesem Absprungsgebiet eine ständige militärische Streitmacht Frankreichs und seiner Verbündeten unterhalten werden.

Diese Stellungnahme Bidaults wird in der Weltpresse als Beweis dafür betrachtet, daß die Vorschläge des Ministerpräsidenten Gouin nicht die Unterstützung des französischen Kabinetts gefunden haben.

14. April 1946

Der stellvertretende französische Ministerpräsident *Francisque Gay* erklärt in Lille:

„Vor allem müssen wir die völlige Sicherheit der Ostgrenzen verlangen. Gleichzeitig müssen wir auf der wirtschaftlichen und politischen Internationalisierung des Rheinlandes und des Ruhrgebietes bestehen. Es darf Deutschland gegenüber nicht die gleiche Politik verfolgt werden, wie nach dem Krieg 1914/18. Damals hat man unter den fadenscheinigsten Vorwänden die deutsche Wirtschaft belebt, was zur Folge hatte, daß 25 Jahre später ein neuer Krieg ausbrach.“

15. April 1946

In Essen wird eine *britisch-französische Ruhrkohlenkonferenz* abgeschlossen, die zur Untersuchung der Lage im Ruhrbergbau und zur Festlegung der Kohlenzuteilung für die deutsche Industrie zusammengetreten war. Die französische Delegation vertritt den Standpunkt, daß die gegenwärtige Kohlenzuteilung an die westlichen Besatzungszonen zur Beibehaltung eines ausreichenden Lebensstandards genüge. Die Delegation erkenne an, daß der deutsche Produktionsbedarf nicht unter ein Minimum herabgedrückt werden könne, ohne die Produktionskapazität des Ruhrbergbaues selbst zu gefährden. Die französische Auffassung gehe dahin, die über ein Minimum hinaus geförderte Kohlenmenge von jetzt an zum Export für die befreiten Länder zur Verfügung zu stellen. Nach dem Abschluß der Konferenz werden einige Fachleute beauftragt, weitere Untersuchungen anzustellen. Minister Hynd stimmt dem Vorschlag zu, die Besprechungen nach zwei Wochen wieder aufzunehmen, falls die Fachleute bis dahin nicht in der Lage gewesen sein sollten, sich in allen Punkten zu einigen.

Die Franzosen fordern einen monatlichen Export von 4 Millionen Tonnen Kohle zugunsten der befreiten Länder. Britische Fachleute sind der Meinung, daß es unmöglich sei, diese Zahl zu erreichen. Im zweiten Viertel des Jahres betrug die Produktion nur 1 127 000 Tonnen. Die Franzosen weisen darauf hin, daß im Januar und Februar der Eisen- und Stahlindustrie des Ruhrgebiets 335 000 Tonnen Kohle zugewiesen wurden, während Frankreich seiner eigenen Metallindustrie

im gleichen Zeitraum nur 325 000 Tonnen zur Verfügung stellen konnte. Von 2 866 575 Tonnen Kohle, die in einem bestimmten Zeitraum in der britischen Zone freigegeben wurden, seien 2 108 000 Tonnen nach Deutschland selbst gegangen, und zwar zum Verbrauch für Eisenbahnen, Häfen und Kraftwerke. Die britischen Sachverständigen weisen darauf hin, daß die Ausfuhr von Ruhrkohlen nach Frankreich, Belgien und Holland bisher nur möglich war, weil ein Haldenbestand von 6 Millionen Tonnen vorhanden gewesen sei. Dieser Bestand habe sich aber schon auf 3,5 Millionen Tonnen vermindert.

Dazu schreibt „*La Tribune Economique*“ vom 19. April:

„Die Essener Konferenz über die Ruhrkohlenproduktion und die Verhandlungen Léon Blums in Washington müssen einander gegenübergestellt werden. Der Aufbau unserer Wirtschaft kann nur dann vorangetrieben werden, wenn sie die erforderliche Rohstoffzufuhr besitzt, für die amerikanische Währung benötigt wird; doch ist sie auch von der Steigerung und Regelung der Kohlenausfuhr abhängig.“

Da England von einer schweren Kohlenkrise betroffen ist, ist es Frankreich nur dann möglich, die Kohleneinfuhr zu erhöhen, wenn einerseits seine Ansprüche auf Ruhrkohle anerkannt werden und andererseits der Rhythmus der deutschen Erzeugung beibehalten und noch verbessert wird.

Die Ansprüche der französischen Abordnung beruhen auf einer zweifachen Forderung: Moralisch: die Wiederaufrichtung der französischen Industrie muß der deutschen vorangehen. Technisch: die Ruhrproduktion kann und muß gesteigert werden.“

Anfang Mai

*André François Poncet*, vor dem Kriege der letzte französische Botschafter in Berlin, veröffentlicht im „*Figaro*“ den Vorschlag einer föderalistischen Neuordnung Deutschlands und führt dabei hinsichtlich des Rhein-Ruhrproblems folgendes aus:

„Mr. Bevin hat zugestimmt, daß die Vier sich über den Fall des Ruhrgebietes unterhalten, aber nur im Rahmen des gesamten deutschen Problems. Hier haben wir endlich eine richtige Auffassung, die so sehr dem gesunden Menschenverstand entspricht, daß man sich fragt, warum man so verspätet dazu gelangt ist, warum besonders Frankreich bisher immer nur auf der Frage des Ruhrgebietes und des Rheinlandes bestanden hat, ohne sich mit dem übrigen Deutschland zu befassen, als ob das übrige Deutschland es nicht beträfe oder interessierte. Nun, gerade dieses übrige Deutschland ist das wesentliche. Das Problem ist, zu wissen, was das Schicksal der etwa 60 bis 65 Millionen Deutschen sein wird, die im Zentrum Europas leben, und unter welches Regime man sie bringen soll, wenn das gegenwärtige System der Besatzungszonen zu Ende geht. Ueber diesen Punkt darf Frankreich nicht stumm bleiben. Wenn es einem Lande zukommt, in dieser Angelegenheit Ideen zu haben, Vorschläge zu machen, dann Frankreich!“

Der Plan sieht vor, daß das Rheinland von einer deutschen Teilstaatsregierung mit Sitz in Köln oder Koblenz regiert werden soll. Es soll auch eine interalliierte Kommission eingesetzt werden mit der Aufgabe, die Kontrolle über die Industrieproduktion des Ruhrgebietes und der deutschen Verwaltung im allgemeinen zu übernehmen. Das Rheinland und das Ruhrgebiet würden von alliierten Truppen besetzt gehalten werden, aber das Rheinland würde vom übrigen Deutschland noch schärfer abgetrennt sein als die sechs verschiedenen Teilstaaten voneinander getrennt sind.



## II. Abwartende Haltung der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Rußlands.

## A. Die Stellung der Vereinigten Staaten.

Herbst 1945

Verantwortliche Stellen der amerikanischen Militärregierung äußern verschiedentlich, daß sie das Veto Frankreichs gegen die Errichtung zentraler deutscher Verwaltungsstellen in den Verhandlungen des Alliierten Kontrollrates in Berlin als Hemmnis bei der Durchführung der Potsdamer Beschlüsse betrachten. Im gleichen Sinne äußert sich der ehemalige Leiter des amerikanischen Zensuramtes Price nach einer Inspektionsreise durch Deutschland in seinem Bericht an den Präsidenten (Oktober 1945). Außenminister Byrnes betont in einer Pressekonferenz Ende November, er habe in seinen Verhandlungen mit Couve de Murville keine Erklärung über den Standpunkt der amerikanischen Regierung hinsichtlich des Rheinlandes und des Ruhrgebietes abgegeben.

Zwischen dem amerikanischen Staatssekretär für Äußeres und dem französischen Außenminister findet ein Briefwechsel über die deutsche Frage statt. Dazu erklärt Byrnes anlässlich einer Pressekonferenz am 20. 2. 1946, daß er in seinem an Bidault gerichteten Schreiben keinen genauen Vorschlag über die Behandlung des Ruhrgebietes und des Rheinlandes gemacht habe, sondern einen einfachen Austausch der Ansichten vorgeschlagen habe.

Diese Frage sei von den Vertretern Frankreichs mit amerikanischen, britischen und russischen Funktionären besprochen worden, jedoch sei es zu keinem Abschluß gekommen, sondern nur die Fortsetzung der Verhandlungen beschlossen worden. Da noch keine Konferenz zu diesem Zweck stattgefunden habe, sei es dem Außenamt unmöglich, seinen Standpunkt bekanntzugeben, es habe niemals der französischen Regierung Mitteilung über seine genaue Stellung gegenüber dem französischen Vorschlag in bezug auf Rheinland und Ruhr gemacht.

Frühjahr 1946

Die amerikanische Presse zeigt keine einheitliche Meinung über das Rhein-Ruhrproblem. Die „United States News“ schreiben am 12. April 1946:

„Die Schwierigkeit besteht darin, daß ohne die deutsche Industrie ein großer Teil Europas nicht mehr auf die Beine kommen wird. Frankreich fehlt die Kohle von der Ruhr, Italien braucht deutsche Kohle, die Schweiz hat einen Handelsvertrag mit Polen über schlesische Kohle abgeschlossen, um die Ausfälle vom Ruhrgebiet wettzumachen. Die großen Teile Osteuropas brauchen deutsche Textilien, Chemikalien und Maschinen. Schweden schaut sich ernstlich nach einem Markt um für die zehn Millionen hochprozentigen Eisenerzes, die es vorher nach Deutschland schickte. Die britische Industrie, die eine Erhöhung des Exportvolumens um 50 v.H. über den Vorkriegsstand braucht, wird ernstlich gehemmt durch den Ausfall des deutschen Marktes, und die Vereinigten Staaten bekommen nicht nur keine Reparationen von Deutschland, sondern zahlen auch noch für Deutschland.“

Nach dem im März beschlossenen Plan muß die deutsche Industrie bis 1946 auf die Hälfte ihres Vorkriegsstandes reduziert werden. Kriegsindustrien werden völlig ausgeschaltet, ebenso andere für den Krieg wichtige Industrien. Die meisten verbleibenden Industrien werden scharf reduziert. Wird Deutschland die ihm zugestandenen Waren nicht im Ausland absetzen können, so bricht der Plan zusammen. Wenn bis 1949 die Alliierten keine Zentralverwaltung errichten, die Deutschland als wirtschaftliches Ganzes behandelt, so bricht der Plan zusammen.“

Dorothy Thompson schreibt am 10. April 1946 in der „New York Post“ in einem Artikel über die deutsche Frage:

„Die einzige große Schwerindustrie, die Europa verbleibt, ist die der Ruhr und Saar. Die Sowjets wollen nicht, daß die Ruhr an Frankreich fällt. Jeder Vorschlag, sie unter europäische Kon-

trolle zu stellen, begegnet einer Forderung der Sowjets, daran teilzunehmen, obwohl keine westliche Macht an der Kontrolle der ostdeutschen Schwerindustrie teilnimmt.“

Deutschland darf leichte Industrie haben, aber die braucht Werkzeuge, Maschinen, Öl, Gummi, Metalle. Deutschland kann dafür nur bezahlen durch den Export von Verbrauchsgütern. Aber an wen? Sicher nicht an die Vereinigten Staaten! Deutschland kann einen entsprechenden Markt und einen entsprechenden Lieferanten nur in der Sowjetunion finden. Die einzige Hoffnung, die Arbeiter in Arbeit zu halten, besteht unter den gegenwärtigen Umständen in einer wirtschaftlichen Verbindung mit der Sowjetunion. Die Notwendigkeit, die wir jetzt schaffen, läßt für den Deutschen nur die Wahl, sich den Sowjets anzuschließen oder zugrunde zu gehen.“

Der „Washington Star“ schreibt am 14. April 1946:

„Die Ruhr ist ein wirtschaftliches, kein militärisches Problem. Die Ruhrfrage vom rein militärischen Standpunkt aus lösen, hieße den europäischen Wiederaufbau verhindern. Der Schaden wäre auch für Frankreich bedeutend.“

... Die Produktion dieses Zentrums ist lebenswichtig für die europäische Industrie. Wenn wir Grenzen darum zögen, würden wir nur Verwirrung stiften, durch Zollschranken, Abgaben, Unterbrechungen des Verkehrs und eine sinnlose Zerreißung der Produktionsmöglichkeiten, die seit hundert Jahren auf dieser industriellen Basis aufgebaut sind. Der Versuch, Teile des Volkes durch künstliche Grenzen abzutrennen, würde die Gefühle des deutschen Nationalismus gegen die Ordnungsmächte steigern und Deutschlands Möglichkeiten schwächen, Europa unter angemessener Ueberwachung zu dienen.“

Der französische Wunsch, das Ruhrgebiet zu kontrollieren, ist verständlich, es liegt auch im Interesse aller Alliierten, daß keine Rüstungsindustrie sich in diesem gefährlichen Gebiet entwickelt. Wir müssen deshalb auf wirtschaftlichem Gebiet nicht nur die Ruhrindustrie kontrollieren, sondern alle großen deutschen Industriezweige. Nicht das Dasein des Ruhrgebietes ist gefährlich, sondern der Gebrauch, den man von den dort schlummernden Kräften macht. Das ist der richtige Weg, eine Industrie zu kontrollieren! Und es gereicht schließlich auch Frankreich zum Nutzen.“

„New York Daily Herald“ vom 7. Mai 1946:

„Die meisten amerikanischen und englischen Vertreter im Interalliierten Kontrollrat glauben, daß die Angelegenheit so wie die Franzosen sie sehen, nicht richtig aufgefaßt ist. In erster Linie betonen sie, daß eine internationale Wirtschaftskontrolle der Ruhr wirksam durchgeführt werden kann, ohne dies Gebiet politisch vom Rest Deutschlands zu trennen. Zweitens weisen sie darauf hin, daß es hier nicht um eine Verwaltungsreform geht, sondern darum, die Zusammenarbeit der vier Mächte erfolgreich zu gestalten und eine Lage zu vermeiden, durch die Deutschland aufgespalten und seine Teile von Ost- und Westblocks oder Einflußgebieten annektiert würden.“

Anhänger des amtlichen französischen Plans mögen das Dezentralisierung nennen. Gegner dieses Planes betonen, daß es naturgemäßer ist, die Autonomie der Einzelstaaten und Provinzen in einem Bundesstaat zu erhöhen, als das Land in Zonen zu teilen mit künstlich gezogenen Grenzen, die in der Geschichte nicht verwurzelt und wirtschaftlich unsinnig sind.“

Walter Lippmann: „Ueber die deutsche Frage“ in der „New York Tribune“ vom 10. Mai 1946:

„In unserer Zone führen wir ein sehr vielversprechendes Experiment mit der Dezentralisierung Deutschlands durch. Wenn das Schema, das wir in Bayern und zwei anderen süddeutschen Staaten angewandt haben, allgemein angewandt würde, dann würde es Deutschland zu einem Bund von zehn oder elf Staaten mit Selbstregierung machen. Niemand sonst hat je einen anderen verfassungsmäßigen Aufbau vorgeschlagen, in dem die Deutschen frei leben könnten, ohne eine Bedrohung für ihre Nachbarn darzustellen, und nur durch die Entwicklung eines solchen Bundes können die vier getrennten Militärregierungen aufgelöst und schließlich ersetzt werden durch eine einzige alliierte Kontrolle.“

Das ist die amerikanische Auffassung dessen, was mit Deutschland geschehen soll.

Für uns bedeutet die Forderung einer Zentralregierung in Berlin unter diesen Umständen einen Kampf gegen das, was wir als



beste Lösung für das deutsche Problem in unserer Zone geleistet haben.

Die Franzosen haben gegen die zentrale Verwaltung, die General Clay fordert, Einspruch erhoben. Sie wenden sich auch gegen schwächere Anfänge einer deutschen Zentralregierung, bis Ruhr und Rheinland von Preußen politisch getrennt sind, von dem sie jetzt einen integrierenden Bestandteil bilden. Das nennt man sture Obstruktion, aber tatsächlich haben die Franzosen unser eigenes Prinzip verteidigt und haben uns davor bewahrt, unseren besten Beitrag zur Lösung der deutschen Frage zugunsten der rauen Wirklichkeit der Verwaltung zu opfern.

Die französische Politik: Autonomie der Ruhr und Loslösung von Berlin, widerspricht in ihrer Forderung nicht der amerikanischen Auffassung von Deutschland als einem losen Bund. Im Gegenteil haben die Franzosen und die Amerikaner dasselbe Grundprinzip. Sie können zu beiderseitigem Nutzen zusammenarbeiten für eine allgemeine Regelung der deutschen Frage.

Im Monatsbericht des amerikanischen Militärgouverneurs für den Monat April vom 20. Mai 1946 heißt es:

„Der April war ein Monat, in dem praktisch keinerlei Fortschritte in der Behandlung Deutschlands als wirtschaftliche Einheit erzielt wurden. Die neuerlichen Meinungsverschiedenheiten über die sofortige Schaffung eines Ein- und Ausfuhrprogrammes für ganz Deutschland drohen darüber hinaus noch die Durchführung des Gesamtplanes für die Nachkriegswirtschaft Deutschlands und die deutschen Reparationen zu gefährden, der nach vieler Mühe im März einstimmig angenommen worden war. Die Delegation der Vereinigten Staaten hat den Standpunkt eingenommen, daß die Prinzipien des Potsdamer Abkommens, welches die Behandlung Deutschlands als wirtschaftliche Einheit vorsieht, in ihrer Gesamtheit durchgeführt werden müßten. Sie hat darauf bestanden, daß die Reparationen, das Aus- und Einfuhrprogramm und die Errichtung eines zentralen deutschen Verwaltungsapparates zusammenhängende Fragen sind, die zusammenhängend behandelt werden müssen und die, wenn der Kontrollrat darüber keine Entscheidung treffen kann, den verantwortlichen Regierungen überwiesen werden müssen.“

#### B. Der Standpunkt Großbritanniens und der britischen Dominien.

Ende Januar 1946

Ueber die Einstellung der britischen Regierung in der Frage der künftigen Verwaltung des Rheinlandes und des Ruhrgebietes gibt Luftfahrtminister Lord Stansgate im Namen der Regierung im Oberhaus auf eine Anfrage folgende Erklärung:

„Die Industrie des Ruhrgebietes und des Rheinlandes hat Deutschland bei Verfolgung seiner Kriegspolitik hervorragende Dienste geleistet. Zweimal innerhalb einer Generation hat das Rheinland als Sprungbrett für einen Angriff gegen Frankreich gedient. Obwohl ich dem Oberhaus keinen festumrissenen Plan vorlegen kann, kann ich doch sagen, welche Maßnahmen auch immer ergriffen werden sollten, auf jeden Fall werden sie dazu angetan sein, einen neuen deutschen Angriff zu verhindern.“

Frankreich hat in dieser Frage die Initiative ergriffen. Nach Ansicht der britischen Regierung sollten die Rohstoffquellen des Ruhrgebietes und des Rheinlandes zum Wohl ganz Europas ausgenutzt werden. Wir sind nicht daran interessiert, im Herzen Europas ein wirtschaftliches Elendsgebiet zu schaffen. Wie immer die Einstellung der britischen Regierung zu dieser Frage sein mag, sie wird auf jeden Fall in vollen Einklang mit den Entscheidungen der Vereinten Nationen gebracht werden, die in dieser wie in allen anderen Angelegenheiten für die von der britischen Regierung verfolgte Politik maßgebend sind.“

3. April 1946

Außenminister Bevin stellt in einer schriftlichen Erklärung an das Unterhaus fest:

„Die britische Regierung hatte immer den Wunsch nach einer möglichst engen Freundschaft mit Frankreich. Sie ist seit langem der Ansicht gewesen, daß diese Beziehungen im geeigneten Augenblick durch den Abschluß eines Vertrages, nach Art des britisch-sowjetischen Freundschaftsvertrages, festgegründet werden sollten. Dies würde weitere Sicherheit gegen jede Erneuerung eines deutschen Angriffs bedeuten.“ Er betonte weiterhin, die Erklärung des französischen Ministerpräsidenten (Anm. vom

24. März) habe der britischen Regierung Gelegenheit gegeben, die ganze Angelegenheit einer neuen Betrachtung zu unterziehen.

Der Unterstaatssekretär des britischen Außenamtes Oliver Hervey begibt sich nach Paris, um Verhandlungen über die Vorschläge zu einem englisch-französischen Bündnis und über die Rhein-Ruhrfrage zu führen. Er hat jedoch nicht den Auftrag, Vorschläge zu übermitteln, sondern soll lediglich die französische Auffassung kennen lernen.

13. Februar 1946

Der britische Außenminister Bevin erklärt auf eine Anfrage im Unterhaus, die Regierung sei noch nicht in der Lage, ihre Politik in der Frage des Ruhrgebietes bekanntzugeben. Das Fehlen einer gemeinsamen Politik der Großmächte wirke sich ungünstig für den europäischen Wiederaufbau aus. Die Lösung des Problems sei jedoch nicht nur von Großbritannien abhängig.

18. Februar 1946

Zwischen dem französischen Außenminister und dem britischen Außenminister findet eine Unterredung über die deutsche Frage statt. Dazu berichtet der diplomatische Korrespondent des „Manchester Guardian“:

„Die Vorschläge über die Zukunft des Ruhrgebietes, des Rheinlandes und des Saargebietes, die Frankreich bereits den Großmächten vor einiger Zeit vorgelegt hatte, wurden durchgesprochen und von Bidault noch einmal befürwortet. Wie es heißt, hat Bidault keine unmittelbare Entscheidung verlangt, jedoch gebeten, daß eine solche Entscheidung innerhalb einer bestimmten Frist getroffen werde, möglichst noch vor Beginn der Friedenskonferenz.“

Mitte Februar 1946

Der diplomatische Korrespondent des „Manchester Guardian“ schreibt:

„Die bisherige britische Ansicht, daß eine Wirtschaftskontrolle Deutschlands ausreichende Gewähr biete, wird in Paris nicht akzeptiert. Frankreich ist der Ansicht, daß nur die Ausdehnung der Kontrolle auch auf die Politik eine Garantie dafür biete, daß Deutschland nie wieder einen Krieg entfesseln könne. In Paris ist man der Ansicht, daß Rußland heute bereit sein würde, dem französischen Plan zuzustimmen, dagegen könne man dessen nicht so sicher sein, wenn man allzuviel Zeit vergehen lasse. Die britische Regierung hat eine überaus schwierige Entscheidung zu fällen. Die von Frankreich vorgeschlagene Lösung für das Problem Deutschland ist in keiner Weise ideal. Die ideale Lösung wäre ein einheitliches Deutschland auf der Grundlage wahrer Demokratie und unter Kontrolle von außen. Die britische Regierung muß sich darüber klar werden, ob es Sinn hat, weiterhin nach einer solchen idealen Lösung zu streben. Es erhebt sich auch die Frage, ob eine solche Lösung überhaupt noch ein Ideal darstellt. Was die Franzosen vorschlagen, ist zweifellos eine Möglichkeit zur Lösung; aber es ist keine gute Lösung. Frankreichs Plan trägt den Keim politischer Unruhen in Deutschland in sich. Es ist im höchsten Grade zu bedauern, daß Rußlands Stellung zu dem Plan bisher so unverbindlich ist. Würde man wie Rußland sich stellte, so könnte auch die britische Regierung weiter zu einer wohlüberlegten Wertung des Pro und Kontra der ganzen Angelegenheit gelangen.“

Mitte April 1946

Die „Times“ vom 15. 4. 46 schreibt in einem Leitartikel:

„Die britische Kontrolle Nordwestdeutschlands kostet mehr als 100 Millionen Pfund, und wir können nicht hoffen, daß diese seltsame Zahlung des Siegers an den Besiegten bald verschwinden wird. Der Steuerzahler fragt sich mit Recht, warum das Kontrollamt für Deutschland eine solche Summe auszugeben hat. Die Antwort ist einfach: es kostet mindestens 100 000 000 Pfund Sterling — zum größten Teil in wertvollen Dollars —, die britische Zone in Deutschland ein Jahr lang zu ernähren, und wir werden diese Summe genau so wenig wie die eigentlichen militärischen Kosten der Besatzung zurückerhalten, ehe Deutschland ein beträchtliches Volkseinkommen und eine erhebliche Aufwärtigkeit hat. Diese Tatsache ist verwirrend, aber die Aufmerksamkeit, die sie auf sich gelenkt hat, wird nur nützlich sein, wenn man sich klar macht, wozu es geht.“



Wenn die moralische Verpflichtung noch nicht klar genug wäre, dann würde kühle Berechnung uns auf denselben Weg führen. Es liegt im britischen Interesse, daß jeder verfügbare Arbeiter von diesen 21,5 Millionen Deutschen in die Lage versetzt, ermuntert und sogar gezwungen wird, einen möglichst großen Beitrag zur Produktion zu leisten. Das Wohl Europas fordert das ebenso sehr wie das Wohl Deutschlands selbst. Kohlen und Stahl aus der Ruhr und von den anderen Industriegebieten unter britischer Kontrolle sind unentbehrlich nicht nur für den deutschen Wiederaufbau, sondern für den Wiederaufbau Westeuropas. Ohne sie kann die Leichtindustrie weder neu organisiert noch ausgerüstet noch betrieben werden, die in Zukunft Deutschland den größten Teil seiner Devisen einbringen muß; ohne sie können die Maschinen und Transportmöglichkeiten nicht geschaffen werden, die die Erzeugung und Verteilung von zusätzlichem Getreide, Fleisch und Gemüse erfordert. Es heißt, die Augen vor klaren Tatsachen zu verschließen, wenn man sagt, eine solche Politik erlaube Deutschland, seiner gerechten Strafe zu entgehen. Auch wenn der alliierte Plan für die deutsche Industrie auf den Buchstaben erfüllt würde und der Wiederaufbau schneller ginge als 1918, wären der Lebensstandard und das Volkseinkommen in Deutschland 1949 höchstens auf der Höhe von 1932, dem Jahr der Depression, in dem Hitler bei der Präsidentenwahl 13 Millionen Stimmen erhielt.

... Wenn der gegenwärtige Plan und die jetzt verfolgte Politik eine sichere Garantie gegen einen neuerlichen deutschen Angriff bieten, dann wird damit der Plan ebenso gerechtfertigt, wie die „britischen Reparationen für Deutschland“, wie der britische Schatzkanzler die Zahlungen für die Verwaltung der britischen Zone nannte. Wenn man erwarten kann, daß die Deutschen in dem vorgesehenen wirtschaftlichen Rahmen den „späteren Aufbau ihres Lebens auf demokratischer und friedlicher Basis“ vorbereiten können, wie es in Potsdam vorgeschrieben ist, dann darf britische Energie und Arbeitskraft nicht gespart werden, um diesen Plan erfolgreich durchzuführen.

Seit Wochen ist es nun klar, daß der Alliierte Kontrollrat kaum weiterkommt ohne eine autoritative und entscheidende Überprüfung der Politik der einzelnen Regierungen. Eine Erörterung der französischen und britischen Vorschläge über die Zukunft des Rheinlandes und der Ruhr muß klären, in welcher Hinsicht die vier Regierungen in ihrer Grundpolitik gegenüber Deutschland einig sind oder verschiedene Meinungen haben, und warum ihre Tagespolitik in den Zonen sich so weit auseinander entwickelt hat. Die britische Regierung trägt eine schwere Verantwortung für die Ruhr und für fast ein Drittel der deutschen Bevölkerung in einem Gebiet, das sich keinesfalls selbst versorgen kann; über jeden Zweifel und Verdacht erhaben, vermag sie ihre praktischen Gründe darzulegen, warum sie den jetzigen Mangel an einheitlicher Linie bei den Besatzungsmächten auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet als Quelle der Schwäche und Mißverständnisse ansieht, die auf die Dauer den europäischen Wiederaufbau verzögern, die Beziehungen zwischen den Alliierten vergiften und dem britischen Schatzamt unpopuläre und nicht vertretbare Lasten auferlegt.

Diese Ansicht ist nicht unvereinbar mit der französischen Ueberzeugung, daß nichtdeutsche Kontrolle der Wirtschaft an der Ruhr ein unerläßlicher Schutz gegen weitere Angriffe ist, oder mit der russischen Meinung, daß die deutsche Schwerindustrie Anlagen und laufende Produktion beisteuern muß zum Wiederaufbau dessen, was der Krieg zerstört hat. Ein gewisses Maß von industrieller Abrüstung und dauernder alliierter Kontrolle, das groß genug sein muß, um Deutschlands Vorbereitungen für einen neuen Krieg völlig unmöglich zu machen, ist in der Tat die erste Voraussetzung, die sichergestellt sein muß. Aber zehn Monate Besatzung müßten genügt haben, um genau beurteilen zu können, welche Mittel notwendig sind zur wirksamen Überwachung der für den Krieg brauchbaren Industrie, die im Osten Deutschlands ebenso wie im Westen liegen, und die jedenfalls um die Hälfte oder mehr reduziert werden. Solche Kontrollmaßnahmen, hinter denen auf Jahre hinaus bewaffnete alliierter Kräfte stehen, und in Verbindung damit eine wirkungsvolle internationale Lenkung und Kontrolle des Schlüsselgebietes der Ruhr, müßten eine genügende Garantie sein gegen Deutschlands militärisches Wieder-

erstarken. Wenn man sich aber in den kommenden Monaten auf ein positives Programm einigt, unter Berücksichtigung der Interessen Gesamteuropas, dann stärkt man die Stellung jener Deutschen gewaltig, auf die die politische und wirtschaftliche Hauptverantwortung übertragen werden muß, wenn sie nicht auf die Dauer den Besatzungsmächten zur Last fallen soll.“

Etwa gleichzeitig schreibt der „Manchester Guardian“:

„Es hat den Anschein, als ob die britischen und französischen Ansichten in der deutschen Frage sich näherkommen. Die Franzosen legen offenbar jetzt weniger Gewicht auf eine völlige politische Abtrennung des Ruhrgebietes aus dem deutschen Staatsverband. Darin liegt eine Möglichkeit für eine Verständigung zwischen den Westmächten. Diese Frage darf aber nicht isoliert behandelt werden. Der deutsche Osten muß ebenso in Betracht gezogen werden.“

2. Mai 1946

Ueber die Stellungnahme der britischen Dominien berichtet der „Daily Telegraph“:

„Bei der Konferenz der Ministerpräsidenten der Dominien in London wurden am 1. Mai entschiedene Stimmen laut zugunsten einer Hilfe bei Deutschlands wirtschaftlichem und industriellem Wiederaufbau unter entsprechenden Garantien für die Welt-sicherheit.

Die Vertreter von Großbritannien, Australien, Neuseeland und Südafrika legten sich einstimmig auf die folgenden allgemeinen Grundsätze über die Zukunft Deutschlands fest:

1. Es müssen Maßnahmen ergriffen werden, die einen Wiederaufstieg Deutschlands zu einer großen Militärmacht verhindern.

2. Unter Berücksichtigung dieser Grundforderungen muß Deutschland Hilfe geleistet werden bei der wirtschaftlichen Entwicklung und beim Aufbau eines Wirtschaftssystems, das ihm erlaubt, eine angemessene Rolle im Wirtschaftsleben Europas zu spielen.

3. Die Regelung der deutschen Frage muß Raum bieten für die Entwicklung demokratischer Einrichtungen und Regierungsformen.

4. Eine „Balkanisierung“ Deutschlands durch die Abtrennung der Ruhr und des Rheinlandes muß vermieden werden.

Die Vertreter der Dominien betonten, daß sie es sich vorbehalten, ihre Anschauungen auf der Friedenskonferenz durchzusetzen.

Man war übereinstimmend der Ansicht, daß der beste Plan für die deutsche Industrie, besonders an der Ruhr, die Einsetzung öffentlicher Körperschaften sei, die die Industrie kontrollieren und sie zum Nutzen Gesamteuropas einschließlich Deutschlands entwickeln.

Die Frage wurde diskutiert, ob eine solche Körperschaft an der Ruhr von einem internationalen Vorstand oder von einem deutschen Verwaltungsvorstand geleitet werden solle, der einer neuen deutschen Provinzialregierung der Ruhr verantwortlich wäre.

Bindende Abmachungen wurden nicht getroffen, aber man neigte allgemein zu einer Verwaltungskörperschaft unter deutscher Leitung und strenger Überwachung durch die Besatzungsmacht, später vielleicht durch eine internationale Kommission irgendwelcher Art mit dem Recht der Überprüfung.“

### C. Die Stellung Rußlands.

Ueber die Stellung Rußlands zum Rhein-Ruhrproblem liegen keine amtlichen russischen Äußerungen vor. Die Mutmaßungen der Weltpresse lassen sich aus den vorstehend wiedergegebenen Pressestimmen erkennen.

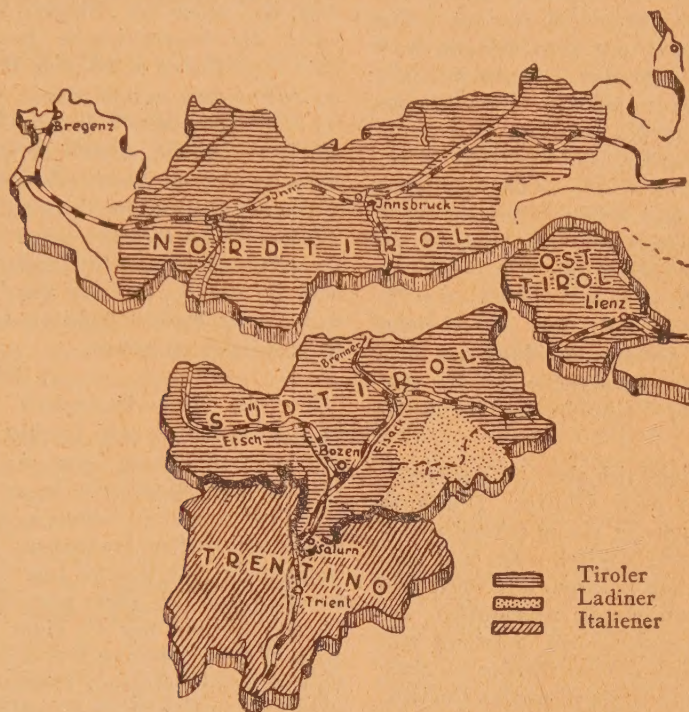
### ANMERKUNG

Auf die Behandlung des Rhein-Ruhr-Problems durch die Pariser Außenministerkonferenz und die darauf bezugnehmenden Stimmen der Weltpresse werden wir im Rahmen unseres Berichtes über die Außenministerkonferenz, der für die nächste Lieferung vorgesehen ist, zurückkommen.



## Das Problem Südtirol

Zum Anspruch Österreichs auf Südtirol bringen wir eine offizielle Darlegung des österreichischen Standpunktes mit historischen und wirtschaftsgeographischen Erläuterungen. Auf der zweiten Konferenz der Außenminister Frankreichs, Großbritanniens, Rußlands und der Vereinigten Staaten wurde Ende Juni 1946 beschlossen, die österreichische Forderung abzulehnen. Ueber Einzelheiten der Verhandlungen berichten wir im Rahmen der vorgesehenen Uebersicht über die europäischen Friedensverträge.



### Tirol nach dem Friedensvertrag von Saint-Germain 1920

— Grenze des von Österreich beanspruchten Gebietes

(Aus einer Veröffentlichung der Tiroler Landesregierung.)

### Memorandum der Österreichischen Regierung zur Südtiroler Frage

Der österreichische Gesandte in Paris v. Bischoff überreichte am 20. April 1946 allen Mitgliedstaaten der Organisation der Vereinten Nationen folgendes Memorandum:

#### I.

Auf der Friedenskonferenz von Saint-Germain wurde nach dem Zusammenbruch der österreichisch-ungarischen Monarchie die Grenze der österreichischen Republik neu gezogen. Nach Punkt 9 der Wilsonschen Erklärungen sollte die Grenze zwischen Italien und Oesterreich nach den klar erkennbaren nationalen Grenzlinien bestimmt werden. Eine solche nationale Grenze existierte im Kronland Tirol an der Salurner Klaus, nördlich der der Anteil der italienischen Bevölkerung noch nicht 8% ausmachte. Obwohl dieser Tatbestand damals klar zu Tage trat und den Teilnehmern der Konferenz bewußt war, verstanden es die italienischen Vertreter, wie längst durch die einschlägige Literatur mit aller Deutlichkeit erwiesen ist, obwohl Italien die Bedingungen des Londoner Vertrages vom Jahre 1915 nicht zur Gänze eingehalten hatte, wenigstens für die Tiroler Grenze die damals zugesagten Gebietserweiterungen in das Friedensvertragsinstrument hineinzubringen, wobei sie hinsichtlich der ethnographischen Problemseite mit der Behauptung manövrieren konnten, daß das gesamte Südtiroler Gebiet mit Einschluß von dem italienisch-sprechenden Trientiner Gebiet eine italienisch-sprechende Mehrheit auf-

weise; denn daß das eigentliche Südtirol von der Salurner Klaus nordwärts überwiegend deutsch spreche und österreichisch sei, hätte ja nicht in Abrede gestellt werden können. Auf dieses Gebiet allein bezog sich der österreichische Wunsch, der von der österreichischen Friedensdelegation damals nur schriftlich auseinandergesetzt werden durfte. Er wurde nicht erhört, und obzwar an den Londoner Vertrag nicht alle alliierten Mächte gebunden waren, ließen sie sich vor allem von dem Bestreben leiten, Fiume dem Zugriff des italienischen Nationalismus zu entziehen und zu Gunsten der Jugoslawen die Machtträume des italienischen Imperialismus vom mare nostro hintan zu halten. So kam es, daß Italien im Norden mit der Brennergrenze noch das Sextental und Tarvis erhielt, die italienischerseits ursprünglich gar nicht beansprucht worden waren. In der weiteren Entwicklung der Dinge hatte Österreich bald nur den Trost haben können, daß die Männer, mit deren Namen die für Südtirol geschaffene Entscheidung verknüpft ist, wie Wilson selbst, dann Lloyd George, Oberst House, dann aber auch andere Staatsmänner von Weltgeltung mit ihrer Kritik an dieser Ordnung der Dinge nicht zurückgehalten haben. Sie



wurde auch bei den demokratischen Parteien Italiens als ungerecht und unzweckmäßig empfunden, wie die Äußerungen Turatis, Bissolatis beweisen.

## II.

Der Friedensvertrag von St.-Germain hatte das organisch gewachsene Wirtschaftsgebiet der österreichisch-ungarischen Monarchie zerstört und die neu entstandenen Nachfolgestaaten als wirtschaftliche Sonderkörper konstituiert. Der freie Wirtschaftsverkehr auf dem Gebiete der Donaumonarchie hörte auf und konnte nicht mehr auch nur teilweise trotz aller Empfehlungen der Westmächte wiederhergestellt werden. Die österreichischen Alpenländer waren mit dem Absatz ihrer landwirtschaftlichen Produkte zum großen Teil auf das frühere gemeinschaftliche Gebiet angewiesen gewesen, ebenso wie das industriepolitische Gefüge des östlichen Österreichs in diesem Zusammenhange entstanden war. Die österreichische Bevölkerung in den Alpenländern, die in überwältigender Mehrheit aus kleinen Bauern und Arbeitern besteht, hatte zunächst in Erfüllung des Friedensvertrages von St.-Germain schwerste Lasten zu tragen, deren Abbau nur allmählich vor sich gehen konnte, deren Gewicht aber mit die Ursache für jene innerpolitischen Krisen war, wie sie den jungen Staat immer wieder erschütterten. Die Herausschneidung aus dem wirtschaftlichen Gefüge der Donaumonarchie konnte nur langsam durch den Umbau seiner Volkswirtschaft gelindert werden.

Dauernd und verhängnisvoll erwies sich aber die Zerschneidung des Bundeslandes Tirol in zwei Hälften. Hierdurch wurde der westliche Teil Österreichs zu einem schmalen Defilee, ein nicht mehr als 60 km breiter Streifen rechts und links des Innals. Die Verkehrsverbindung zwischen den westlichen Bundesländern und den südlichen wurde zerschnitten, der natürliche Zusammenhang der Länder Tirol, Salzburg und Kärnten zerrissen. Jedes Land wurde gewissermaßen zu einer mehr oder weniger verkehrstechnisch abgeschlossenen Enclave, die organisierte Einheit des Fremdenverkehrs in jenen Gebieten hörte auf. Südtirol verlor die Möglichkeit, seinen naturbegnadeten Ueberfluß an Obst und Wein ungehindert nach Österreich zu bringen, das sonst ihn in jahrhundertelanger Gewöhnung gerne aufgenommen und gebraucht hatte.

Die Abtrennung Südtirols hat West-Österreich zu einem geographischen Torso gestaltet und ein seit vielen Jahrhunderten natürlich zusammengewachsenes Wirtschaftsgebiet zerrissen.

## III.

Nach Einrichtung der italienischen Verwaltung im österreichischen Südtirol brach über die Südtiroler eine rücksichtslose Entnationalisierungs- und Verfolgungspolitik herein. Nicht nur, daß die Südtiroler aus der Verwaltung ihres eigenen Landes hinausgedrängt wurden, man nahm ihnen gleichzeitig auch die Möglichkeit, ihre Kinder in ihrer Muttersprache zu unterrichten; den Namen ihrer Väter zu führen, war ihnen nicht mehr gestattet, und selbst auf den Grabsteinen mußten die Inschriften italienischen weichen. Zahllose Südtiroler wurden zwangsverschiedet, eingekerkert oder umgebracht. Diese Politik der Unterdrückung dieses österreichischen Volksstammes begann übrigens nicht erst unter dem Faschismus, sondern — wie historisch nachweisbar — bereits unter dem vorherigen Regime. Österreich verlor also nicht nur wertvolles und reiches Gebiet, sondern es mußte noch zusehen, wie seine Brüder, Schwestern und Väter in der rücksichtslosesten Weise unterdrückt wurden.

Diesen Zuständen konnten das österreichische Volk in seiner Gänze und vor allem die Südtiroler selbst nicht teilnahmslos zuschauen. Es wird noch erinnerlich sein, mit welchem leidenschaftlichen Zusammengehörigkeitsgefühl man in ganz

Österreich der Entwicklung der Dinge in Südtirol folgte. Das österreichische Volk hat seiner Empörung über das Verhalten seines Nachbarn immer unverhohlen Ausdruck gegeben. Niemals hat man in Österreich die Hoffnung aufgegeben, daß der Fehler von St.-Germain gut gemacht werden wird. Erst den Nationalsozialisten war es, dem Diktator Hitlers entsprechend, vorbehalten, Südtirol für immer Italien zu überlassen. Bekanntlich schloß Hitler mit Mussolini das berüchtigte Abkommen zur Aussiedlung der österreichischen Bevölkerung aus Südtirol. Nichts beweist besser als dieses Abkommen, daß selbst der Diktator Mussolini wenig Hoffnung hatte, die österreichische Bauernbevölkerung Südtirols jemals assimilieren zu können. Hitler konnte es nie wagen, dieses Abkommen zu publizieren, weil der Sturm der Entrüstung im österreichischen Volk dem Nationalsozialismus viel zu gefährlich erschien. Anlässlich des Abschlusses dieses Abkommens fanden in Innsbruck Demonstrationen am Grabe des Südtiroler Märtyrers Innerkofler statt, die nur mit Mühe von der Gestapo zerstreut werden konnten. Die Folge war, daß der Grabstein jenes Südtirolers bei Nacht auf Geheiß der Gestapo entfernt wurde. Die Nazi hofften, durch den endgültigen Verlust Südtirols Österreich um so stärker an ihr Drittes Reich zu ketten.

## IV.

Mit der Hitler-Herrschaft in Deutschland geriet Österreich — zwischen zwei faschistische Kolosse eingepreßt — in eine sehr schwierige Lage. An und für sich durch die oben geschilderten Umstände in seiner wirtschaftlichen Existenz stark beeinträchtigt, konnte es dem ungeheuren Druck der beiden faschistischen Staaten auf die Dauer nicht widerstehen, wenn nicht eine direkte Intervention Abhilfe verschaffte. Es hat aber, auf sich allein gestellt, da es von seinen zwei mächtigen Nachbarn nur als eines der Mittel zur Durchführung ihrer Weltbedrohungspläne betrachtet wurde, jahrelang ohne wirksame Unterstützung seitens der anderen Mächte zu widerstehen getrachtet. Nazi-Deutschland, das seine Vormachtstellung dazu mißbrauchte, um Österreich aus dem laufenden Handelsclearing sechzig Millionen Schilling schuldig zu bleiben, nahm daraus auch die Mittel zur Bezahlung der illegalen Nazi-Propaganda in Österreich. Zusammen mit der wirtschaftlich hoffnungslosen Lage konnte dieser Beeinflussung auch ein gewisser, wenn auch sehr begrenzter Erfolg beschieden sein. Die Bürde, die der Bundesstaat Österreich zu tragen hatte, war zu groß, als daß seine eigene unabhängige Existenz wirklich sichergestellt war. So gelang es den Nazi-Usurpatoren, Österreich zu überrennen und es gegen den Willen der überwiegenden Mehrheit seiner Bevölkerung zu einem Krieg zu mißbrauchen. Nach seiner Wiedergeburt hat Österreich nur ein politisches Programm: alle Voraussetzungen zu schaffen, damit seine unabhängige Existenz wirklich gewährleistet wird und es nicht wieder unter fremde Hegemonie gerät. Die bisherigen Bestrebungen Österreichs waren nicht von ausreichendem Erfolg begleitet. Ohne Zweifel bildete die Lösung der Südtiroler Frage ein Element, das die Lebensfähigkeit Österreichs in wesentlicher Hinsicht verstärken kann. Die Wirkungen, die die Rückkehr Südtirols im Hinblick auf die österreichische Lebensfähigkeit haben würde, können folgendermaßen skizziert werden:

1.) Das zerrissene österreichische Verkehrssystem wird wieder vereinigt.

Eine Zerreißung des italienischen Verkehrssystems hingegen tritt durch diese Rückgliederung nicht ein.

2.) Das schmale westliche Defilee von Kern-Österreich zur Schweiz wird maßgebend verstärkt.

Der Gebietsverlust Italiens ist von untergeordneter Bedeutung. Für Italien handelt es sich lediglich um eine kleinere Grenzberichtigung.



3.) Südtiroler Obst und Wein verbessern die österreichische Ernährungsbilanz des Landes.

Italien hat Ueberfluß an diesen Produkten.

4.) Die Einheit des Touristenverkehrs in den österreichischen Westgebieten Tirol, Salzburg, Kärnten, Vorarlberg wird wieder hergestellt.

Italien, dem größten und schönsten Reiseland des Kontinents, wird dabei kaum irgendwelcher Abbruch getan.

5.) Die gegenseitige Befruchtung der Nord- und Südtiroler exportwichtigen Produktion des bauerlichen Kunsthandwerks wird wieder hergestellt.

6.) Die ethnische Frage zwischen Österreich und Italien wird endgültig gelöst.

7.) Die Südtiroler Bauernbevölkerung, die für Italien immer ein Element der Anarchie bleiben würde, ist in Österreich ein Element der politischen Stabilität.

8.) Der Weg zu freundschaftlicher, ungetrübter Zusammenarbeit mit dem demokratischen Italien wird frei; die Gefahr der Verstrickung in nationalistische Auseinandersetzungen wird beseitigt.

9.) Das Vertrauen in die internationale Gerechtigkeit wird gestärkt, die Ueberzeugung, daß sich schwierige Streitfragen auch ohne gewaltsame Auseinandersetzungen lösen lassen, wird gekräftigt.

10. Die nazi-faschistischen Abmachungen über die Vertreibung der Südtiroler aus ihrer Heimat werden aufgehoben. Den zur Auswanderung gezwungenen Südtirolern wird die Rückkehr in die Heimat ermöglicht.

11.) Das Staatsbewußtsein der Österreicher, das durch die 30jährige mühselige Geschichte ihres Landes immer wieder Rückschläge erlitten hat, erhält einen mächtigen Impuls.

12. Den Verlusten, die Österreich aus der wirtschaftlichen Durchdringungspolitik des Naziregimes erwachsen sind und die in den Potsdamer Beschlüssen ihre Sanktionierung erfahren haben, würde ein gewisser wirtschaftlicher Ausgleich gewährt werden.

#### V.

Wenn Österreichs Volk jetzt auf dringender Erfüllung eines brennenden Sehns nach beharrt, so weist es dabei jeden Gedanken an Ausnützung der Zwangslage eines anderen zurück. Im Geiste der Versöhnlichkeit hat sich Österreich auch das Interesse Italiens vor Augen gehalten, das in seiner 20-jährigen Herrschaft im Gebiete von Südtirol eine Reihe von wirtschaftlichen Interventionen getätigt hat. Das daraus entstandene wirtschaftliche Interesse Italiens an diesem Gebiet wird von Österreich anerkannt, und die österreichische Regierung hat deshalb die nachfolgenden Vorschläge an die Alliierten Mächte gerichtet:

1.) Ein Sonderstatut für die durch Italien errichteten elektrischen Kraftwerke in Südtirol, die weiter in italienischem Besitz verbleiben und ihre elektrische Energie nach Italien frei exportieren können.

2.) Der Ausbau der in Südtirol zu erschließenden Wasserkraften wird durch gemischt italienisch-österreichische Gesellschaften erfolgen. Österreich wird überdies auf das italienische Stromimportinteresse durch Lieferung von elektrischer Energie aus seinen in den Alpenländern zu erschließenden Wasserkraften besonders Rücksicht nehmen.

3.) Österreich ist überdies bereit, Italien eine Freihafenzone an der Donau für die Förderung des italienischen Handels in Mitteleuropa einzuräumen.

#### VI.

Italien befürchtet anscheinend, der Verlust der Brennergrenze würde seine strategische Stellung erschweren; die-

ses Argument erscheint unter den gegenwärtigen Verhältnissen wohl nicht mehr durchschlagend. Die österreichische Regierung hat sich aber trotzdem bereit erklärt, das Gebiet von Südtirol mit dem Brennerpaß unter die Kontrolle der Vereinten Nationen zu stellen. Sie hat darüber hinaus ihren Willen bekräftigt, nach Lösung der Südtiroler Frage zu Italien in die bestmögliche wirtschaftliche Zusammenarbeit einzutreten.

#### VII.

Der Argumentation Italiens, es könne auf dieses Gebiet deshalb nicht verzichten, weil Österreich bis zuletzt an der Seite Deutschlands Krieg geführt habe, Italien hingegen an die Seite der Alliierten getreten sei, kann folgendes entgegengehalten werden:

Die Südtiroler Frage hat naturgemäß ihrem ganzen Charakter nach nichts mit Fragen der Kriegsteilnahme zu tun. Die Südtiroler Frage wurde von der österreichischen Regierung von vornherein nicht deshalb erhoben, weil Italien ein Verbündeter Hitler-Deutschlands war. Die Frage Südtirol wird von Österreich bei jeder sich bietenden internationalen Gelegenheit zur Sprache gebracht werden. Ein Verzicht Österreichs auf diese Forderung erscheint bei der gegebenen Sachlage durchaus unmöglich. Kein Land kann zustimmen, daß eine seiner wichtigsten Provinzen einfach wegen strategischer Bedenken seines Nachbarn halbiert wird. Es handelt sich also hier um die Wiedergutmachung eines nach der Anschauung der modernen Welt gegebenen völkerrechtlichen Unrechtstatbestandes. Aus diesem Grunde lehnt es die österreichische Regierung ab, in eine Campagne von wechselseitigen Beschuldigungen einzutreten, die von italienischer Seite in dieser Frage begonnen wurde. Trotzdem sieht sich Österreich verpflichtet, darauf hinzuweisen, daß es, im Zentrum der nazistischen Festung gelegen, seine Waffen erst an dem Tage erheben konnte, als sich die alliierten Truppen seinen Grenzen näherten. Nichts anderes ist aber auch von Italien bekannt geworden. Welche Leistungen und Opfer die Österreicher selbst während der ganzen Hitler-Herrschaft für ihre eigene Befreiung gebracht haben, wird der Weltöffentlichkeit in Form eines mit Tatsachenmaterial belegten „Rotbuches“ bekanntgegeben werden. Österreich hielt jedenfalls noch Jahrzehnte hindurch an den Idealen der Freiheit fest, während unterdessen Italien, die Wiege des europäischen Faschismus, ohne bekanntgewordenen offenen Widerstand der italienischen Bevölkerung, zur Zentrale der Faschisierung Europas geworden war.

Im übrigen weiß sich die österreichische Regierung bei ihrer Beurteilung des Südtiroler Problems einig mit den besten Männern der italienischen Demokratie, die wie Turati, Bissolati und viele andere dieses Unrecht gebrandmarkt haben.

Mit diesem kurzen Hinweis darf die österreichische Regierung diese Diskussion als abgeschlossen betrachten, wobei sie nochmals darauf hinweist, daß jene verbrecherischen Elemente in Österreich, die sich der Nazikriegspolitik freiwillig zur Verfügung gestellt haben, verfolgt und zu scharfer Bestrafung herangezogen werden.

#### VIII.

Die österreichische Regierung hat sich in einer formellen Note durch Vermittlung des Alliierten Rates für Österreich an die vier an der Besetzung Österreichs teilnehmenden alliierten Mächte mit der Bitte gewandt, es möge in Südtirol im Wege einer Volksabstimmung der Wille der autochthonen Bevölkerung erkundet werden, welchem Staate sie künftighin angehören wolle. Nach dem Ergebnis dieser Volksbefragung



möge eine neue Grenze zwischen Österreich und Italien festgelegt werden.

*Anmerkung: Außer in dem vorstehend wiedergegebenen Memorandum hat die Österreichische Regierung in einer Reihe von öffentlichen Kundgebungen, sowie in persönlichen Schreiben führender österreichischer Politiker an maßgebliche Persönlichkeiten bei den Alliierten ihre Forderung auf Südtirol erhoben. Die ungeklärte staatsrechtliche Lage Österreichs machte die üblichen diplomatischen Wege ungangbar. Zum historischen und wirtschaftlichen Hintergrund der Südtiroler Frage geben wir noch folgende Erläuterungen:*

## Die geschichtliche Entwicklung Südtirols

Durch die tiefen Pässe im Norden kamen mit der Völkerwanderung vom sechsten Jahrhundert an bajuwarische Stämme ins Land. Sie sogten die rätische Urbevölkerung auf und siedelten sich bis hoch in die Berge an. Ihr geistliches Zentrum, der Bischofssitz Säben (später Brixen), unterstand vom achten Jahrhundert ab der bayrischen Landeskirche und damit dem Erzbistum Salzburg.

Bei der Talenge von Salurn bildete sich aus einem breiten sprachlich gemischten Gürtel, der nach Süden bis über Trient hinausreichte, zum Anfang der Neuzeit eine klar erkennbare nationale Linie heraus. Bei Meran in Südtirol entstand im zwölften Jahrhundert ein politisches Zentrum, das Schloß der Grafen von Tirol, das dann dem ganzen Lande den Namen gab. Nach dem Aussterben dieses Grafengeschlechtes kam Tirol an das Haus Habsburg. Die Vereinigung mit Österreich wurde vom Tiroler Landtag, in welchem auch die Bauernschaft vertreten war, auf einer Versammlung in Bozen gutgeheißen und dauerte von 1363 bis 1918. Meran bewahrte sich lange noch seinen Vorrang als Hauptstadt und Regierungssitz; erst Kaiser Maximilian I. verlegte beides nach Innsbruck. Geistig und im Volksempfinden blieb Südtirol weiterhin das Herz Tirol. Von altersher hat es hervorragenden Anteil an Kunst und Literatur genommen; von hier stammten hervorragende Künstler, wie der Maler Michael Pacher, der Minnesänger Oswald von Wolkenstein und der bedeutendste Sänger des Mittelalters, Walther von der Vogelweide. Südtirol hatte auch die Führung, als Tirol 1804 für seine Zugehörigkeit zu Österreich gegen Napoleon kämpfte. Der Führer in diesem Kampf war ein Südtiroler, Andreas Hofer aus dem Passeiertal bei Meran.

### Südtirol nach dem Frieden von Saint Germain

Vor der Teilung im Jahre 1918 umfaßte Tirol eine Fläche von 27 000 Quadratkilometer und zählte 910 000 Einwohner.

Die deutsche Sprachgruppe zählte 525 000 Menschen, die ladinische 16 000, die italienische Sprachgruppe 369 000 Köpfe.

Durch den Friedensvertrag von St. Germain zerfiel Tirol in Nord- und Osttirol, welche ohne Verbindung miteinander bei Österreich verblieben, und in das an Italien gefallene Südtirol und Trentino. Südtirol, italienisch *Alto Adige*, und das Trentino werden von den Italienern unter dem Begriff *Venezia Tridentina* zusammengefaßt. *Venezia Tridentina*, das umstrittene, zum Teil slawisch besiedelte Gebiet der *Venezia Giulia* und das geschichtliche Venetien, die *Venezia Euganea*, fassen die Italiener unter der Bezeichnung „*Le tre Venezie*“ zusammen.

Südtirol erstreckt sich vom Brenner bis Salurn und umfaßt die Gebiete der deutsch und ladinisch sprechenden Tiroler. Die deutschsprachigen Gemeinden am Nonsberg (Proveis, Laurein, Unsere Liebe Frau im Walde und Sankt Felix), der Gerichtsbezirk Neumarkt, die Gemeinden Tramin, Truden, Altrei und das ladinischsprachige Fassatal gehören unter der italienischen Herrschaft zur Provinz Trient. Die ladinischen Gemeinden Buchenstein, Colle S. Lucia und Cortina d'Ampezzo unterstehen verwaltungsmäßig der Provinz Belluno.

Südtirol umfaßt ein Gebiet von 8.170 Quadratkilometern und ist damit annähernd so groß wie Korsika und etwas kleiner als Nordirland. Die Einwohnerzahl beträgt, nach der letzten Zählung im Jahre 1943, 303 000 Menschen.

Die Bevölkerungsdichte beträgt siebenunddreißig Einwohner pro Quadratkilometer.

Im Jahre 1921 ergab die italienische Volkszählung folgendes Bild:

Tiroler deutscher Sprache . . . . .	212 437
Tiroler ladinischer Sprache . . . . .	16 800
Italiener . . . . .	25 906

Nach österreichischen Quellen ergibt sich folgendes Bild der *Volkszusammensetzung*: Von 109 Gemeinden Südtirols haben 100 österreichische Mehrheit und neun Gemeinden eine italienische Mehrheit. Sechshundfünfzig Gemeinden sind über neunzigprozentig österreichisch, siebenunddreißig haben eine österreichische Zweidrittel-Mehrheit, elf sind annähernd paritätisch, und zwar haben hiervon sieben eine kleine österreichische Mehrheit und vier eine kleine italienische Mehrheit. Fünf Gemeinden haben eine italienische Zweidrittel-Mehrheit, italienische Gemeinden mit einer Mehrheit von über neunzig Prozent gibt es nicht.

Südtirol war für Hitler und Mussolini ein wesentliches Hindernis ihrer Achsenpolitik. Parteibefehle verboten jede Äußerung über das Problem in der Öffentlichkeit. Hitler erklärte wiederholt in feierlicher Form seinen Verzicht auf Südtirol und garantierte Italien die Brennergrenze. Am 7. Mai 1938 erklärte er im Palazzo Venezia in Rom: „Es ist mein unerschütterlicher Wille und mein Vermächtnis an das deutsche Volk, daß die Grenze zwischen unseren beiden Staaten eine unabänderliche sein soll.“

Am 23. Juni 1939 wurde eine deutsch-italienische Vereinbarung über die Umsiedlung der Südtiroler unterzeichnet.

In Italien fand der Beschluß lebhaftes Zustimmung. So schrieb Senator Tolomei im „*Archivio per l'Alto Adige*“ vom April 1940: „Die Umsiedlung Südtirols wird eines der leuchtendsten Blätter in der Geschichte unserer Nation und des zeitgenössischen Geschehens in Europa sein und bleiben.“ Am 26. April hielt Unterstaatssekretär E. Buffarini Guidi vor der italienischen Kammer eine Rede, in der er erklärte: „Die Massenumsiedlung der Südtiroler nach Deutschland ist ein großes Ereignis von offensichtlicher geschichtlicher Tragweite. Sie wird durchgeführt, um die unantastbare politisch-militärische Grenze mit der völkischen Grenze zusammenfallen zu lassen.“

Ein großer Teil der Südtiroler entschied sich zur Auswanderung nach Deutschland. Die italienische Zeitschrift „*Archivio per l'Alto Adige*“ erklärte dazu im Mai 1941 bezüglich der Optanten, die sich für Italien entschieden:

„Wir möchten die gute Absicht der Italienwähler nicht anzweifeln, doch möchten wir auch nicht, daß man auf unserer Seite die Augen vor der Wirklichkeit verschließt, denn es ist menschlich, daß der Entschluß derer, die für das Königreich stimmten, zum guten Teil von Interessen bestimmt war, von der Anhänglichkeit an ihren Grundbesitz und ihre Betriebe. Es ist ebenso menschlich, daß sie, wenn sie im Lande bleiben, sich weiterhin als Südtiroler, was sie auch sind, fühlen, wenn sie auch mit dem Stimmzettel die Verpflichtung abgaben, Italiener zu sein und italienisch zu denken. Bekanntlich bleibt der größte Teil des grundbesitzenden Adels hier. Auch ihm soll die formale Fügsamkeit durchaus nicht bestritten werden. Uns sind jedoch das geschichtliche Vorleben dieser Adelsgeschlechter, ihre Ergebenheit gegenüber dem Hause Österreich und ihre geheimen Hoffnungen bekannt.“

Nach einer Mitteilung der „*Agenzia Economica Finanziaria*“ hätten etwa 22 000 landwirtschaftliche Betriebe abgelöst werden müssen. Ferner wären 40 000 Optanten gehörende Häuser und Parzellen, 2 970 Handelsunternehmen, 4 600 Handwerkerunternehmen und 470 Erwerbsunternehmen von Angehörigen freier Berufe abfindungspflichtig geworden.

Die Umsiedlung begann 1940, bis das Kriegsgeschehen im Jahre 1943 eine weitere Abwanderung unmöglich machte. In Berlin hatte man Pläne über die Ansiedlung der Südtiroler in der Krim, in Polen und in Frankreich ausgearbeitet, während man sich später dazu entschloß, die Südtiroler in der deutschen Kriegsindustrie und in der Landwirtschaft einzusetzen. Die nach dem damaligen Deutschen Reich ausgesiedelten Südtiroler wurden daher vom Gesichtspunkt ihrer Berufszugehörigkeit ausgewählt. Der größte Teil der 80 000 ausgewiesenen Südtiroler konnte in den österreichischen Ländern, vor allem Nordtirol und Voralberg, untergebracht werden. Ein Teil wurde in tschechoslowakische und jugoslawische Gebiete und nach Luxemburg gebracht, wo sie nach dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus wieder vertrieben wurden.

## Die wirtschaftliche Struktur Südtirols

### 1. Land- und Forstwirtschaft

Nach der Statistik von 1939 war beinahe die Hälfte der Bevölkerung in der Land- und Forstwirtschaft tätig. Die folgende Tabelle gibt den prozentualen Anteil der einzelnen Zweige im Gesamtwert der land- und forstwirtschaftlichen Produktion an. (Durchschnitt der Jahre 1934, 1935 und 1936; italienische Statistik.)

30,4% Viehwirtschaft	15,2% Acker- und Gartenbau
29,2% Obstbau	9,0% Holzwirtschaft
16,2% Weinbau	



## a) Obstbau

Im Jahre 1939 sind insgesamt 17 253 Waggons Obst aus Südtiroler Bahnhöfen verladen worden. Davon gingen

13 377 Waggons (ca. 78 %) nach dem Norden und  
3 876 Waggons (ca. 22 %) nach italienischen Bestimmungs-  
orten.

## b) Weinbau

Mit einem Hektarertrag von fast 40 Hektoliter Wein (Durchschnitt der Jahre 1905/1914 und 1920/23) ist Südtirol an der Spitze der weinproduzierenden Gebiete Europas.

Die Südtiroler Weinausfuhr ist fast ausschließlich nach dem Norden orientiert, was sich aus folgenden Ziffern ergibt:

Im Jahresdurchschnitt	vor dem ersten Weltkrieg	nach dem ersten Weltkrieg
Export nach Oesterreich	130 000 hl	60 000 hl
Export nach der Schweiz	40 000 hl	80 000 hl
Export nach Italien	—	10 000 hl
Export nach Deutschland	20 000 hl	30 000 hl

Die gesamte Land- und Forstwirtschaft wird nahezu ausschließlich von Tirolern betrieben. Sie ist — im Gegensatz zur Großindustrie — über das ganze Land verbreitet und bestimmt seinen Charakter. Auch Grund und Boden sind noch immer zu über 90 % in Tiroler Besitz.

## 2. Bodenschätze

Die Südtiroler Produktion an Marmor (in Laas) erreichte nach den italienischen Statistiken im Mittel der Jahre 1934/35/36 mit 5 000 Tonnen kaum 1,55% der italienischen Gesamtproduktion, obwohl eine Ausbeute von 40 000 Tonnen möglich wäre. Vor der Abtretung Südtirols hatte der Laaser Marmor mitteleuropäischen Ruf und fand in Österreich beträchtlichen Absatz. Im jetzigen Österreich fände er wieder einen guten Markt, weil Österreich ganz im Gegensatz zu Italien (Carrara) über kein namhaftes Marmorvorkommen verfügt.

## 3. Fremdenverkehr

In der Zeit vor dem ersten Weltkrieg wurde die Zahl von fast einer halben Million Fremden im Jahre gezählt; nach der Annexion durch Italien ist die Fremdenzahl in Südtirol stark zurückgegangen: sie wurde für das Jahr 1925 mit 117 000 beziffert; (Zahl der Gasthöfe, Pensionen und Wirtschaften 1941: 1450).

## 5. Verkehr

Durch Südtirol über den Brenner zieht eine der wichtigsten europäischen Nord-Süd-Linien. Von dieser Linie zweigt nordostwärts von Bozen (Franzenfeste) eine Bahnstrecke nach Kärnten ab. Diese Bahnstrecke wäre die Verbindung zwischen Süd- und Westösterreich, ist aber jetzt durch die Grenze unterbrochen.

## 6. Industrie

Die Industriezone. Im Jahre 1935 beschloß die faschistische Regierung die Gründung einer Industriezone Bozen, um die Italianisierung Südtirols zu fördern.

Zu diesem Zweck wurden den neu zu errichtenden Fabriken Begünstigungen verschiedener Art, besonders auch zehnjährige Steuerfreiheit und weitgehende Tarifbegünstigungen für den Herantransport von Rohstoffen und den Abtransport der Fabrikate eingeräumt. Die Industriezone enthält ein Stahlwerk, ein Aluminiumwerk, ein Magnesiumwerk, eine Zweigstelle der Automobilfabrik Lancia, die Karosseriefabrik Viberti, die Schuhfabrik Rossi.

Alle genannten Industrien beziehen die Masse der Rohstoffe und Halbfabrikate aus Mittel- bzw. Norditalien, um Fertigprodukte wieder dorthin zu liefern.

## 7. Elektrische Energie

Der neuzeitliche Ausbau der Wasserkräfte Südtirols zur Erzeugung elektrischer Energie begann vor 50 Jahren mit dem 1896 erbauten Töllwerk an der Etsch der Städte Bozen-Meran; es war

die erste große Wasserkraftanlage des damaligen Österreich. Der weitere Ausbau wurde dann besonders unter der italienischen Herrschaft während der letzten 25 Jahren energisch betrieben. Die gebauten Kraftwerke haben eine Gesamtjahresleistung von rund 1 680 Millionen kWh.

Die Energierzeugung Südtirols (ohne Trentino) beträgt zirka 9% der gesamten Stromversorgung Italiens. Etwa 68 % davon werden in Südtirol selbst konsumiert, doch ist wegen Produktionseinschränkungen in der Bozener Industriezone mit einem wesentlichen Rückgang des lokalen Konsums zu rechnen.

## LITERATURHINWEISE.

Das grundlegende Werk zur Nationalitätenfrage in Südtirol ist die dreibändige Darstellung von Otto Stolz „Die Ausbreitung des Deutschtums in Südtirol im Lichte der Urkunden“, herausgegeben von dem Institut für Sozialforschung in den Alpenländern an der Universität Innsbruck und der Stiftung für deutsche Volks- und Kulturbodenforschung in Leipzig. (München, R. Oldenbourg, 1927.) Aus dem Literaturverzeichnis dieses Werkes erwähnen wir noch die folgenden Quellenwerke:

- Atz, K. u. Schatz, A., Der deutsche Anteil des Bistums Trient, topographisch historisch statistisch und archäologisch beschrieben, Bozen 1902 ff.  
Battisti, Carlo, Studi di storia linguistica e nazionale del Trentino. Florenz 1922.  
Bell, K., Südtirol im Sammelwerk „Das Deutschtum im Ausland“ (1927).  
Bruckner, W., Die Sprache der Langobarden. Quellen und Forschungen zur Sprache und Kulturgeschichte der germanischen Völker. 75. Bd. (1895).  
Censimento della popolazione del Regno d'Italia 1921, II. Venezia Tridentina, Rom 1925.  
Dörner, A., Südtirol im deutschen Schrifttum im Sammelbuch K. Bell (1927).  
Fischel, A., Das österreichische Sprachenrecht (1901).  
Grabmayr, K., Südtirol, Land und Leute vom Brenner bis zur Salurner Klause (Sammlung Mäner und Völker), Berlin 1919.  
Gsteu, H., Geschichte des Tiroler Landtags 1816—1848 in Tiroler Heimat VIII (1927).  
Heubeger, R., Das Deutschtiroler Notariat, Umriss seiner mittelalterlichen Entwicklung in Ver. Ferd. Bd. 6 (1927).  
— Das Urkunden- und Kanzleiwesen der Grafen von Tirol bis 1335 in MIOG. 9. Ergbd. (1913).  
— Natio Noricorum et Pregnariorum in Ver. Ferd. 10 (1930), S. I ff.  
Kink, R., Codex Wangianus, Urkundenbuch des Hochstiftes Trient, FA. 5. Bd. (Wien, 1922).  
Kraft, J., Die Volkszugehörigkeit der Bozner im 15. Jahrhundert in Schlerenschriften. H. 3 (1923), S. 38—55.  
Mayr, M., I: Der italienische Irredentismus, 2. Aufl. Innsbruck 1912.  
— II: Welschtirol in seiner geschichtlichen Entwicklung, Zeitschrift des d. u. ö. Alpenvereins, 33. Bd. (1907).  
— III: Die Entwicklung der nationalen Verhältnisse in Welschtirol, ebenda, 48. Bd. (1917).  
Montanus, Die nationale Entwicklung Tirols in den letzten Jahrzehnten, Innsbruck 1918.  
Pfaundler, Rich., I: Die deutschromanische Sprachgrenze in Tirol, Zeitschrift „Deutsche Erde“, Bd. 8, H. 1, Gotha 1908.  
— II: Das Ergebnis der Volkszählung von 1910 an der deutsch-italienischen Sprachgrenze im Etschtale, ebenda, Bd. 13, S. 148 (1914/15).  
Prem, M., Geschichte der deutschen Literatur in Tirol (1922).  
Reut-Nicolussi, Das alt-österreichische Nationalitätenrecht in Welschtirol in Schriften des Instituts für Sozialforschung an der Universität Innsbruck, H. 9 (1930).  
Steinberger, L., Ortsnamenkundliche Fahrt vom Brenner bis zur deutschen Sprachgrenze in ostbayer. Grenzmarken, Bd. 16 (1927), S. 105 ff.  
— Kreuz und quer durch Ortsnamenwelt in Ver. Ferd., Bd. 8 (1928), S. 541 ff.  
— Mit O. Stolz in Südtirol in Tiroler Heimat, N. F., Bd. 2 (1929), S. 60 ff.  
— Schulwesen und Wissenschaft in Südtirol als geschichtliche Zeugen der deutschen Zugehörigkeit des Landes in Tiroler Heimat, Bd. 9 (1927), S. 19 f.  
Steinhauser, W., Die Ortsnamen in Südtirol, Schriften des Instituts für Statistik der Minderheitsvölker an der Universität Wien, hrsg. von Winkler, 5. H. (1926).  
Winkler, Wilhelm, Deutschsüdtirol im Lichte der Statistik, Schriften d. Inst. f. Stat. d. Minderheitsvölker an der Universität Wien, 4. H. (1925).  
Winkler, W., Statistisches Handbuch für das gesamte Deutschtum (1926).  
Wopfner, H., II: Deutsche Siedlungsarbeit in Südtirol, Schriften d. Inst. f. Sozialforschung an der Universität Innsbruck, I. F. (1926).



# Die Wahlen in Sowjetrußland

am 10. Februar 1946

## Die Wahlbestimmungen der Verfassung

Im Anschluß an die Verfassung vom 5. Dezember 1936 (Artikel 134—142) wurden für die Durchführung der Wahlen in der Sowjet-Union gesonderte Gesetze für die Wahlen zum Obersten Sowjet der UdSSR, zum Obersten Sowjet der Unionsrepubliken, der autonomen Republiken und der Ortsowjets erlassen. Sie geben allen in der gesetzlich festgelegten Weise registrierten Organisationen, z. B. den allgemeinen Betriebsversammlungen der Arbeiter und Angestellten, den Versammlungen der Bauern in den Kollektivwirtschaften und den Rotarmisten in den Truppenteilen das Recht, Kandidaten aufzustellen. Allen Organisationen, die Kandidaten aufgestellt haben, sichern die Wahlgesetze die Freiheit zu, auf Versammlungen und in der Presse für ihre Kandidaten zu agitieren. Die Wahlbezirke für den Obersten Sowjet umfassen jeweils etwa 300 000 Einwohner, jeder Wahlbezirk entsendet einen Abgeordneten.

## Die ersten Wahlen nach der Stalinschen Verfassung

Die ersten Wahlen zum Obersten Sowjet auf Grund der Stalinschen Verfassung fanden am 12. Dezember 1937 statt. Etwa 94 Millionen besaßen das Wahlrecht, davon nahmen 91 Millionen, das heißt 96,8 Prozent der Wähler an der Abstimmung teil. Dem Wahlgang ging eine zwei Monate dauernde Wahlkampagne voraus. Dazu schrieb W. A. Karpinski in einer Broschüre „Der Staatsaufbau der Sowjet-Union und die Rechte und Pflichten der Sowjetbürger“ (Stern-Verlag, Wien 1945): „In den allgemeinen Versammlungen der Arbeiter, der Angestellten, der Intelligenz, der Bauern, der Truppenteile — überall wurden mit einer wunderbaren Einmütigkeit die Kandidaten für den Obersten Sowjet der UdSSR aufgestellt, vor allem die Führer der Sowjetregierung und der Kommunistischen Partei mit dem geliebten Führer der Sowjetvölker J. W. Stalin an der Spitze.“ Gleichzeitig mit ihnen wurden überall die besten Leute der Sowjetrepubliken aufgestellt, die das Vertrauen des Volkes durch ihre Stachanow-Arbeit in den Fabriken, Werken, auf den Feldern, in den Farmen, durch ihre Errungenschaften auf dem Gebiet der Wissenschaft, der Technik, der Kunst, der Volksbildung, des Gesundheitswesens, durch ihren aufopferungsvollen Kampf gegen die Feinde der Sowjetheimat erworben haben. . . . In den neuen Sowjetrepubliken — in der früheren Westukraine und in West-Bjelorußland, in Bessarabien, in der Nordbukowina, in den neuen Rayons der Karelich-Finnischen Republik, in Litauen, Lettland und Estland — wurden die Wahlen ebenso auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten Wahlrechtes bei geheimer Stimmabgabe organisiert. In allen Wahlbezirken wurden ohne Ausnahme die Kandidaten gewählt, die vom Block der Kommunisten und der Parteiloson aufgestellt worden waren. Für die Kandidaten des Blocks stimmten in den verschiedenen Wahlbezirken 95,1 bis 99,5 Prozent der Wahlteilnehmer. An den Wahlen nahmen 90,6 — 99,6 Prozent der Wahlberechtigten teil.“

Im Unionsowjet, der ersten Kammer des Obersten Sowjets, trafen auf 569 Abgeordnete 461, das heißt 81 Prozent der Gesamtzahlen, auf Angehörige der Kommunistischen Partei. Im Nationalitätensowjet, der zweiten Kammer, waren 409 von 574 Mitgliedern, das heißt 81,7 Prozent der Angehörigen

Mitglieder der Kommunistischen Partei. (Neue Zürcher Zeitung vom 8. 2. 1946).

## Die Wahlen vom 10. Februar 1946

Die Wahlvorbereitungen begannen Ende Oktober 1945 mit der Bildung der Zentralen Wahlkommission. Gleichzeitig wurden in allen Unionsrepubliken Kommissionen für die Wahlen zum Nationalitätensowjet aufgestellt. Im November wurden die Kandidaten für die Kreiswahlkommission vorgeschlagen. In Verbindung damit setzte eine groß angelegte Aufklärungstätigkeit ein. Von November 1945 bis Februar 1946 berichteten die russischen Zeitungen über Tausende von Vorträgen und Versammlungen in den Fabriken, den Kolchose, den Kulturpunkten, den Offiziers- und Soldatenklubs und Lesehallen. Als Hauptthemen der Vorträge und Zeitungsartikel sind zu verzeichnen: Die Struktur des Sowjetstaates, Einzelheiten der Stalinschen Verfassung, die sozialen, kulturellen und politischen Einrichtungen, die das Regime für die Werktätigen geschaffen hat, die Verdienste der kommunistischen Partei und ihrer führenden Männer mit Stalin an der Spitze und das Aufbauprogramm der Regierung für die Nachkriegszeit. Im „Leninschen Wahlkreis“, der Stadt Kiew, der nur drei Bezirke der ukrainischen Hauptstadt umfaßt, waren nach einem Bericht der „Iswestija“ rund 4 000 Agitatoren tätig. „Die Agitatoren sind in jedes Zimmer, zu jedem Menschen gekommen, der am 10. Februar seiner Bürgerpflicht zu genügen hat“, heißt es in einem Bericht desselben Blattes aus der Stadt Kalinin. Aus manchen Berichten geht hervor, daß ein großer Teil der Wähler nur eine schwache Vorstellung davon hatte, wo sich die Wahllokale befinden, die aus Mangel an geeigneten Unterkunftsräumen gelegentlich durch die Besetzung von Privatwohnungen beschafft werden mußte. Auch die Notwendigkeit der vom Wahlstatut vorgeschriebenen Eintragung der Wähler in die Wählerlisten wurde offenbar von der Bevölkerung nur schwer verstanden und mußte wiederholt auseinandergesetzt werden.

Am 2. Januar 1946 wurde mit der Aufstellung der Kandidatenliste für den Obersten Sowjet begonnen. Die Kandidatenliste zeigt, daß vorwiegend Persönlichkeiten aus Regierungsstellen oder Vertrauensleute der kommunistischen Partei wie Parteisekretäre, Kolchose-Vorsitzende und Vorsitzende der Gebiets- und Stadtkomitees aufgestellt wurden. zum Unionsowjet in der Grusinischen Sowjetrepublik der Parteisekretär Tacharkiani, der Vorsitzende der Volkskommissare Bakradse, der Vorsitzende der grusinischen Obersten Sowjets, Sturun. In der Tatarischen Autonomen Sowjetrepublik der Volkskommissar für die Staatssicherheit, Nutschkin und der erste Sekretär des tatarischen Gebietskomitees der Kommunistischen Partei. Im Jaroslawer Rayon der Großrussischen Sowjetrepublik Alexej Larionow, erster Sekretär des Jaroslawer kommunistischen Gebietskomitees, Serafima Terentjewa, Melkerin eines Kolchos und Nikolaj Prowtorow, Vorsitzender des Jaroslawer Gebietsexekutivkomitees. In dem Molotowschen Rayon der gleichen Großrussischen Sowjetrepublik Nikolaj Gussarow, erster Sekretär des kommunistischen Gebietskomitees, Alexander Tjurin, Stahlgießer der Molotowschen Fabrik, und Natalie Tschetschuschkowa, Vorsitzende des Kirowschen Kolchos. Für die Rote Armee kandidierten unter anderem die Sowjetmarschälle



Woroschilow, Tolbukhin, Rokosowsky und Schukow. Auf der Kandidatenliste für den Nationalitätensovet stehen zum Beispiel für Lettland der Vorsitzende im Rat der Volkskommissare Lazis, der Vorsitzende des Präsidiums des lettischen Obersten Sowjets, Kirchenstein, der Volkskommissar für Erziehung Straslin, der Vorsitzende eines ländlichen Sowjets Weiland, dazu die Solosängerin Pakul und die Arbeiterin Sarina. In Estland sind drei Volkskommissare, der kommunistische Zentralsekretär und ein weiterer Parteifunktionär aufgestellt („Iswestija“ 15. 1. 1946).

Dazu berichtete Radio Moskau am 3. 1. 1946: „In den Versammlungen der Wähler in Moskau und anderen Städten der Sowjetunion werden als Kandidaten vor allem jene Männer genannt, denen die Sowjetunion ihre Macht und Größe verdankt, die den Sowjetstaat während des großen vaterländischen Krieges leiteten und das Land zu seinem großen Siege führten. Als ersten künftigen Deputierten nennt das Sowjetvolk Generalissimus Stalin. Mit seinem Namen ist alles Schöne und Große verbunden, was die Sowjetunion bisher erreicht hat. Nach ihm sind die 5 Jahrespläne benannt, ebenso wie die Verfassung. Mit dem Namen Stalin, dem genialsten Feldherrn aller Zeiten, sind die Siege über die faschistischen Deutschen und japanischen Imperialisten verbunden. Unter Führung von Stalin gehen heute die Sowjetmenschen ans Werk, um die Kriegsschäden möglichst schnell wieder gutzumachen.“

Die „Zürcher Zeitung“ vom 8. Februar 1946 schrieb dazu: „Bis auf ein paar bekannte Heerführer und „Helden der Sowjetunion“ finden sich in den Kandidatenlisten nur wenige Namen, die Erwartungen auf eine innere Umgestaltung des Obersten Sowjets rechtfertigen können. Es scheint, daß er wie sein Vorgänger aus den mit dem Regime auf Gedeih und Verderb verbundenen Angehörigen der Beamtenhierarchie und des Parteiapparates zusammengesetzt und dementsprechend auch ein gefügiges Werkzeug in der Hand Stalins und des Politbüros sein wird.“

Am 9. Februar 1946 veröffentlichte die Moskauer Presse einen offenen Brief an die Kreiswahlkommissionen, der unter anderem von den Kandidaten Stalin, Woroschilow, Konjew und Molotow unterzeichnet war. Darin sprachen die Kandidaten der Wählerschaft ihren Dank für die Aufstellung und für das entgegengebrachte Vertrauen aus und teilten mit, in welchen Wahlkreisen sie kandidieren werden.

### Die Wahlrede Stalins

Am 9. Februar 1946 sprach Stalin auf einer Wählerversammlung des Stalinwahlkreises in Moskau und führte im Wesentlichen folgendes aus:

#### DIE ERGEBNISSE DES KRIEGES

Unser Sieg bedeutet vor allem, daß unsere sowjetische Gesellschaftsordnung gesiegt hat. Der Krieg hat gezeigt, daß die sowjetische Gesellschaftsordnung eine echte Volksordnung ist, die aus den Tiefen des Volkes selbst hervorging und seine machtvolle Unterstützung genießt, daß die sowjetische Gesellschaftsordnung eine durchaus lebensfähige und beständige Organisationsform der Gesellschaft ist.

Mehr noch. Heute ist schon nicht mehr die Rede davon, ob die sowjetische Gesellschaftsordnung lebensfähig ist oder nicht, denn nach den anschaulichen Lehren des Krieges traut sich keiner der Skeptiker mehr, die Lebensfähigkeit der sowjetischen Gesellschaftsordnung anzuzweifeln. Jetzt ist die Rede davon, daß die sowjetische Gesellschaftsordnung sich als lebensfähiger und beständiger erwiesen hat als die nichtsowjetische Gesellschaftsordnung, daß die sowjetische Gesellschaftsordnung eine bessere Organisationsform der Gesellschaft ist als jede beliebige andere nichtsowjetische Gesellschaftsordnung.

Der Krieg zeigte, daß die sowjetische Nationalitätenstaatsform mit Erfolg die Prüfung bestand, im Kriege noch mehr erstarkte und sich als durchaus lebensfähige Staatsform erwiesen hat. Eine Analogie mit Österreich-Ungarn ist nicht stichhaltig genug, denn unser Nationalitätenstaat ist nicht auf bürgerlicher Grundlage ge-

wachsen, die die Gefühle des nationalen Mißtrauens und der nationalen Feindschaft fördert, sondern auf sowjetischer Grundlage, die, umgekehrt, die Gefühle der Freundschaft, der brüderlichen Zusammenarbeit zwischen den Völkern unseres Staates kultiviert.

Unser Sieg bedeutet drittens, daß die sowjetischen Streitkräfte gesiegt haben, daß unsere Rote Armee gesiegt hat, daß die Rote Armee heldenhaft alle Unbilden des Krieges überstanden, die Armeen unserer Feinde aufs Haupt geschlagen hat und aus diesem Kriege als Siegerin hervorgegangen ist. (Stimmen aus dem Saale: „Unter Führung des Genossen Stalin!“ Alle erheben sich, stürmischer, lang anhaltender Beifall, der in eine Ovation übergeht.)

Man darf nicht vergessen, daß es ja die Rote Armee gewesen ist, die die deutsche Wehrmacht völlig zerschlagen hat, die noch gestern die Armeen der europäischen Staaten in Schrecken versetzt hatte . . . .

#### DIE KRIEGSLEISTUNGEN DER SOWJETUNION

Es wäre irrig zu denken, daß solch ein historischer Sieg ohne vorherige Vorbereitung des ganzen Landes zur aktiven Verteidigung zu erringen gewesen wäre. Nicht minder irrig wäre die Annahme, daß solch eine Vorbereitung in kurzer Frist, etwa binnen drei bis vier Jahren, durchführbar wäre.

Noch irriger wäre, zu behaupten, daß wir unseren Sieg allein der Tapferkeit unserer Truppen verdanken . . . Die Tapferkeit allein genügt nicht, um einen Feind zu überwinden, der über eine zahlreiche Armee, erstklassige Bewaffnung, gutgeschulte Offizierskader und einen leidlich funktionierenden Nachschub verfügt. Um den Schlag eines solchen Feindes aufzufangen, ihm Widerstand zu leisten und ihm dann eine vollständige Niederlage beizubringen, dazu war es nötig, außer der beispiellosen Tapferkeit unserer Truppen, durchaus moderne Bewaffnung, und zwar in ausreichender Menge, sowie einen gut funktionierenden Nachschub in ebenso genügendem Ausmaß zu besitzen. Zu diesem Zweck war es aber notwendig, so elementare Dinge, und dazu noch in ausreichender Menge, zu besitzen wie Metall, Munition und Betriebsausrüstungen, Brennstoff, Baumwolle, Getreide . . .

Zur Vorbereitung dieses grandiosen Werkes bedurfte es der Wirklichkeit dreier Fünfjahrespläne der Entwicklung der Volkswirtschaft. Diese drei Fünfjahrespläne waren es, die uns zur Schaffung solcher materieller Möglichkeiten verhalfen. Auf jeden Fall war die Lage unseres Landes in dieser Beziehung vor dem zweiten Weltkrieg im Jahre 1940 um ein mehrfaches besser als vor dem ersten Weltkrieg im Jahre 1914 . . .

Im Jahre 1913 wurden in unserem Lande 4,220,000 to Roheisen, 4,230,000 to Stahl, 29 Millionen to Kohlen, 9 Millionen to Erdöl, 21,600,000 to Getreide (Eigenbedarf der Bauern nicht eingerechnet), 740.000 to Rohbaumwolle erzeugt.

1940 wurden produziert: 15 Millionen to Roheisen, 18,300,000 to Stahl, 166 Millionen to Kohle, 31 Millionen to Rohöl, 38,300,000 to Getreide (ohne bäuerlichen Eigenbedarf), 2,700,000 to Rohbaumwolle . . .

Dies war die wirtschaftliche Grundlage der Sowjetunion, die zur Kriegführung ausgenutzt werden konnte.

Es war dies ein Sprung, mit dessen Hilfe sich unsere Heimat aus einem rückständigen in ein fortschrittliches Land, aus einem Agrarland in ein Industrieland verwandelte . . .

Mit Hilfe welcher Politik ist es der Kommunistischen Partei gelungen, diese materiellen Möglichkeiten im Lande in so kurzer Frist sicherzustellen?

Erstens: Industrialisierung des Landes. Die sowjetische Methode der Industrialisierung des Landes unterscheidet sich von Grund auf von der kapitalistischen Methode der Industrialisierung. In den kapitalistischen Ländern beginnt die Industrialisierung gewöhnlich bei der Leichtindustrie, da die Leichtindustrie weniger Kapitalinvestitionen erfordert und das Kapital schneller umläuft, also Profite leichter zu erzielen sind als in der Schwerindustrie . . . Erst nach Ablauf einer längeren Frist, während deren die Leichtindustrie Profite anhäuft und diese in den Banken konzentriert, kommt die Schwerindustrie an die Reihe, und es beginnt allmählich ein Umleiten des angehäuften Kapitals in die Schwerindustrie, um die Bedingungen für ihre Entfaltung zu schaffen. Doch ist dies ein langwieriger Prozeß, der eine größere Zeitspanne von einigen Jahrzehnten braucht, in deren Verlauf man die Entwicklung der Leichtindustrie abwarten und ohne Schwerindustrie dahinvegetieren muß. Begreiflicherweise konnte die Kommunistische Partei diesen Weg nicht betreten. Die Partei wußte, daß der Krieg heranrückte, daß es unmöglich ist, ohne Schwerindustrie das Land zu verteidigen, daß man möglichst schnell an die Entwicklung der Schwerindustrie herangehen muß, daß in dieser Sache Zuspätkommen bedeutet, geschlagen zu werden. Die Partei gedachte der Worte Lenins, daß es



unmöglich ist, ohne Schwerindustrie die Unabhängigkeit des Landes zu behaupten, daß ohne sie die sowjetische Gesellschaftsordnung untergehen kann. Deshalb lehnte die Kommunistische Partei unseres Landes den „üblichen“ Weg der Industrialisierung ab und begann die Industrialisierung des Landes mit der Entfaltung der Schwerindustrie. Das war sehr schwer, aber zu bewältigen. Große Hilfe erwies uns in dieser Sache die Nationalisierung der Industrie und der Banken, die uns die Möglichkeit gab, die Mittel rasch zusammenzufassen und in die Schwerindustrie überzuleiten . . .

#### Zweitens: Kollektivierung der Landwirtschaft.

Um mit unserer Rückständigkeit auf dem Gebiete der Landwirtschaft Schluß zu machen, und um dem Land möglichst viel Getreide für den Markt, möglichst viel Baumwolle zu geben, war es unerlässlich, von der kleinen Bauernwirtschaft zur Großwirtschaft überzugehen, denn nur die große Wirtschaft hat die Möglichkeit, die neue Technik anzuwenden, alle Errungenschaften der Agrarwirtschaft auszunutzen und möglichst viel Produkte für den Markt zu liefern.

Die Kommunistische Partei konnte nicht den kapitalistischen Weg der Entwicklung der Landwirtschaft beschreiten, nicht nur aus prinzipiellen Erwägungen, sondern auch deshalb, weil er einen allzu langwierigen Entwicklungsweg voraussetzt und den vorhergehenden Ruin der Bauern, ihre Verwandlung in Tagelöhner fordert. Deshalb betrat die Kommunistische Partei den Weg der Kollektivierung der Landwirtschaft durch die Vereinigung der Bauernwirtschaften zu Kollektivwirtschaften. Die Methode der Kollektivierung erwies sich als eine im höchsten Maße fortschrittliche Methode nicht nur deshalb, weil sie nicht den Ruin der Bauernschaft forderte, sondern auch besonders darum, weil sie die Möglichkeit gab, im Verlauf einiger Jahre das ganze Land mit großen Kollektivwirtschaften zu überziehen, die die Möglichkeit haben, die neue Technik anzuwenden, alle Errungenschaften der Agrarwissenschaft auszunutzen und dem Lande mehr Produkte für den Markt zu geben . . .

Man kann nicht sagen, daß die Politik der Partei auf keinen Widerstand gestoßen wäre. Nicht nur rückständige Menschen, die stets alles Neue von sich scheuen, sondern auch viele angesehene Mitglieder der Partei suchten die Partei systematisch zurückzuhalten und waren mit allen möglichen Mitteln bestrebt, sie auf den „üblichen“ kapitalistischen Weg zu zerren. Alle parteifeindlichen Machinationen der Trotzkisten und der Rechten, ihre ganze „Arbeit“ auf dem Gebiete der Sabotage der Maßnahmen unserer Regierung verfolgten ein Ziel: die Politik der Partei zum Mißlingen zu bringen und das Werk der Industrialisierung und Kollektivierung zu hemmen. Das Verdienst der Partei besteht darin, daß sie sich nicht den Rückständigen anpaßte, sich nicht fürchtete, gegen den Strom zu schwimmen, und die ganze Zeit die Position der führenden Kraft beibehielt . . .

Wenn man vom ersten Kriegsjahr absieht, als die Verlagerung der Industrie nach dem Osten die Entfaltung der Kriegsproduktion hemmte, so vermochte die Partei im Laufe der übrigen drei Kriegsjahre Erfolge zu erreichen, die ihr die Möglichkeit gaben, nicht nur die Front in ausreichendem Maße mit Artillerie, Maschinengewehren, Gewehren, Flugzeugen, Panzern und Munition zu versorgen, sondern auch Reserven aufzusammeln . . . Die Panzerindustrie hat im Laufe der letzten drei Kriegsjahre jährlich durchschnittlich über 30 000 Panzer, Sturmgeschütze und Panzerwagen erzeugt (Beifall) . . .

Die Artillerieindustrie hat in der gleichen Zeit alljährlich an die 120 000 Geschütze aller Kaliber (Beifall), an die 450 000 leichte und schwere Maschinengewehre, über drei Millionen Gewehre (Beifall) und ungefähr zwei Millionen Maschinenpistolen (Beifall) hergestellt . . .

Die Granatwerferindustrie hat in der Zeit von 1942 bis 1943 jährlich im Durchschnitt 100 000 Granatwerfer hergestellt (Beifall). Es versteht sich, daß gleichzeitig auch die entsprechende Menge von Artilleriegeschossen, Minen verschiedenster Art, Flugzeugbomben, Gewehr- und MG-Patronen erzeugt wurden (Beifall) . .

#### DER NEUE FÜNFJAHRESPLAN

Nur einige Worte bezüglich der Arbeitspläne der Kommunistischen Partei für die nächste Zukunft. Bekanntlich sind diese Pläne im neuen Fünfjahresplan dargelegt, der in allernächster Zeit bestätigt werden soll. Die Hauptaufgaben des neuen Fünfjahresplanes bestehen darin, die beschädigten Gebiete des Landes wiederherzustellen, das Vorkriegsniveau der Industrie und Landwirtschaft wieder zu erreichen, um nachher dieses Niveau in mehr oder weniger bedeutenden Ausmaßen zu überschreiten. Ganz abgesehen davon, daß in nächster Zeit das Kartensystem aufgehoben wird (stürmischer, anhaltender Beifall), wird besondere Aufmerksamkeit auf die Erweiterung der Erzeugung von Massenbedarfsartikeln, auf die Hebung des Lebensniveaus der Werktätigen durch eine syste-

matische Preissenkung für alle Waren (Beifall) und auf einen umfangreichen Bau aller wissenschaftlichen Forschungsinstitute, die der Wissenschaft die Möglichkeit geben können, ihre Kräfte zu entfalten (Beifall), gelenkt werden.

Ich zweifle nicht daran, daß unsere Gelehrten, wenn wir ihnen die nötige Hilfe angedeihen lassen, in nächster Zeit die Errungenschaften der Wissenschaft außerhalb unseres Landes nicht nur einholen, sondern auch überholen können (anhaltender Beifall).

Was die Pläne für eine längere Zeitspanne betrifft, so beabsichtigt die Partei, einen neuen mächtigen Aufschwung der Volkswirtschaft zu organisieren, der uns die Möglichkeit geben soll, das Niveau unserer Industrie etwa auf das Dreifache des Vorkriegsstandes zu heben. Wir müssen erreichen, daß unsere Industrie jährlich bis zu 50 Millionen to Roheisen (anhaltender Beifall), bis zu 60 Millionen to Stahl (anhaltender Beifall), 500 Millionen to Kohle (anhaltender Beifall) und 60 Millionen to Erdöl erzeugen kann (anhaltender Beifall). Nur unter dieser Bedingung kann man annehmen, daß unsere Heimat gegen alle Zufälligkeiten gesichert sein wird (stürmischer Beifall). Dies erfordert wahrscheinlich drei neue Fünfjahrespläne, wenn nicht mehr. Wir können dies aber bewerkstelligen, und wir müssen es bewerkstelligen (stürmischer Beifall) . . .

Man sagt, daß über die Sieger nicht Gericht gehalten wird (Heiterkeit, Beifall), daß man sie nicht kontrollieren und nicht kritisieren soll. Das stimmt nicht. Sieger kann und muß man richten, kann und muß man kritisieren und überprüfen. Das ist nicht nur für die Sache nützlich, sondern auch für die Sieger selbst (Heiterkeit, Beifall), dann wird es weniger Ueberheblichkeit und mehr Bescheidenheit geben (Heiterkeit, Beifall). Ich sehe die Wahlkampagne als das Gericht der Wähler über die Kommunistische Partei als regierende Partei an. Das Wahlergebnis wird das Urteil der Wähler bedeuten (Beifall). Die Kommunistische Partei unseres Landes wäre wenig wert, wenn sie Kritik und Kontrolle fürchten würde. Die Kommunistische Partei ist bereit, sich dem Urteil der Wähler zu unterwerfen (stürmischer Beifall). Die Kommunistische Partei geht nicht allein in den Wahlkampf. Sie geht im Block mit den Parteilosen zu den Wahlen. Es hat Zeiten gegeben, wo die Kommunisten den Parteilosen und der Parteilosigkeit mit einigem Mißtrauen gegenüberstanden. Das erklärt sich damit, daß sich unter der Flagge der Parteilosigkeit verschiedene bürgerliche Gruppen verbargen, für die es nicht günstig war, ohne Maske vor die Wähler zu treten. So war es in der Vergangenheit. Jetzt aber sind andere Zeiten. Die Parteilosen trennt jetzt von der Bourgeoisie eine Barriere, die sowjetische Gesellschaftsordnung heißt. Dieselbe Barriere vereint die Kommunisten und Parteilosen zu einem gemeinsamen Kollektiv der Sowjetmenschen. In diesem gemeinsamen Kollektiv leben sie, haben sie gemeinsam für die Festigung der Macht unseres Landes gekämpft, zusammen an den Fronten im Namen der Freiheit und Größe unserer Heimat gekämpft und ihr Blut vergossen, gemeinsam den Sieg über die Feinde unseres Landes geschmiedet. Der Unterschied zwischen ihnen besteht lediglich darin, daß die einen in der Partei sind und die anderen nicht. Dieser Unterschied ist aber ein formaler. Wichtig ist, daß die einen wie die anderen am gleichen Werk schaffen. Darum ist der Block der Kommunisten und Parteilosen etwas Natürliches und Lebendes (stürmischer, anhaltender Beifall) . . .

#### Die Rede Molotows

Genossen!

Gestatten Sie mir, Ihnen meinen tiefen Dank auszusprechen für das Vertrauen, das Sie der Kommunistischen Partei, für das Vertrauen und die Ehre, die Sie mir persönlich als Vertreter der Partei erwiesen haben (stürmischer Beifall, alle erheben sich von Plätzen). Ich danke Ihnen für die herzlichen Worte, die Sie hier für mich und meine Arbeit gefunden haben (Beifall).

Meinerseits möchte ich Sie und alle Wähler versichern, daß ich mir der Worte Stalins über die Hauptpflicht des Abgeordneten wohl bewußt bin: das Vorbild Lenins ständig vor Augen zu haben und ihm in allem nachzueifern. (Stürmischer Beifall) Lenin nachzueifern heißt, zugleich dem großen Stalin, dem Fortsetzer des Werkes Lenins, nachzueifern. (Lang anhaltender Beifall.) Es kann für einen Abgeordneten keine höhere Aufgabe geben, als Lenin und Stalin nachzueifern und sich durch die Tat ihrer würdig zu erweisen. Seien Sie versichert, Genossen Wähler, ich werde stets und mit ganzer Seele danach streben. Jetzt unterzieht die viele Millionen zählende Bevölkerung der Sowjetunion ihre Stellung zur Führung der Kommunistischen Partei, zur Politik der Sowjetregierung, einer Prüfung. Nun, wir haben alle Ursache, zuversichtlich vorwärts zu schauen. Vergleichen Sie das Rußland vor der Oktober-Revolution mit dem von heute. Der Russisch-japanische Krieg hat bekanntlich in den Jahren 1904 und 1905 im zaristischen



Rußland eine Erschütterung hervorgerufen. Alle erinnern sich der ersten russischen Revolution, als der erste Blitz in den Zarismus einschlug.

### DIE INTERNATIONALE STELLUNG DER SOWJETUNION

Die Sowjetunion hat im Westen und dann auch im Osten den Sieg errungen und ist, wie Sie sehen, in keiner Weise dem alten Rußland vor der Sowjetzeit ähnlich. . . . Heute können ernste Fragen der internationalen Beziehungen nicht gelöst werden ohne Teilnahme der Sowjetunion, ohne auf die Stimme unserer Heimat zu hören. Die Teilnahme Stalins an der Behandlung komplizierter internationaler Probleme wird als erste Bürgschaft für die erfolgreiche Lösung angesehen. (Lang anhaltender Beifall.) Ohne uns selbst einzulullen und eingedenk dessen, daß die reaktionären Kräfte in den kapitalistischen Ländern noch zählebig sind, müssen wir doch feststellen, daß diese neue Stellung, die heute die Sowjetunion in den internationalen Beziehungen eingenommen hat, nicht das Ergebnis irgendwelcher zufällig zusammengetroffener Umstände ist. . . .

Die Vernichtung des Feindes war das Ergebnis der Anstrengungen des ganzen Sowjetvolkes, das so den Sieg ermöglichte. Die Verlängerung des Arbeitstages mußte hingenommen werden. Millionen Frauen traten in den Kollektivwirtschaften und in den Betrieben an die Stelle der Männer. Die Jugend leistete selbstlos die Arbeit von Erwachsenen. Man mußte sich mit ersten Einschränkungen im täglichen Leben, mit den schweren Wohnverhältnissen, mit der Evakuierung in entlegene Gegenden und mit anderen Schwierigkeiten der Kriegszeit abfinden. . . . Durch die Ueberwindung aller Schwierigkeiten an der Front wie im Hinterland haben wir den Sieg errungen. Dies gelang uns, weil wir nicht nur während des Krieges, sondern auch in den ihm vorangegangenen Jahren den richtigen Weg gegangen sind. Wir haben die inneren Feinde, all die Saboteure und Schädlinge aus unserem Weg gefegt, die letzten Endes zu einer Bande von Spionen und Diversanten im Dienste ausländischer Herren geworden waren. . . . All jenen zum Trotz, die uns Knüppel vor die Füße warfen, hat unser Volk sein Land umgestaltet und einen mächtigen sozialen Staat geschaffen. . . .

Sie erinnern sich wohl, daß kurz vor dem Krieg die Partei und die Regierung feststellten, daß es an der Zeit sei, praktisch an die Lösung der wirtschaftlichen Hauptaufgaben der UdSSR heranzutreten und sie zu lösen. Die Hauptaufgabe wurde folgendermaßen formuliert: die höchstentwickelten kapitalistischen Länder Europas und die Vereinigten Staaten Amerikas in wirtschaftlicher Beziehung einzuholen und zu überholen und diese Aufgabe in der kürzesten Zeit endgültig zu lösen. In unserem Lande soll die auf jeden Einwohner entfallende Industrieproduktion nicht niedriger sein als in dem am stärksten entwickelten kapitalistischen Land — das ist unsere Aufgabe. (Beifall.)

In unserem Jahrhundert, dem Jahrhundert der Maschine und der entwickelten Technik, und insbesondere wenn wir „einholen und überholen“ wollen, muß in alle Zweige unserer Volkswirtschaft tiefer und wirksamer die neue Technik getragen werden, damit die modernen Errungenschaften der Technik und Wissenschaft in der Entwicklung unserer Industrie und der ganzen Volkswirtschaft eine immer größere Rolle spielen. So werden wir die Aufgabe lösen, die am höchsten entwickelten kapitalistischen Länder in wirtschaftlicher Hinsicht einzuholen und zu überholen, und dies mit dem Erfolg, den die Interessen unseres Landes und die Interessen des Kommunismus fordern. (Beifall.) Zur endgültigen Lösung dieser grandiosen Aufgaben bedürfen wir natürlich einer andauernden Periode des Friedens und einer Garantie der Sicherheit unseres Landes. Die friedliebende Politik der Sowjetunion ist nicht etwa eine vorübergehende Erscheinung, sie ergibt sich aus den grundlegendsten Interessen und Lebensbedürfnissen unseres Volkes, aus seinem Streben, seinen materiellen Wohlstand so rasch wie möglich zu heben, aus dem dringlichen Bedürfnis der Sowjetunion nach der Gestaltung eines neuen sozialistischen Kulturlebens und aus der tiefen Ueberzeugung unseres Volkes darin, daß die Sowjetunion alle diese Aufgaben mit Erfolg lösen wird, wenn der Angreifer an die Kette liegt. Deswegen ist das Sowjetvolk so wachsam, wenn es sich um Herde eventueller Friedensstörung oder Störung der internationalen Sicherheit oder irgendwelche anderen Intrigen handelt. . . . Die Sowjetunion hat nicht wenig dazu beigetragen, eine neue wirksamere Organisation zur Wahrung des Friedens und der Sicherheit der Völker zu schaffen. Die Organisation der Vereinten Nationen hat ihre Arbeit schon aufgenommen, und wir wünschen ihr bei der Verwirklichung ihrer wichtigen Aufgaben Erfolg. Unsere Teilnahme an dieser Organisation ist darauf gerichtet, ihr zu ermöglichen, eine wirksame Rolle bei der Verhütung neuer Kriege zu spielen und jeden imperialistischen Aggressor und gewalttätigen Verletzer des Willens anderer Völker zu zügeln. Im Interesse des Weltfriedens ist die Sowjetunion immer zu ge-

meinsamer freundschaftlicher Arbeit mit den großen und kleinen friedliebenden Völkern bereit. In der Sowjetunion gibt es keine kriegerischen Abenteurergruppen, wie dies unter den herrschenden Klassen in einigen anderen Ländern der Fall ist, wo unersättliche Imperialisten schon heute das nicht ungefährliche Geschwätz von einem „dritten Weltkrieg“ fördern. Die wahren Anhänger des Friedens und der Sicherheit der Völker finden auch in Zukunft an der Sowjetunion einen treuen Verbündeten und eine zuverlässige Stütze. (Lang anhaltender Beifall.) Das soll nicht heißen, daß wir, was die Macht der Roten Armee und unserer Flotte betrifft, sorglos sind. Nein, die Sorge um die bewaffnete Macht wird bei uns nicht geringer. Unsere Armee hat Kampferfahrungen angesammelt wie nie zuvor, sie ist erstarkt und gestählt. Im Laufe des Krieges hat sie einen großen Weg der Umorganisation zurückgelegt und wurde den Forderungen der modernen Kriegstechnik angepaßt. . . . Die Regierung und die Führung der Roten Armee tun alles, um unsere Armee, was moderne Typen der Bewaffnung betrifft, in keiner Weise hinter der Armee jedes anderen Landes zurückstehen zu lassen. . . .

### DIE NACHKRIEGSAUFGABEN

Hierher gehören sowohl die großen Probleme der Innen- und Außenpolitik, die die Zukunft unseres Landes und unserer Sache bestimmen, wie auch Tagesfragen, die eine sofortige Lösung fordern. Ohne Konzentrierung der für die Lösung der wichtigsten Staatsaufgaben notwendigen Kräfte und Mittel können wir nicht zuversichtlich in die Zukunft schauen, um so mehr, als der Krieg besonders anschaulich die Richtigkeit einer solchen bolschewistischen Politik für die ganze vergangene Aufbauperiode unseres Staates bewiesen hat. (Beifall.) Die Partei hat stets gefordert, daß die vorhandenen Möglichkeiten besser und gründlicher für die Befriedigung der wachsenden Bedürfnisse zur Verbesserung der Lebenshaltung unserer Bevölkerung ausgenützt werden. Mit der bürokratischen Verachtung der sogenannten „Kleinen Fragen“ hat die Partei immer einen unerbittlichen Kampf geführt und nicht nur zu bolschewistischer Selbstkritik, sondern auch zur aktiven öffentlichen Kritik an der Arbeit schlechter Leiter aufgerufen. Gerade jetzt, wo der Krieg viele derartige Erscheinungen hinterlassen hat, wird es berechtigt sein, dies den Leitern unserer Organisationen und Ämter ins Gedächtnis zu rufen. Viel wird natürlich von der Fähigkeit abhängen, zu arbeiten und noch mehr — von dem wahren Wunsch, arbeiten zu lernen. Bekanntlich ist es zum Lernen nie zu spät. Genosse Stalin hat uns oft gesagt, wie wichtig es ist, daß führende Funktionäre täglich die Bilanz ihrer Arbeit machen, um so öfter und ernster die Ergebnisse ihrer Arbeit zu studieren. . . . Wie bekannt, macht der Arbeiter oder die Arbeiterin täglich Bilanz ihrer Arbeit. Sie interessieren sich dafür, wieviel Industrieprodukte sie an einem Tag erzeugt haben, was das Ergebnis ihrer Arbeit ist. Das gleiche kann vom Bauern und der Bäuerin gesagt werden. Das Ergebnis ihrer Arbeit findet in den Arbeitseinheiten der Kollektivwirtschaft seinen Ausdruck, und wir wissen, daß unsere Kollektivbauern und Bäuerinnen sich bemühen, mehr Arbeitseinheiten zu erarbeiten und wie tief das in die Gewohnheiten des kollektivwirtschaftlichen Dorfes eingedrungen ist. Auch die leitenden Funktionäre müssen sich angewöhnen, täglich die Bilanz ihrer Arbeit zu ziehen, und müssen lernen, mit der nötigen Selbstkritik an die Ergebnisse ihrer Tätigkeit heranzugehen. Dann wird die Arbeit mancher unserer geehrten Genossen weniger Mängel aufweisen, und wir werden den für uns notwendigen zeitgemäßen bolschewistischen Rhythmus bei der Lösung aller aktuellen Fragen erreichen. Die Partei gibt uns mit ihrer Politik die richtige Linie für unsere Arbeit. Die führenden Funktionäre der örtlichen und zentralen Organisationen müssen durch die Tat beweisen, daß sie arbeiten können, und unser bolschewistisches Bestreben zum Ausdruck bringen, besser, produktiver und mit mehr Nutzen für das Volk zu arbeiten. Sie werden wohl zustimmen, daß das der Wunsch aller unserer Wähler ist. . . . Mögen unsere neuen Wahlen zu einem noch engeren Zusammenschluß unseres Volkes, unserem weiteren Fortschreiten unter der erprobten Führung der Bolschewistischen Partei und unseres großen teuren Stalin führen. (Stürmische, langanhaltende Ovationen. Rufe „Hurra!“. Alle stehen auf, Ausrufe: „Es lebe der große Stalin! Es lebe der treue Kampfgefährte des großen Stalin — Genosse Molotow!“)

### Die Wahlergebnisse

Die Wahllokale in Moskau wurden am 10. Februar 1946 um 6 Uhr früh geöffnet, nachdem sich die ersten Wähler schon zwei Stunden vorher angestellt hatten (Bericht Radio Moskau). 99,7 Prozent der Wähler nahmen teil. Alle Kandidaten des Blocks der Kommunisten und Parteilosens wurden gewählt.



# Die Vorbereitung der Organisation der Vereinten Nationen

## VON DER ATLANTIK CHARTA ZUR KONFERENZ VON DUMBARTON OAKS ZEITTADEL III

Das Arbeitsmaterial zu den Problemen der Weltorganisation und Weltfriedensordnung wird zur Archivbearbeitung in folgende Hauptgebiete gegliedert:

- I. Die Geschichte des Weltfriedensgedankens.
- II. Die Geschichte des Völkerbundes.
- III. Die Vorbereitung der Organisation der Vereinten Nationen.
- IV. Die Organisation der Vereinten Nationen seit San Francisco.

Zu jedem Hauptgebiet werden Zeittafeln, Texte und Bibliographien veröffentlicht werden. Auf I und II werden wir in späteren Lieferungen zurückkommen.

### 1. DIE ERKLÄRUNG DER ATLANTIK CHARTA

am 4. August 1941

Im August 1941 trafen sich Präsident *Roosevelt* und Premierminister *Churchill* auf einem Schlachtschiff in der Nähe der Insel Neufundland. Dem Treffen wohnten die Stabschefs und andere militärische und wirtschaftliche Berater bei. Die Bekanntgabe des Treffens durch die Presse erfolgte am 14. August.

Besprochen wurde zunächst die Munitionsversorgung unter dem Pacht- und Leihgesetz, weiterhin wurde eine gemeinsame Erklärung verfaßt, welche in 8 Punkten die Grundlagen der Weltorganisation nach der Besiegung des Faschismus umriß. *Roosevelt* gab später (auf einer Pressekonferenz am 19. Dezember 1944) bekannt, daß kein formeller Vertrag abgefaßt und unterzeichnet wurde. Er gab bekannt, er habe zusammen mit *Churchill* unter Unterstützung von Beamten des amerikanischen und britischen Außenamtes während eines Treffens auf dem Schlachtschiff „Augusta“ ein Memorandum verfaßt, welches, nachdem er und *Churchill* „viele Korrekturen hingekritzelt hatten“, der amerikanischen und britischen Regierung übersandt und für die Presse freigegeben wurde.

#### Spätere Erläuterungen zur Charta.

*Churchill* sagte am 24. August 1941: „Unsere Idee war ... ohne Versuch einer endgültigen und formellen Festlegung der Friedensziele allen Völkern, besonders aber den unterdrückten und eroberten Völkern, die notwendige, einfache, gebrauchsfertige, kriegsbedingte Feststellung der Ziele zu geben, auf welche die britische Völkergemeinschaft und die Vereinigten Staaten hinstreben wollen, um so auch anderen Gelegenheit zu geben, ihnen auf einem Weg zu folgen, welcher sicherlich schmerzhaft und vielleicht auch lang wird.“ Auf Anfragen im Unterhaus antwortete *Churchill* am 15. Juli 1943: „Die Atlantik Charta war kein Vertrag, welcher der Ratifikation oder irgendeiner formellen verfassungsmäßigen Anerkennung bedurfte. Sie war vielmehr die Festlegung bestimmter breiter Grundansichten und Prinzipien, die unsere gemeinsamen Leitsätze auf dem Marsche vorwärts sind.“

Am 23. Februar 1942 sprach Präsident *Roosevelt* von den 4 Freiheiten der Atlantik Charta. „Wir Mitglieder der Vereinten Nationen sind uns in gewissen breiten Grundprinzipien

über die Art des Friedens, den wir suchen, einig geworden. Die Atlantik Charta gilt nicht nur für jene Teile der Welt, die den Atlantik berühren, sondern für die ganze Welt: Entwaffnung der Aggressoren, Selbstbestimmung der Nationen und Völker und die 4 Freiheiten:

Freiheit der Rede,  
Freiheit der Religion,  
Freiheit von Not,  
Freiheit von Furcht.

*Churchill* äußerte sich am 9. September 1941 über die Anwendung der Atlantik Charta auf Teile des Britischen Weltreiches. „Die gemeinsame Erklärung berührt in keiner Weise (does not qualify in any way) die Qualität der verschiedenen Feststellungen zur Politik, die wir von Zeit zu Zeit über die Entwicklung konstitutioneller Regierungsformen in Indien, Burma oder anderen Teilen des Britischen Weltreiches getroffen haben ... Wir dachten bei dem Treffen im Atlantik in erster Linie an die Wiederherstellung der Souveränität und Selbstregierung des nationalen Lebens in jenen Staaten und Nationen Europas, die jetzt unter dem Nazijoch schmachten, und an die Prinzipien, die jede Änderung der Gebietsgrenzen leiten sollen, welche wir möglicherweise zu machen haben werden.“

Hinsichtlich der Anwendung der Charta auf Deutschland sagte *Churchill* am 24. Mai 1944: „Die Atlantik Charta bindet uns in keiner Weise hinsichtlich der Zukunft Deutschlands, sie ist auch kein Geschäft oder Kontrakt mit unseren Feinden.“ *Eden* sagte in einer Rede vor dem Unterhaus am 23. Februar 1944: „Bestimmte Teile der Charta beziehen sich in gleicher Weise auf Sieger und Besiegte, dazu gehört Artikel 4, wir können es aber nicht zulassen, daß Deutschland es als sein Recht in Anspruch nimmt ... daß irgendein Teil der Charta für es Anwendung findet.“ Hinsichtlich territorialer Veränderungen sagte *Churchill* am 12. Februar 1944: „Es kann zum Beispiel keine Frage danach geben, ob die Atlantik Charta auf Deutschland als Rechtsgrundsatz (as a matter of right) ihre Anwendung finden soll und Gebietsveränderungen oder Berichtigungen in irgendwelchen Ländern unmöglich machen.“

### 2. DIE KONFERENZ DER INTERNATIONALEN ARBEITSORGANISATION (ILO).

27. Oktober bis 4. November 1941.

Vom 27. 10. bis zum 4. 11. 1941 trat in New York City eine Konferenz der Vertreter der Internationalen Arbeits-Organisation zusammen. Die Konferenz erklärte sich für die Zusammenarbeit der Vereinten Nationen in allen Fragen der Arbeitsorganisation und der sozialen Fürsorge und stellte fest, ein dauerhafter Friede könnte nur auf der Grundlage sozialer Gerechtigkeit gegründet werden.

### 3. DIE ERKLÄRUNG DER VEREINTEN NATIONEN. Dezember 1941.

Am 22. Dezember 1941 wurde in Washington bekanntgegeben, daß *Churchill* in Begleitung des Nachschubministers Lord *Beaverbrook*, des Admirals *Sir D. Pound*, des Luftmarschalls *Sir J. Dill* (Chef des Reichsgeneralstabes) und eines technischen Stabes in Washington eingetroffen sei, um mit Präsident *Roosevelt* alle Fragen der weiteren Kriegführung



zu besprechen. Auf amerikanischer Seite nahmen weiterhin teil der Marineminister *Knox*, der Kriegsminister *Stimson*, der Generalstabschef *Marshall*, der Flottenchef *King* und der Leiter der Pacht- und Leihverwaltung *Harry Hopkins*.

Das Weiße Haus veröffentlichte zu Beginn der Besprechungen eine Erklärung, in der es hieß: Die gegenwärtige Konferenz solle als Vorstufe weiterer Konferenzen betrachtet werden, an denen offiziell Rußland, China, Holland und die Dominien teilnehmen werden. Es wird angenommen, daß auf diese Weise eine allgemeine Einheitlichkeit in der Kriegsführung entwickelt wird. Andere Nationen werden eingeladen werden, nach besten Kräften an den allgemeinen Zielen mitzuwirken.

In einer Reihe von Verlautbarungen während und nach der Konferenz wurde bekanntgegeben, daß man sich bei diesem Treffen über die Aufstellung einer Reihe von gemeinsamen Kommandobehörden geeinigt habe. Weiterhin wurden, wie später bekanntgegeben wurde, der Plan für die Invasion Nordafrikas, Sofortmaßnahmen zur Aufstellung amerikanischer Land- und Lufteinheiten in Großbritannien und Australien und ein Plan auf lange Sicht für die Verteidigung des Südwestpazifik und Australiens und die Operationen in China vorbereitet. *Churchill* berichtete am 27. Januar 1942 dem britischen Unterhaus: „Wir haben ein gewaltiges gemeinsames Lager von Waffen und Munition, Rohstoffen und Schiffsmaterial bereitgestellt.“ Die Grundlagen dieses Planes wurden in einer Reihe von Memoranden niedergelegt.

Noch während der Konferenz wurde eine „Erklärung der Vereinten Nationen“ (United Nations Declaration) den Vertretern von 26 Nationen vorgelegt und von ihnen unterzeichnet.

#### 4. DIE ERNÄHRUNGSKONFERENZ DER VEREINTEN NATIONEN IN HOT SPRINGS vom 14. Mai bis 3. Juni 1943.

Die Konferenz legte in dreißig Resolutionen ihre Ratschläge zur Verbesserung der Welternährungslage, zur Unterstützung der von der Herrschaft der Achsenmächte befreiten Völker und zum Aufbau einer ständigen Organisation der Vereinten Nationen zur Regelung der Ernährungsfrage fest.

#### 5. DIE ERSTE UNRRA-KONFERENZ IN ATLANTIC CITY

vom 10. November bis zum 1. Dezember 1943.

Im August 1940 versprach Premierminister *Churchill* den europäischen Völkern in einer Rede, daß sie nach der Niederwerfung Deutschlands von den Alliierten Lebensmittel, Freiheit und Frieden erhalten würden. Wenige Monate später wurde ein britischer Ausschuß für überschüssige Lebensmittel unter dem Vorsitz von *Sir Frederick Leith-Ross* geschaffen. Am 24. September 1941 berief die britische Regierung Vertreter der alliierten Regierungen zur Besprechung von Nachkriegsplänen zusammen. Als Ergebnis dieser Besprechung wurde ein interalliiertes „Ausschuß für die Nachkriegsbedürfnisse“ geschaffen. Dieser Ausschuß arbeitete 18 Monate unter dem Vorsitz von *Sir Frederick Leith-Ross* und suchte die nach dem Kriege zu erwartenden Bedürfnisse der Notstandsgebiete der Welt abzuschätzen. Ende 1941 wurde, unter dem Vorsitz des britischen Staatsministers für den Mittleren Osten, eine Flüchtlingsverwaltung für den Mittleren Osten in Kairo ins Leben gerufen (Middle East Relief and Refugee Administration). Sie befaßte sich vor allem mit der Fürsorge für polnische und griechische Flüchtlinge.

In den Vereinigten Staaten befaßte sich eine Anzahl von Regierungsausschüssen mit der Zusammenstellung von Unterlagen für die Bedürfnisse der Notstandsgebiete der Welt nach

dem Kriege. Im Dezember 1942 schuf *Präsident Roosevelt* das Amt für ausländische Fürsorgeorganisationen (Office of Foreign Relief and Rehabilitation Operations), das dem amerikanischen Außenamt unterstand und von *Herbert H. Lehmann* geleitet wurde. Nach Vorbesprechungen zwischen Vertretern des amerikanischen und des britischen Außenministeriums übergaben die Vereinigten Staaten am 9. Juni 1943 den Vertragsentwurf einer internationalen Fürsorgeorganisation an die Regierungen der Vereinten Nationen. Gegenvorschläge der anderen alliierten Regierungen wurden in den Entwurf eingebaut. Am 8. November 1943 trafen sich die Vertreter von 44 Nationen im Weißen Haus in Washington, um ein Abkommen zu unterzeichnen, in welchem die Gründung der „UNRRA“ (United Nations Relief and Rehabilitation Administration) beschlossen wurde.

#### 6. DIE ZWEITE KRIEGSKONFERENZ DER INTERNATIONALEN ARBEITS-ORGANISATION IN PHILADELPHIA vom 20. April bis zum 12. Mai 1944.

Die Abordnungen zu dieser 26. Sitzung der Internationalen Arbeits-Organisation setzten sich zusammen aus: 74 Abgeordneten von Regierungen, 28 Vertretern der Unternehmerschaft und 30 Abgeordneten der Gewerkschaften. Zusammen mit ihren Sachverständigen waren 360 Delegationsmitglieder versammelt. Außer den Vertretern der 41 teilnehmenden Staaten waren noch Beobachter von Dänemark und von drei Staaten, die nicht Mitglieder der Organisation waren, Island, Nicaragua und Paraguay, zugegen.

Folgende Probleme wurden der Konferenz durch das Präsidium vorgelegt:

1. Die künftige Politik, das Arbeitsprogramm und die Statuten der Internationalen Arbeits-Organisation.
2. Vorschläge an die Vereinten Nationen bezüglich Sozialpolitik der Nachkriegszeit.
3. Die Organisation des Arbeitsmarktes in der Uebergangszeit vom Krieg zum Frieden.
4. Soziale Sicherheit: Grundsätze und Nachkriegsprobleme.

Die Beschlüsse der Konferenz wurden in einer „Erklärung von Philadelphia“ zusammengefaßt. Darin verpflichtet sich die Internationale Arbeits-Organisation, für die Sicherung der Vollbeschäftigung, einen höheren Lebensstandard, Mindestlöhne, soziale Fürsorgemaßnahmen und Gleichheit der Erziehungs- und Aufstiegsmöglichkeiten einzutreten.

#### 7. DIE FINANZ- UND WÄHRUNGSKONFERENZ IN BRETTON WOODS vom 1. bis zum 22. Juli 1944.

(Vorgeschichte und Text des Abkommens siehe unter „Währungs- und Finanzabkommen der Konferenz von Bretton Woods“.)

#### 8. DIE KONFERENZ IN DUMBARTON OAKS vom 21. August bis zum 7. Oktober 1944.

Bei dieser Konferenz fanden Besprechungen zwischen den Delegationen der Großmächte über die Grundzüge einer neuen Weltorganisation statt. Führer der amerikanischen Delegation war *Edward R. Stettinius*, der britischen Delegation *Sir Alexander Cadogan*, der russischen Delegation *Andrej Gromyko*, russischer Botschafter in den Vereinigten Staaten, der chinesischen Delegation *Dr. U. K. Wellington Koo*, chinesischer Botschafter in Großbritannien.

Vom 21. August bis zum 29. September fanden Besprechungen zwischen den Vereinigten Staaten, Großbritannien und Rußland statt; in der Zeit vom 29. September bis zum 7. Oktober verhandelten die Vereinigten Staaten und Großbritannien mit China. Das Ergebnis dieser Konferenz wurde in einem „Entwurf über die Grundlagen einer internationalen Organisation“ zusammengefaßt.



## Weltnot und Weltorganisation

### DER INTERNATIONALE NOTAUSSCHUSS FÜR LEBENSMITTEL

Während des Krieges wurden zwei Ämter zur Lösung der Ernährungsprobleme gegründet: der Vereinigte Lebensmittel-Ausschuß (CFB — „Combined Food Board“), der 1942 zusammentrat, bestand aus Ernährungsfachleuten von Großbritannien, den Vereinigten Staaten und Kanada. Seine Aufgabe war die möglichst wirksame Verteilung von Nahrungsmitteln unter die Vereinten Nationen. Das zweite Amt war die „United Nations Relief and Rehabilitation Administration“ (UNRRA), die 1943 gegründet wurde (vergleiche Europa-Archiv I/19).

Anfang Mai 1946 traten die schon länger laufenden Verhandlungen zur Schaffung einer einzigen Weltorganisation für die Ernährungsprobleme der Friedenswirtschaft in ihr entscheidendes Stadium.

Drei Vorschläge wurden erörtert:

1. **Herbert Hoover** forderte zur Schaffung eines neuen Amtes auf, das entweder der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen oder dem Weltsicherheitsrat unterstehen und am 1. September 1946 den Combined Food Board und die UNRRA in sich aufnehmen sollte. Das neue Amt sollte nur während der durch den Krieg hervorgerufenen Zeit der Lebensmittelknappheit unter einem einzigen Ernährungsverwalter arbeiten, örtliche Ausschüsse sollten klar abgegrenzte Weltgegenden verwalten. Hoover erklärte, daß die Verteilung von Liebesgaben außerordentlich verschwenderisch sei, und daß nach dem 1. Sep-

tember die einzelnen Völker ihre Lebensmittelkäufe nicht mehr durch Mildtätigkeit finanzieren sollten.

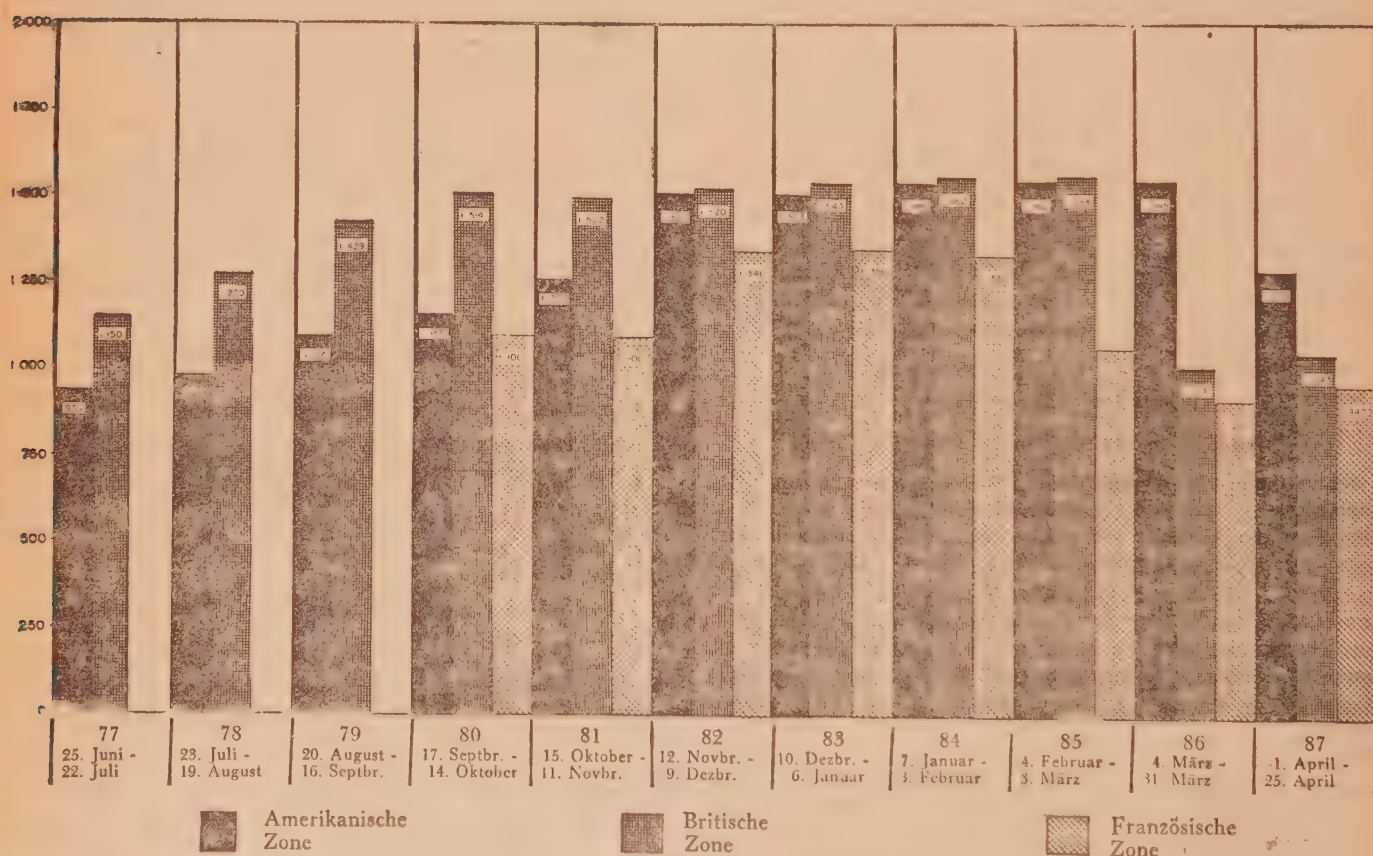
2. **F. H. La Guardia**, Generaldirektor der UNRRA, schlug vor, eine Welthandelskorporation zu schaffen, die die Lebensmittelüberschüsse aufkaufen und gegen bar oder Waren verteilen solle. Die Mitgliednationen sollten diesen „Pool“ finanzieren.

3. Die Vertreter des „Combined Food Board“ erklärten sich namens ihrer Regierung bereit, den Board in ein allgemeines Amt zur Verteilung von Lebensmitteln umzuwandeln. Argentinien und Rußland wurden zur Teilnahme eingeladen. Es wurde betont, daß das neue Amt nur so lange arbeiten solle, bis die Vereinten Nationen diese Aufgabe übernehmen könnten.

Ueber den Vorschlag von Hoover wurde am meisten diskutiert. La Guardia stimmte der Schaffung einer Ernährungsstelle der Vereinten Nationen zu, wandte sich aber gegen die Abschaffung der UNRRA. Eine verhungemde Nation zu zwingen, langfristige Anleihen für den laufenden Lebensmittelbedarf aufzunehmen, hieße, eine internationale Einrichtung der Mildtätigkeit in ein internationales Pfandhaus verwandeln.

Mitte Juni 1946 wurde der „Internationale Notausschuß für Lebensmittel“ begründet (IEFC — *International Emergency Food Council*). Er wird, so lange die gegenwärtige Notlage andauert, die Verteilung der Weltproduktion an Nahrungsmitteln übernehmen. Von den zweiundzwanzig zum Beitritt aufgeforderten Nationen haben neunzehn die Mitgliedschaft angenommen. Rußland beteiligte sich nicht. Der Beitritt Argentiniens wird für die nächste Zeit erwartet.

### ZONENGRENZEN UND ERNÄHRUNGS-LAGE IN DEUTSCHLAND



Aus der russischen Zone liegen keine Angaben vor.

Wie groß die Schwierigkeiten bei der gerechten Verteilung der Lebensmittel selbst für ein relativ kleines Gebiet sind, zeigt sich in der unterschiedlichen Behandlung der Ernährungslage in den drei westlichen Besatzungszonen Deutschlands.

Schon im Sommer 1945 trat ein Ernährungsausschuß der drei Besatzungsmächte zusammen, um gemeinsam die Gestaltung der

Lebensmittelversorgung ihrer Zonen zu beraten. Neuerdings hat man wieder erwogen, die Rationen für die drei Zonen in gleicher Höhe festzusetzen. Aber aus organisatorischen Gründen und infolge der schlechten Transportlage ist eine einheitliche Belieferung in den nächsten Monaten noch nicht durchführbar. Dazu kommt, daß die Importe der drei Besatzungsmächte verschieden groß sind.



## Die Währungs- und Finanzabkommen von Bretton Woods

### Vorgeschichte

Am 1. Juli 1944 traten in Bretton Woods, New Hampshire, USA, die Vertreter von 44 Nationen zur „Währungs- und Finanzkonferenz der Vereinten Nationen“ zusammen. Aufgabe der Konferenz, die von den Vereinigten Staaten einberufen wurde, war die Ausarbeitung eines Wirtschafts- und Finanzplanes zur Ueberwindung der Schwierigkeiten, unter denen die Weltwirtschaft in der Zeit zwischen den beiden Kriegen gelitten hatte.

Neben den Vertretern der Vereinten Nationen nahmen an der Konferenz auch Delegationen der UNRRA, des Internationalen Arbeitsamtes, der Wirtschafts- und Finanzabteilung des Völkerbundes und der Kommission der Vereinten Nationen für Ernährung und Landwirtschaft teil.

Die Grundlage der Besprechungen bildeten Vorschläge, die von internationalen Sachverständigen in den letzten Kriegsjahren erörtert worden waren. 1942 veröffentlichte Lord Keynes, damals Direktor der Bank von England, und Harry D. White, Leiter der Abteilung für Währungsforschung im Schatzamt der Vereinigten Staaten, Pläne zur Errichtung einer Weltbank. Im Anschluß daran fanden in Washington im Juni 1943 eine Reihe von inoffiziellen Besprechungen statt, an der Sachverständige von 17 Nationen teilnahmen. In diesen Aussprachen traten die Schwierigkeiten und Widerstände hervor, die bei der Durchführung dieser Pläne berücksichtigt werden mußten: Widerstreben einzelner Länder, Gold für den internationalen Fonds beizutragen; Befürchtungen einer Beschränkung der Währungshoheit; nachdrückliche Betonung der Sonderwünsche einzelner Länder; Furcht vor dem überwiegenden Einfluß der Gläubigerstaaten. Daraufhin wurde eine neue Fassung des White-Planes, die sich stärker dem Keynes-Plan näherte, am 10. Juli 1943 veröffentlicht. Nach weiteren Diskussionen britischer und amerikanischer Fachleute über diesen Entwurf wurde dann am 21. April 1944 eine „Gemeinsame Erklärung von Fachleuten zur Errichtung eines internationalen Währungsfonds der Vereinten und Verbündeten Nationen“ veröffentlicht. („Joint Statement by Experts on the Establishment of an International Monetary Fund of the United and Associated Nations“.) Dieses Dokument bildete zusammen mit der umgearbeiteten Fassung des White-Planes die Grundlage der Besprechungen in Bretton Woods. Für die Errichtung der internationalen Bank lagen Vorschläge des amerikanischen Schatzamtes vor. („Preliminary Draft Outline of a Proposal for a Bank for Reconstruction and Development“ Nov. 24, 1943. „Questions and Answers on the Bank“ Juli 4, 1944.)

### Die Konferenz

Die Verhandlungen der Konferenz dauerten vom 10. bis 22. Juli 1944. Der Führer der amerikanischen Delegation, Henry

Morgenthau jr., damals Finanzminister der Vereinigten Staaten, führte den Vorsitz. Zur Durchführung der Beratungen wurden drei Ausschüsse gebildet:

1. Ausschuß für das Statut des Internationalen Währungsfonds (Vorsitzender Harry D. White, USA).
2. Ausschuß für das Statut der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (Vorsitzender Lord Keynes, Großbritannien).
3. Ausschuß für sonstige Mittel der internationalen Zusammenarbeit in Währungsfragen (Vorsitzender Eduardo Suarez, Mexiko).

### Bedeutung der Konferenz

Die Bedeutung der Konferenz liegt darin, daß die alten Bahnen des Wirtschaftsliberalismus verlassen werden, um unter Wahrung der grundsätzlichen wirtschaftlichen Freiheit der einzelnen Länder eine übergeordnete Institution zu schaffen, die in sich die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Mitgliedstaaten ausgleichen soll. Der Ausgleich soll in einer Weise erfolgen, die nicht ausschließlich die Wirtschaftsbeziehungen der unmittelbar betroffenen Staaten belastet, sondern eine Regelung durch das Zusammenwirken aller Mitgliedstaaten ermöglicht. Auf diese Weise sollen die wirtschaftlichen Probleme der Nachkriegszeit durch Geld- und Kreditmaßnahmen gelöst werden, wobei das Geld in der Spitzenorganisation des Internationalen Währungsfonds in Form einer Devisengemeinschaft verwaltet und der Kredit durch die Internationale Bank den Ländern zum Wiederaufbau und zur Entwicklung auf lange Sicht gewährt werden soll. Es ist nicht beabsichtigt, einen Block von fest aneinander gebundenen Währungen zu schaffen, sondern eine bewegliche Abhängigkeit der Währungen der beteiligten Staaten, wobei Gold als Vergleichsmaß zugrunde gelegt werden soll.

### Die Beschlüsse

Zu diesem Zweck hat die Konferenz beschlossen, als ständige Körperschaft *einen internationalen Währungsfonds (International Monetary Fund)* zu schaffen und ihn mit den nötigen Vollmachten und Hilfsmitteln auszurüsten. Über diese Vollmachten und die zusätzlichen Verpflichtungen, die die Mitgliedstaaten auf sich nehmen müssen, wurde eine Einigung erzielt und der Entwurf eines Abkommens ausgearbeitet. (Vergleiche I. Das Statut des Internationalen Währungsfonds.)

Weiterhin ist die Konferenz übereingekommen, daß erweiterte internationale Investitionen nötig sein werden, um das Kapital bereitzustellen, das für den wirtschaftlichen Wiederaufbau benötigt wird. Die beteiligten Nationen wollen zusammenarbeiten, um das Risiko solcher Investitionen zu



teilen. Zu diesem Zweck wurde beschlossen, eine weitere internationale Körperschaft, „Die Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung“ („International Bank for Reconstruction and Development“) zu gründen. Es wurde vereinbart, daß die Bank im Wege langfristiger Kredite zu einem normalen Zinsfuß Vorhaben, die die Produktivität erhöhen, unterstützen soll. Die Konferenz erzielte Einigkeit über die Vollmachten und Hilfsmittel der Bank und über die Verpflichtungen der Mitgliedstaaten. Der Entwurf eines entsprechenden Abkommens wurde ausgearbeitet. (Vergleiche II, Das Statut der Internationalen Bank.)

## Text der Abkommen \*)

### I. Das Statut des Internationalen Währungsfonds.

Die Hauptaufgaben des „Währungsfonds“ sind (Artikel 1): die internationale Zusammenarbeit durch Errichtung einer ständigen Stelle zu fördern, die der Beratung und Zusammenarbeit in Geldfragen dient;

die Ausdehnung und die harmonische Entwicklung des internationalen Handels zu erleichtern, um auf diese Weise eine hohe Beschäftigtenzahl und einen gehobenen Lebensstandard sowie die Erschließung der Produktionsquellen der Mitglieder zu erreichen;

die Festigkeit der Kurse und einen geregelten Zahlungsverkehr zu fördern und eine ausgeglichene Zahlungsbilanz anzustreben;

mitzuwirken an der Schaffung eines vielseitigen (multilateralen) Zahlungssystems.

Jedoch soll es nicht die Aufgabe des Fonds sein, Kriegsschäden und Kriegsschulden zu regeln (Artikel 14).

Zu erwähnen ist auch die Bestimmung des Artikels 8, demzufolge sich die Mitglieder verpflichten, sich jeder Einschränkung des gegenseitigen Zahlungsverkehrs und jeder Diskriminierung einer Währung zu enthalten.

Die zur Erfüllung seiner Aufgabe nötigen Mittel — das Erstkapital des Fonds wurde mit 8,8 Milliarden Dollar festgesetzt — werden durch Beiträge der Mitgliedstaaten aufgebracht (Art. 3). Die Höhe der Beiträge richtet sich nach den Quoten, die in der Anlage A zum Vertrag folgendermaßen festgesetzt sind (die Beträge bedeuten Millionen Dollar, die in Klammern beigefügte Zahl die Reihenfolge nach der Höhe der Quoten):

Aethiopien	6 (32)	Jugoslawien	60 (16)
Aegypten	45 (22)	Kanada	300 ( 7)
Australien	200 (10)	Kirchenstaat	5 (35)
Belgien	225 ( 9)	Kolumbien	50 (18)
Bolivien	10 (29)	Liberien	0,5 (43)
Brasilien	150 (11)	Luxemburg	10 (30)
Chile	50 (17)	Mexiko	90 (15)
China	550 ( 4)	Neu-Seeland	50 (20)
Costa Rica	5 (33)	Nicaragua	2 (42)
Cuba	50 (19)	Niederlande	275 ( 8)
Ecuador	5 (34)	Norwegen	50 (21)
El Salvador	2,5 (38)	Panama	0,5 (44)
England	1300 ( 2)	Paraguay	2 (41)
Frankreich	450 ( 5)	Peru	25 (25)
Griechenland	40 (23)	Philippinen	15 (26)
Guatemala	5 (36)	Polen	125 (13)
Haiti	5 (37)	Südafr. Union	100 (14)
Honduras	2,5 (39)	Tschechoslowakei	125 (12)
Indien	400 ( 6)	UdSSR.	1200 ( 3)
Island	1 (42)	Uruguay	15 (27)
Iran	25 (24)	Venezuela	15 (28)
Irak	8 (31)	Vereinigte Staaten	2750 ( 1)

Insgesamt 8 794 Mill. Dollar

Die Quoten können alle fünf Jahre oder jederzeit auf Antrag des betreffenden Staates revidiert werden, immer ist jedoch zum Beschluß eine qualifizierte Mehrheit von vier Fünftel aller Stimmen erforderlich sowie die Zustimmung der betroffenen Mitglieder.

Die Einzahlungen sind in der Höhe der Quote zu leisten. Sie sind aber erst in dem Augenblick einzubringen, in welchem der Mitgliedstaat das Recht hat, Devisen aus dem Fonds zu beanspruchen. Diese Einzahlung ist zum Teil in Gold (und zwar fünfundzwanzig Prozent der Quote oder, wenn dieser Betrag geringer ist, zehn Prozent des Besitzes dieses Mitgliedstaates in Gold und amerikanischen Dollars) und der Rest in der nationalen Währung zu bezahlen. Es ist nicht vorgesehen, daß der volle Betrag an einer Zentralstelle hinterlegt werden muß. Das Gold wird vielmehr in den Schatzkammern der fünf Mitgliedsstaaten aufbewahrt werden, die die höchsten Quoten zahlen. Der Betrag, der in der eigenen Währung zu zahlen ist, braucht nur bei einer anerkannten Zentralbank oder anderen Einrichtungen auf dem eigenen Gebiet des Mitgliedstaates zugunsten des Fonds hinterlegt zu werden. Jeder Mitgliedstaat bezeichnet zu dem Zweck eine Zentralbank oder eine andere Hinterlegungsstelle. Er haftet für jede schuldhaftige Wertminderung. (Artikel 13.)

Der Artikel 4 behandelt die Frage des Kurses und damit die Frage der Parität. Dieser Artikel statuiert die einschneidendste Bestimmung des Abkommens, weil durch diese Regelung die Mitgliedstaaten Einschränkungen ihrer Souveränitätsrechte bezüglich der Währung auf sich nehmen. Der Fonds begünstigt aber keinen internationalen Währungsblock. Parität des Geldes jedes Mitgliedstaates wird in Gold oder in amerikanischen Dollars (mit Gewicht und Feinheit wie zum 1. Juli 1944) ausgedrückt. Der Abschnitt 4 dieses Artikels verpflichtet jedoch die Staaten, mit dem Fonds zur Stabilisierung ihrer Währung zusammenzuarbeiten und mit den anderen Mitgliedern regelmäßige Zahlungsabkommen zu treffen. Ein Mitgliedstaat kann die Parität seiner Währung nur dann ändern, wenn ein grundlegendes Mißverhältnis in der Zahlungsbilanz ausgeglichen werden muß. Wenn diese Aenderung 10% der Ausgangsparität übersteigt, muß sie von dem Mitgliedstaat beantragt und vom Fonds genehmigt werden. Der Fonds kann Einwendungen gegen die beabsichtigte Aenderung erheben. Es wird aber festgestellt, daß eine vorgeschlagene Aenderung nicht wegen der sozialen oder politischen Struktur des antragstellenden Staates abgelehnt werden kann. Der Verstoß gegen diese Bestimmungen wird mit dem Ausschuß bestraft.

Der Fonds kann nötigenfalls eine allgemeine Veränderung der Parität beschließen. Jedoch muß ein solcher Beschluß die Mehrheit der Stimmen für sich haben, und kein Mitglied, das mehr als zehn Prozent der Gesamtquote vertritt, darf gegen den Beschluß gestimmt haben.

(Wird fortgesetzt.)

\*) Offizielle amerikanische Veröffentlichungen der Texte:

International Monetary Fund: *International Bank for Reconstruction and Development; United Nations Monetary and Financial Conference, Bretton Woods, New Hampshire, July 1-22, 1944. US Government Printing Office, 1944.*

Englische Veröffentlichungen:

*United Nations Monetary and Financial Conference, Bretton Woods, New Hampshire, July 1-22, 1944, Final Act - H. M. S. O. 1944.*

In französischer Sprache wurde der Text der Abkommen von der „Imprimerie Nationale“ (J. A. 51.75.13) in einer Broschüre veröffentlicht. 102 Seiten, 1945.

Außerdem erschien: „Bretton Woods“, in englischer Sprache veröffentlicht von der „United Nations Information Organization“, by his Majesty's Stationery Office, London 1945.



# Die internationale Handelskammer

## Geschichte und Aufbau der Kammer

Nach der langen Pause, die dem internationalen Leben durch die Kriegseignisse aufgenötigt war, beginnt die internationale Handelskammer wieder ihre Tätigkeit. Die Anfänge dieser Organisation gehen auf die Zeit vor dem ersten Weltkrieg zurück. Damals wurde von privater Seite versucht, die Vorteile, die die Organisation einer nationalen Handelskammer bietet, auch auf den internationalen Handelsverkehr auszudehnen. Die erste Anregung zu regelmäßigen internationalen Zusammenkünften von Vertretern der Handelskammern ging vor allem von belgischen Wirtschaftskreisen aus. Nach dem Kriege wurde dann mit Unterstützung der Vereinigten Staaten 1919 in Atlantic City die „Internationale Handelskammer“ in Gegenwart der Delegierten Großbritanniens, Frankreichs, Belgiens und Italiens ins Leben gerufen. Die offizielle Gründungsversammlung fand 1920 in Paris statt. Es wurde ein ständiges Generalsekretariat geschaffen und Paris als Sitz der Kammer bestimmt. Bis zum Beginn dieses Krieges waren 47 Staaten in der Kammer vertreten. Von den Großmächten beteiligte sich allein die Sowjetunion nicht. Die Vereinigten Staaten hielten auch in der Zeit des stärksten Isolationismus an ihrer Mitgliedschaft fest.

Die Internationale Handelskammer ist eine private Körperschaft, die von den Regierungen weder Richtlinien noch Subventionen erhält. Sie finanziert sich ausschließlich durch die Beiträge ihrer Mitglieder. Von seiten der Kammer wird immer wieder betont, daß sie keinen äußeren Einflüssen unterworfen ist, keinerlei politischen Charakter trägt und es sich weder zur Aufgabe gemacht hat, eine bestimmte Wirtschaftsdoktrin zu verteidigen, noch Sonderinteressen zu schützen.

Jedes an der Internationalen Handelskammer beteiligte Land kann sich eine nationale Landesstelle bilden, die nach den Bestimmungen der Statuten die Vertretung der hauptsächlichsten Kräfte des wirtschaftlichen Lebens dieses Landes darstellen soll. Aber auch die Einzelmitgliedschaft bei der Internationalen Handelskammer ist vorgesehen.

An der Spitze der Kammer steht ein Verwaltungsrat, der sich aus ständigen Delegierten der Landesstellen zusammensetzt. Der Vollzungsausschuß, ein engerer Ausschuß des Verwaltungsrates, tritt in dringenden Fällen in der Zeit zwischen den Sitzungen des Verwaltungsrates zusammen. Das Scherengewicht der Vorarbeiten liegt bei den Arbeitsausschüssen, die vom Verwaltungsrat berufen werden.

Das international zusammengesetzte Generalsekretariat ist das ständige Büro der Kammer.

Vor dem Kriege vereinigten sich alle zwei Jahre die Delegierten der Mitglieder zu einer Generalversammlung, dem Kongreß, der das oberste Organ der Kammer bildet. Auf jedem Kongreß wird vom Verwaltungsrat der Präsident für die nächsten zwei Jahre gewählt. Die in der Zwischenzeit geleisteten Arbeiten werden abgeschlossen und die Richtlinien für die weitere Tätigkeit festgelegt.

Kongresse fanden bisher statt:

1921 in London	1931 in Washington
1923 in Rom	1933 in Wien
1925 in Brüssel	1935 in Paris
1927 in Stockholm	1937 in Berlin
1929 in Amsterdam	1939 in Kopenhagen

## Arbeitsprogramm für 1947

Durch eine Veröffentlichung des Generalsekretärs des französischen Komitees der Internationalen Handelskammer, René Arnaud, in der Monatszeitschrift „Le monde français“ werden nunmehr die Vorbereitungsarbeiten für den nächsten Kongreß im Jahre 1947 bekannt. Das Programm der für 1947 vorgesehenen Konferenz ist, bedingt durch die wirtschaftlichen Erschütterungen und Veränderungen des Krieges, sehr umfangreich. An Stelle der früheren 47 Ausschüsse wurden bei einer Besprechung in London im Jahre 1945 in Abwandlung des üblichen Arbeitsprogrammes neue Ausschüsse gebildet, die sich mit den vordringlichen Tagesfragen befassen werden, während viele bewährte Ausschüsse, deren Aufgaben nicht so aktuell sind, den Beginn ihrer Arbeit zurückstellen. Die Aufgabengebiete wurden wie üblich in Gruppen gegliedert.

### Gruppe I:

#### PRODUKTION UND ABSATZ

1. *Uebergang zur Friedenswirtschaft.*  
Abbau der Kontrollen, blockierte Konten.
2. *Privatwirtschaft oder staatlich gelenkte Wirtschaft.*  
Hier erwartet M. Arnaud eine interessante Auseinandersetzung zwischen der amerikanischen Auffassung, die heute noch rein wirtschaftsliberalistisch und demokratisch ist, und der europäischen, die unter dem Einfluß der Kriegsfolgen gewisse Vorzüge der staatlichen Lenkung der Wirtschaft anerkennt.
3. *Förderung des Arbeitseinsatzes.*
4. *Beseitigung der Schranken des freien Wettbewerbes im internationalen Handel,* veranlaßt durch
  - a) private Vereinbarungen,
  - b) Staatsverträge,
  - c) Kontrolle und Massenaufkäufe der Staaten.

Hier wird erwartet, daß die im Augenblick besonders kartellfeindliche Haltung der Vereinigten Staaten sich mit dem europäischen Standpunkt auseinandersetzen wird, der Kartelle weitgehend aus dem Zwang des verlorenen Krieges heraus, nicht grundsätzlich, ablehnt.

5. Neben diesen neuen Ausschüssen mit zum Teil neuen Aufgaben sind noch die Ausschüsse zu erwähnen, die sich mit Fragen der Termingeschäfte, der Standardisierung, der Produktion, des Absatzes, der Werbung sowie der Ausstellungen und Messen befassen.

### Gruppe II:

#### WIRTSCHAFTS- UND FINANZBEZIEHUNGEN.

1. *Kriegsschädenfragen.*
2. *Handelspolitik*  
Die übereinstimmende Meinung der Mitglieder war immer für eine weitgehende Beseitigung der Wirtschaftsgrenzen und Wirtschaftshindernisse. Es ist zu erwarten, daß dieses Verlangen nach Auflockerung der Wirtschaftsbeziehungen nach den durch Krieg und Kriegsfolgen bedingten Verschärfungen der Beschränkungen noch schärfer betont werden wird.  
Zweifelloos wird auch Deutschland Gegenstand der Besprechungen sein, da für den internationalen Handel viel davon abhängt, welche wirtschaftliche Stellung Deutschland in den Friedensbedingungen zugewiesen werden wird.



## 3. Währungsfragen.

## 4. Kapitalverlagerungen.

Die Besprechungen in diesem Rahmen werden sich hauptsächlich mit dem Währungsabkommen von Bretton Woods befassen.

## 5. Handelsübliche Vertragsformen.

Fortgesetzt werden auch die Arbeiten, die die Kammer auf dem Gebiet der internationalen handelsüblichen Vertragsformen geleistet hat. Wir verdanken diesen Arbeiten bereits die Klärung wichtiger Begriffe der internationalen Wirtschaftsterminologie, zum Beispiel f. o. b. und c. i. f.

## Gruppe III:

## RECHTSFRAGEN

## 1. Internationale Handels-Schiedsgerichtsbarkeit.

Der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit kommt seit jeher die größte Bedeutung im Rahmen der Kammer zu. Sie ermöglicht die Anrufung des Schiedsgerichtshofes der Kammer bei Streitfragen, die aus Rechtsgeschäften zwischen Angehörigen verschiedener Staaten entstehen. In vielen Fällen wird den Verträgen daher eine Schiedsgerichtsklausel angefügt. Der Schiedsgerichtshof kann aber auch in anderen Fällen angerufen werden. Er entscheidet in diesen Fällen, wenn gegen seine Zuständigkeit von der beklagten Partei kein Einspruch erhoben wird. Die Bedeutung dieses Schiedsgerichtshofes liegt vor allem darin, daß durch ihn vollstreckbare Rechtstitel erlangt werden können. Sonst war dies wegen der Schwierigkeit der Erhebung von Rechtsansprüchen im Ausland oft nicht zu erreichen. So wird durch die Tätigkeit der Kammer in vielen Fällen erst eine Rechtssicherheit im internationalen Handel geschaffen.

Die besondere Aufgabe dieses Ausschusses wird es nun sein, eine Basis für die Zusammenarbeit mit den anderen schiedsrichterlichen Körperschaften zu finden, wie zum Beispiel der „Amerikanischen und Interamerikanischen Schiedsgesellschaft“, den englischen Schiedsgerichtshöfen, der russischen Seeschiedsgerichtskommission und der

Schiedsgerichtskommission für den auswärtigen Handel der Handelskammer von Moskau.

## 2. Schutz des gewerblichen Eigentums.

Die komplizierten Eigentumsfragen, die durch den Krieg bedingt sind, werden diesen Ausschuß vor neue schwere Probleme stellen.

## Gruppe IV:

## TRANSPORT- UND VERKEHRSWESEN

Die früher in dieser Gruppe tätigen rund 20 Ausschüsse (für Bahnverkehr, Schifffahrt, Luftfahrt, Nachrichtenwesen und so weiter) werden wahrscheinlich mit einem kleineren Apparat versuchen, die Schwierigkeiten der Nachkriegslage zu erkennen und Wege zu weisen, die zu einer raschen und reibungslosen Wiederaufnahme des Verkehrs in möglichst vollem Umfang führen können. Jedenfalls wird sich ein zusätzlicher Ausschuß mit den Uebergangsschwierigkeiten im Transport- und Nachrichtenwesen befassen.

Dieses Programm für den Kongreß 1947 zeigt, daß die Internationale Handelskammer bestrebt ist, durch zielbewußte Kleinarbeit zu der Lösung der brennenden Tagesfragen der Weltwirtschaft beizutragen. Darüber hinaus wird auch die Erörterung der grundsätzlichen Probleme der internationalen Wirtschaftspolitik im Rahmen der Kammer von großem Einfluß auf die Einstellung der einzelnen Länder sein.

Dr. F. K. Liebich

## LITERATURHINWEISE.

„Die Internationale Handelskammer“, herausgegeben vom Generalsekretariat, Paris, 1935.

„Die Internationale Handelskammer und ihre deutsche Gruppe — Satzung und Geschäftsordnung“, Gründungsversammlung zu Paris am 24. Juni 1920.

„Schiedsgerichtshof“ — Vergleichs- und Schiedsgerichtsordnung der Internationalen Handelskammer — herausgegeben von Dr. Josef Weisbart (Verlag Hobbing, Berlin).

„Incoterms“ 1936, IHK, Paris.

„La Chambre de commerce internationale“ von René Arnaud, Agrégé de L'Université, Secrétaire général du Comité national français de la Chambre de commerce international — Le monde français, Januar 1946.

## EUROPÄISCHER ZENTRALFLUGHAFEN RHEIN-MAIN

Der Rhein-Main-Flughafen bei Frankfurt am Main, das größte europäische Flugfeld, wird zu einem Zentralflughafen für den überseeischen Luftverkehr ausgebaut werden. Die beiden Gesellschaften, die ihn ehemals betrieben, die Südwestdeutsche Flugbetriebs-Aktiengesellschaft und die Rhein-Main Flughafen-Aktiengesellschaft, sind Ende Juni fusioniert worden und tragen jetzt den Namen Rhein-Main-Flughafen-Verwaltungsgesellschaft. Der Rhein-Main-Flughafen soll zu einem Zentrum für den gesamten Flugverkehr zwischen Europa und Uebersee werden. Von Frankfurt aus sollen dann Anschlußlinien für sämtliche europäischen Länder von den verschiedenen Fluggesellschaften dieser Länder in Betrieb genommen werden. In Frankfurt wird damit außer den Militärfluglinien der Besatzungsmächte auch der gesamte zivile und Handelsluftverkehr konzentriert.

Da das Flughafengelände zwar für eine solche außerordentliche Beanspruchung seinen Ausmaßen nach geeignet, seinen Vorrichtungen nach aber unzulänglich ist, wurde auf Veranlassung der amerikanischen Besatzungsmacht ein umfangreiches Ausbauprojekt in Angriff genommen und mit einer Summe von dreißig bis fünfzig Millionen Reichsmark veranschlagt. Dieser Betrag ist von deutschen Stellen im Rahmen der Reparationskosten aufzubringen, ebenso wie ein Teil des Materials, das jedoch nicht allein von der amerikanischen Zone gestellt werden wird. Ein Teil des Materials wird von amerikanischen Stellen eingeführt. Besondere Beihilfen etwa in Form von Kohlen erleichtern den für die Lieferung des Materials vorgesehenen deutschen Firmen ihre Aufgabe. Da das Projekt für die Zukunft von wesentlicher Bedeutung für sämtliche Besatzungszonen Deutschlands sein wird, besteht die Absicht, die Kosten nicht allein auf Groß-Hessen, sondern auf die verschiedenen Länder der amerikanischen Besatzungszone umzulegen.

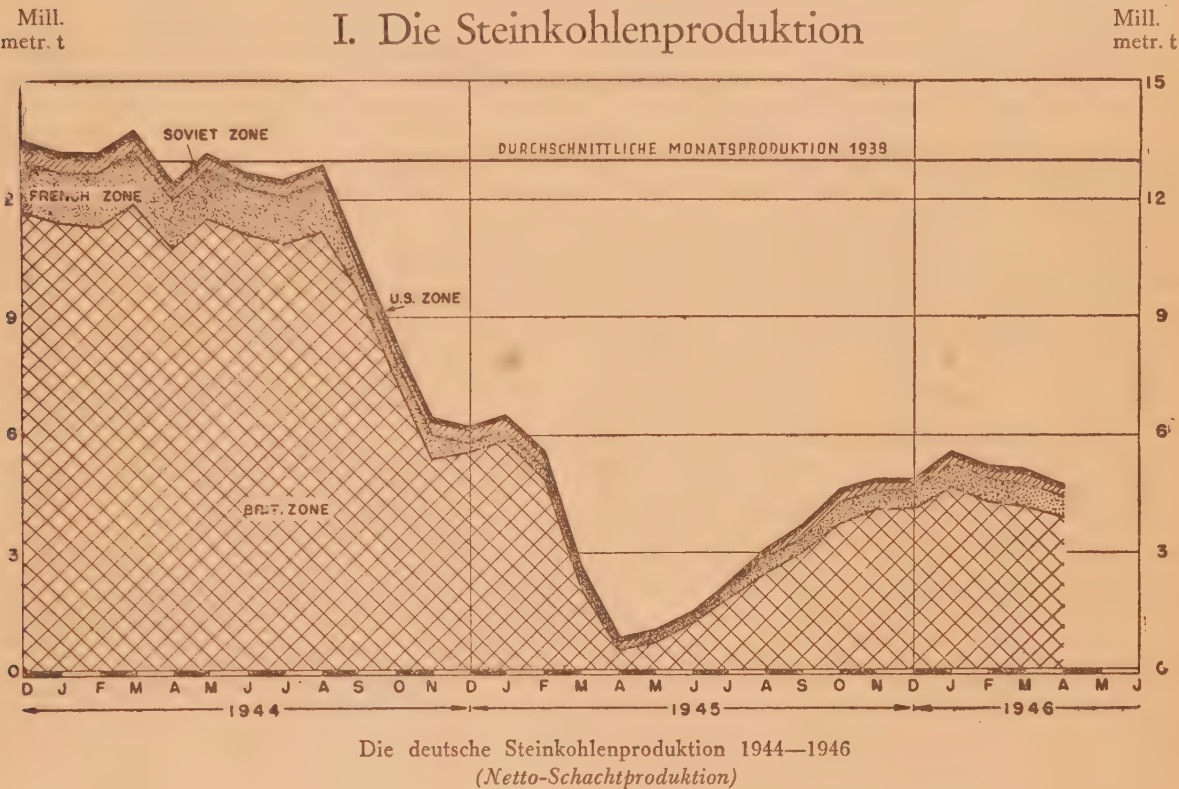
Unter Anleitung amerikanischer Fachkräfte arbeiten an dem Projekt als Generalunternehmer die Philipp Holzmann AG., außerdem Weiß & Freitag, Hochtief-AG., Züblin-Stuttgart und eine Anzahl anderer deutscher Firmen. Das Flughafengelände gehört heute zu einem Teil zu dem Territorium der Stadt Frankfurt, zu einem andern Teil zu dem Gebiet des Staates Hessen. Damit aus diesem Tatbestand keine Schwierigkeiten für die Ausführung des Projektes entstehen, wurde in einer Besprechung zwischen dem Ministerpräsidenten von Groß-Hessen, Professor Dr. Geiler, und dem Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt, Dr. Blum, vorgesehen, das gesamte Gelände dem Territorium der Stadt Frankfurt einzugemeinden. Die Pläne für den Neuaufbau wurden in Zusammenarbeit mit und unter Aufsicht von amerikanischen Stellen entworfen. Die Einrichtungen des Rhein-Main-Flughafens werden alle technischen Neuerungen berücksichtigen. Amerikanische Radar-Anlagen für Blindlandungen sind bereits in Betrieb, sollen jedoch durch fest stationierte Anlagen des Flughafens ersetzt werden. Für die Siedlungen am Rande des Geländes, die einerseits das am Flughafen beschäftigte Personal und andererseits die dort stationierten amerikanischen Einheiten aufnehmen sollen, werden in beträchtlichem Umfange zusammensetzbare Serienholzhäuser aus Amerika importiert.

Der diesem Projekt zugrunde liegende Vertrag wurde am 24. Juni 1946 von Ministerpräsident Professor Dr. Geiler als Vertreter des Staates Groß-Hessen (der damit die Rechtsnachfolge des Reichsanteils an den ehemaligen Fluggesellschaften antritt), Oberbürgermeister Dr. Blum für Frankfurt und Oberverwaltungsdirektor Kohl als Repräsentanten der neugegründeten Flughafen-Verwaltungsgesellschaft einerseits, von Dr. ing. Arndt als Vorstand des Generalunternehmers andererseits unterzeichnet. Für die Besatzungsmacht zeichnete Captain Ralph W. Mitton vom 831. Eng. Av. Bat.



# Die deutsche Kohlenproduktion im ersten Jahr nach Einstellung der Feindseligkeiten

Nach Berichten des amerikanischen Militärgouverneurs und des Technischen Stabes der Brennstoffkommission beim Alliierten Kontrollrat in Berlin.



1. Die Steinkohlenförderung Deutschlands ist von 933 000 t im Mar 1945 auf 5 570 000 t im Januar 1946 gestiegen. An dieser Förderleistung ist

die britische Zone	mit 84 %
die französische Zone	mit 11 %
die russische Zone	mit 3 %
die amerikanische Zone	mit 2 %

beteiligt.

Die Reviere Westdeutschlands, die vor dem Kriege mehr als die Hälfte der auf dem europäischen Kontinent benötigten Kohlenmengen lieferten, erzeugten Anfang September 1945 nur 25 Prozent dessen, was im Monatsdurchschnitt 1938 gefördert worden war.

Von Mai 1945 bis zum Januar 1946 steigerte sich die Produktion des Ruhrgebietes von 698 000 t auf 4 672 000t.

Die Tagesförderung betrug im Ruhrgebiet

1938/39	423 000t
1942/43	389 000 t
1943/44	379 000 t
Oktober 1945	150 000 t

Im September 1945 hatte man die Absicht, bis zum Herbst 1946 eine Tagesförderung von 300 000 t zu erreichen. Die tägliche Durchschnittsförderung, welche im vorigen Jahr um 150 000 t betrug und die bis zum Ende Februar 1946 auf 180 000 t gesteigert worden war, ist im März wieder auf 160 000 t gesunken. Als Hauptursache für das plötzliche Absinken der Förderleistung werden Kürzungen der Lebensmittelrationen in den Kohlendistrikten angenommen. Während die Produktion in der französischen Zone um 2,5 % stieg, war in der russischen Zone ein Rückgang um 2,4 % zu verzeichnen.

Die Steinkohlenproduktion an der Ruhr (Aachen und Ibbenbüren) in 1000 t

Verwendung	Febr. 1946	März 1946	Differenz	
			1000 t	%
Gesamtförderung	4.321.6	3.800.4	— 521.2	— 12.1
Grubenselbstverbrauch	821.6	809.7	— 11.9	— 1.4
Kokserzeugung	780.7	851.3	+ 70.6	+ 9.0
Briketterzeugung	146.9	159.9	+ 13.0	+ 8.9
Verbrauch der Bergarbeiter	133.7	156.4	+ 22.7	+ 17.0
Netto marktfr. Produktion	2.452.2	1.849.9	— 602.3	— 24.6



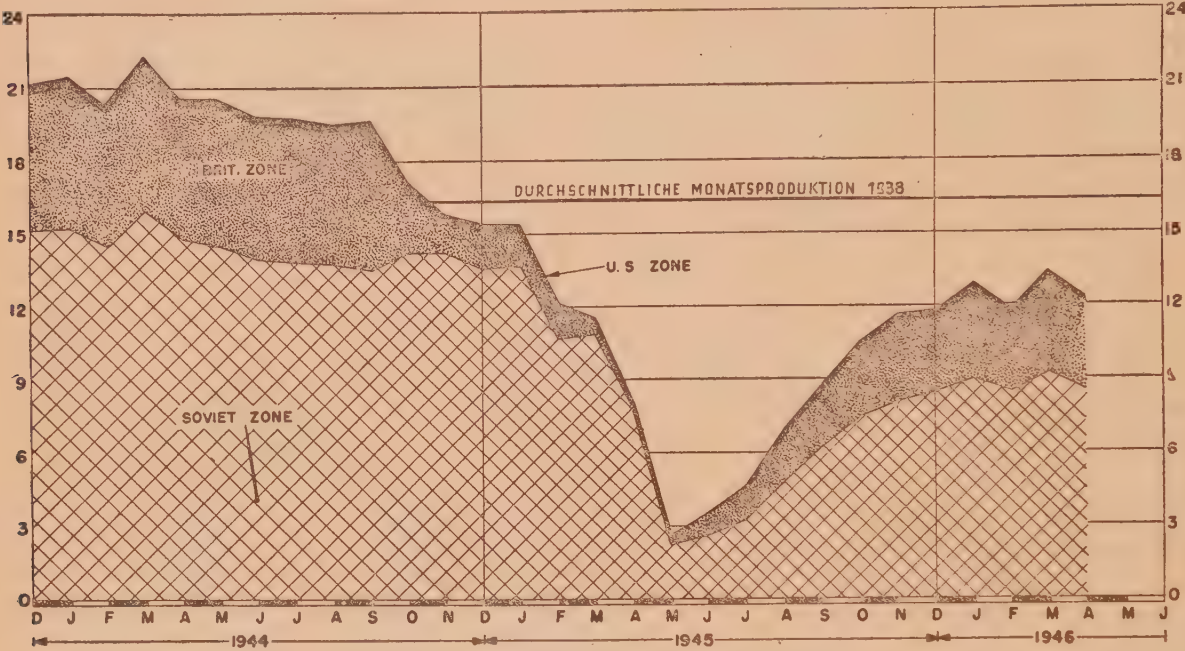
Die Steinkohlenproduktion an der Saar in 1000 t

Verwendung	Febr. 1946	März 1946	Differenz	
			1000 t	%
Gesamtförderung	571.1	558.9	− 12.2	− 2.1
Grubenselbstverbrauch	102.8	104.0	+ 1.2	+ 1.2
Kokserzeugung	64.2	64.6	+ 0.4	+ 0.7
Verbrauch der Bergarbeiter	32.2	27.2	− 5.0	− 15.6
Netto markt. Produktion	371.8	363.0	− 8.8	− 2.4

Mill.  
metr. t

II. Die Braunkohlenproduktion

Mill.  
metr. t



Die deutsche Braunkohlenproduktion 1944—1946  
(Netto-Schachtproduktion)

Im Januar 1946 betrug die deutsche Wochenförderung an Braunkohle 75,5% der durchschnittlichen Wochenförderung von 1938. In der russischen Zone war die Förderung auf 79%,

in der britischen auf 77% und in der amerikanischen Zone auf 71% von 1938 angestiegen.

III. Der Export fester Brennstoffe

Von der Gesamtförderung der britischen und französischen Zone, den einzigen Zonen, welche Kohle exportieren, gingen im Februar 1946 25% in die 6 befreiten Länder Westeuropas (Frankreich, Belgien, Holland, Luxemburg, Norwegen, Däne-

mark). Im Februar 1946 wurden an diese Länder 1 020 000 t festen Brennstoffs exportiert. Seit Beginn der Besatzung sind bis zum April 1946 insgesamt 8 181 000 t ausgeführt worden.

Bestimmungsland	Gesamt Mai 1945 — April 1946	Gesamt Mai 1945 — Dezember 1945	1946			
			Jan.	Febr.	März	April
		(1000 Metr. Tonnen)				
Gesamt	8.181	4,360	1,181	1,012	838	790
Frankreich	2,624		393	353	249	207
Belgien	1,829	1,055	256	196	185	137
Holland	1,153	602	172	141	108	130
Dänemark	1,124	569	157	157	128	113
Luxemburg	877	432	131	105	122	87
Norwegen	514	280	72	60	46	56
Italien	9	—	—	—	—	9
Schweiz	11	—	—	—	—	11
Schweden	30	—	—	—	—	30
Finnland	10	—	—	—	—	10



IV. Vergleichszahlen zur deutschen Kohlenproduktion 1938—1946

A. Schichtleistung und Belegschaftsstärke

Für die Höhe der Kohlenproduktion sind zwei Faktoren entscheidend: Die Schichtleistung und die Belegschaftsstärke. Die folgenden Zahlen zeigen die Entwicklung der Gesamtleistung des Ruhrbergbaues:

1938/39	1 594 kg je Mann und Schicht
1942/43	1 309 kg „ „ „ „
1943/44	1 195 kg „ „ „ „
Oktober 1945	720 kg „ „ „ „

Trotz der Einsicht, daß frühere Leistungen in absehbarer Zeit erst dann wieder erreicht werden, wenn entscheidend gegen die Ueberalterung der Belegschaften eingeschritten und das Nachwuchsproblem in seinem ganzen Umfang behandelt wird, ist man mit allen Mitteln bestrebt, wieder auf eine Leistung von mindestens 1 000 kg je Mann und Schicht zu kommen.

B. Jahresförderung

STEINKOHHLENFÖRDERUNG

(Netto-Schachtproduktion)

Zeitraum	Gesamt Deutsch- land	Sowjet- Zone	Gesamt	Westliche Zonen		
	a)	b)		Britische Zone c)	Französische Zone d)	US Zone e)
Jahresförderung in Millionen metr. Tonnen						
1938	156.4	3.5	152.9	137.0	14.4	1.5
1939	158.1	3.5	154.6	139.7	13.3	1.6
1940	154.7	3.5	151.2	138.4	11.3	1.5
1941	158.9	3.5	155.4	139.4	14.4	1.6
1942	158.3	3.5	154.8	137.9	15.3	1.6
1943	158.7	3.5	155.2	137.3	16.2	1.7
1944	135.4	3.5	131.9	117.9	12.4	1.6
1945	41.2	2.1	39.1	34.6	3.4	1.1

BRAUNKOHHLENFÖRDERUNG

(Netto-Schachtproduktion)

Jahresförderung in Millionen metr. Tonnen

	a)	f)		g)		
1938	196.355	134.433	61.922	57.590	—	4.332
1939	212.682	147.450	65.232	61.017	—	4.215
1940	225.692	158.869	66.803	62.696	—	4.107
1941	237.422	167.363	70.059	65.830	—	4.229
1942	247.177	174.923	72.252	68.125	—	4.129
1943	254.611	181.814	72.797	68.605	—	4.192
1944	230.804	172.296	58.508	54.451	—	4.057
1945	107.839	86.252	21.587	18.973	—	2.614

- a) = Zahlen für Altreich ohne die abgetrennten Gebiete östlich der Oder und der westlichen Neisse, die jetzt von Polen verwaltet werden.
- b) = Felder in Sachsen. Die Vorkommen in Schlesien sind nicht berücksichtigt. Eine gewisse Produktion im Sudetengebiet von 1939 bis März 1945 ist in den Zahlen enthalten.
- c) = Vorkommen an der Ruhr, bei Aachen und in Niedersachsen.

- d) = Saargruben.
- e) = Fast ausschließlich bayrische Pechkohle, ein unterbituminöser Brennstoff.
- f) = Mitteldeutschland und ostelbische Vorkommen. Etwas Braunkohle, die östlich der Oder gefördert wurde, ist für die Zeit vor März 1945 in den Zahlen enthalten.
- g) = Bezirk Köln-Aachen.



**C. Monatsförderung**  
**STEINKOHLINFÖRDERUNG**  
*Monatsförderung 1945 in Tausend metr. Tonnen*

Januar	6.591	300	6.291	5.944	212	135
Februar	5.568	260	5.308	4.878	310	120
März	2.572	200	2.372	2.071	186	115
April	713	150	563	467	31	65
Mai	933	100	833	698	75	60
Juni	1.496	100	1.396	1.183	154	59
Juli	2.165	108	2.057	1.751	245	61
August	3.111	146	2.965	2.540	354	71
September	3.574	157	3.417	2.969	376	72
Oktober	4.610	190	4.420	3.835	474	111
November	4.921	193	4.728	4.099	507	122
Dezember	4.946	179	4.767	4.146	511	110

*Monatsförderung 1946 in Tausend metr. Tonnen*

Januar	5.570	194	5.376	4.672	582	122
Februar *	5.204	198	5.006	4.326	568	112
März	5.094	209	4.885	4.159	606	120
April *	4.720	198	4.522	3.872	540	110

\*) Nur 24 Arbeitstage gegenüber 26 im Januar und März

**BRAUNKOHLINFÖRDERUNG**  
*Monatsförderung 1945 in Tausend metr. Tonnen*

Januar	15.466	13.839	1.627	1.287	—	340
Februar	12.090	10.757	1.333	1.003	—	330
März	11.709	10.884	825	500	—	325
April	7.975	7.800	175	125	—	50
Mai	2.605	2.200	405	375	—	30
Juni	3.552	2.700	852	806	—	46
Juli	4.559	3.205	1.354	1.184	—	170
August	7.083	4.909	2.174	1.944	—	230
September	8.759	6.209	2.550	2.268	—	282
Oktober	10.579	7.385	3.194	2.921	—	273
November	11.569	8.033	3.536	3.265	—	271
Dezember	11.824	8.311	3.513	3.246	—	267

*Monatsförderung 1946 in Tausend metr. Tonnen*

Januar	12.862	9.008	3.854	3.593	—	261
Februar	12.054	8.292	3.762	3.406	—	356
März	13.491	9.164	4.327	3.942	—	385
April	12.554	8.573	3.981	3.735	—	246

\*) Nur 24 Arbeitstage gegenüber 26 im Januar und März

*Zum Vergleich Monatsförderung 1944 für Gesamtdeutschland: in Tausend metr. Tonnen*

Steinkohle: April 12.453; Mai 13.247; Juni 12.769; Juli 12.538; August 12.895, Sept. 10.725, Okt. 8.265, Nov. 6.449, Dezember 6.233. Braunkohle: April 20.553, Mai 20.575, Juni 19.898, Juli 19.791, August 19.529, Sept. 19.678, Okt. 17.096, Nov. 15.921, Dez. 15.461.

Anmerkungen: Die Zahlen für die US-Zone von April 1944 bis Mai 1945 beruhen auf Schätzungen, ebenso alle Zahlen für die Sowjetzone vor Juli 1945.



# Probleme des Flüchtlingsdienstes in Deutschland

## Die Aufgabe

Unter den großen Aufgaben der Kriegsfolgenhilfe, die heute den Trägern der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege gestellt und die nur in einem planvollen Zusammenwirken aller Kräfte zu bewältigen sind, beansprucht der Flüchtlingsdienst den breitesten Raum. Allein schon rein zahlenmäßig, denn es handelt sich um mehrere Millionen Menschen, die ihre Heimat verloren haben und nun in den drei westlichen Zonen Aufnahme und Eingliederung in das Wirtschaftsleben der einheimischen Bevölkerung suchen. Aber die Schwere der Aufgabe geht weit über den zahlenmäßigen Umfang hinaus. Was diesen Menschen nottut, ist nicht nur Fürsorge, nicht nur die Gewährung von Obdach und Nahrung, sondern sie sollen auch seßhaft werden, Heimat erwerben, sozial und kulturell aufgehen in den Dorf- und Stadtgemeinschaften. Und dies zu einer Zeit, in der die aufnehmende Bevölkerung selbst schwer durch Krieg und Kriegsfolgen getroffen ist, in der ihre Häuser zerstört sind und ihr Wirtschaftsleben mühsam um die Anfänge eines Wiedererstehens ringt. Allein das Land Groß-Hessen soll nach den bisherigen Plänen über eine halbe Million Menschen aufnehmen. Die Zuteilung auf die einzelnen Länder und innerhalb der Länder auf die Regierungsbezirke und Landkreise ist nach der Einwohnerzahl in der Vorkriegszeit erfolgt. Zugrunde gelegt wurde die Bevölkerungszählung von 1939. Man glaubte, jeder Gemeinde einen Bevölkerungszuwachs von rd. 25% zumuten zu können. Es zeigte sich jedoch, daß die zerstörten Städte nicht in der Lage waren, eine so hohe Zahl von Flüchtlingen aufzunehmen, und daß die Landgemeinden durch die Aufnahme der Evakuierten aus den Städten bereits eine Zunahme um 10—15% aufzuweisen hatten, als der Flüchtlingsstrom einsetzte. Hinzu kam, daß auch in zahlreichen, in der Nähe von Städten gelegenen Landgemeinden große Bombenschäden entstanden waren; in anderen war der verfügbare Wohnraum dadurch eingeengt, daß sie nach Kriegsende eine große Zahl von Ausländern oder Lager von politischen Gefangenen hatten aufnehmen müssen.

Auf einer Tagung der Arbeitsgemeinschaft der großhessischen Landkreise, die Anfang Juni d. J. stattfand, wurde berichtet, daß die Bevölkerung in den Landgemeinden seit 1939 durchschnittlich um 50% angewachsen ist. Wenn der Zustrom von Flüchtlingen tatsächlich weiterhin in dem angekündigten Umfang erfolgen sollte, so bleiben nur zwei Wege zu ihrer Unterbringung: die Errichtung von Sammelagern oder die beschleunigte Inangriffnahme eines Wohnungsbauprogramms großen Ausmaßes. Der erste Weg entspricht in keiner Weise dem Ziel des Flüchtlingsdienstes, denn eine derartige Massenunterbringung kann nicht zu Seßhaftigkeit und wirtschaftlicher Eingliederung führen. Einem Wohnungsbauprogramm größeren Umfangs aber steht der Mangel an Baustoffen entgegen. Zwar ist die sofortige Inangriffnahme von Neubauten für Flüchtlinge auf dem Lande vorgesehen. Auf der erwähnten Tagung der großhessischen Landkreise berichtete der Minister für Wiederaufbau, daß die hierfür notwendigen Mittel vom Land Groß-Hessen in Form von zinslosen Krediten zur Verfügung gestellt werden. Soweit der Boden nicht freiwillig hergegeben wird, soll er im Wege der Enteignung bereitgestellt werden. Jede Landgemeinde soll 5—10 Wohnungen erstellen. Bauherr soll in der Regel die Gemeinde selbst sein, doch können auch Ge-

nossenschaften oder Einzelpersonen diese Aufgabe durchführen. Die Frage der Holzzuteilung sei im Benehmen mit der Forstverwaltung gelöst. Auch die sonstigen Baustoffe können geliefert werden. Die Baudurchführung muß im Wege der Selbsthilfe geschehen. Fachkräfte können nur zur Anleitung und Beaufsichtigung der Arbeiten gestellt werden. Auf diese Weise könnten im Laufe des Jahres in Groß-Hessen etwa 5000 Wohnungen für Flüchtlinge erstellt werden. Dies entspricht jedoch nur einem Flüchtlingszustrom von 20 000 bis 25 000 Personen.

Mit diesen kurzen Angaben und Zahlen ist die ganze Schwere der vor uns stehenden Aufgabe umrissen. Bei der Erörterung der Ziele und Möglichkeiten des Flüchtlingsdienstes wurde auf der erwähnten Tagung der Landkreise in Groß-Hessen einmütig über diese ganze Aufgabe der Programmsatz gestellt: „Restdeutschland muß die Möglichkeit verbleiben, die wesentlich vermehrte, in den verkleinerten Raum hineingepreßte Bevölkerung unterzubringen, sie zu ernähren und ihr eine Existenz zu geben.“ Von dieser Forderung aus muß der Flüchtlingsdienst sich aufbauen. Wohl muß er dem Flüchtling mit Rat und Hilfe zur Seite stehen, damit er eine neue Heimat erwerben, Arbeit und Brot finden und Bürgerrechte erwerben kann. Aber zugleich hat er die Aufgabe, zum Schutze der einheimischen Bevölkerung dafür Sorge zu tragen, daß die Eingliederung der Flüchtlinge sich ohne Schädigung des wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Gefüges vollzieht.

Hieraus ergeben sich für den Aufbau und den Vollzug des Flüchtlingsdienstes folgende Aufgabengebiete:

Einrichtungen und Maßnahmen zur Erfassung der Flüchtlinge und zu ihrer Uebernahme in den Flüchtlingsdienst; Beförderung nach dem Aufnahmegebiet oder Zielort; Beschaffung einer Unterkunft am Aufnahmeort; Rat und Hilfe bei Begründung einer Lebensgrundlage; — Gewährung von Fürsorgeleistungen bis zur Erlangung einer Lebensgrundlage.

## Vorbereitungen des Flüchtlingsgesetzes

Als im Herbst des vergangenen Jahres die ersten Flüchtlingstransporte aus den Ostgebieten eintrafen, konnte nur mit improvisierten Maßnahmen, gestützt auf die Erfahrungen und Einrichtungen der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege, erste Hilfe bei Transport und Unterbringung geleistet werden. Schon hier zeigte sich sofort, wie unerlässlich nötig ein einheitliches Vorgehen bei der Erfüllung dieser Aufgabe ist, ein Ineinandergreifen der verschiedenen Hilfsmaßnahmen und ein planvolles Lenken der anzusiedelnden Menschen. So wurde schon gleich nach den ersten Versuchen einer Verständigung über die Landesgrenzen hinaus die Forderung nach einer *einheitlichen gesetzlichen Regelung* des Flüchtlingsdienstes erhoben. Nach Möglichkeit sollte eine solche übereinstimmende Rechtsgrundlage für die drei westlichen Zonen erreicht werden, die als Aufnahmegebiete vor der gleichen Aufgabe stehen. Zum mindesten aber müßte eine einheitliche Regelung für die drei Länder der amerikanischen Zone geschaffen werden. Gerade weil es sich um Menschen handelt, die auf Wanderschaft sind, von denen bestimmte Kontingente dem einen oder dem anderen Lande zugeteilt werden, müssen im wesentlichen gleiche Voraussetzungen für die Inanspruchnahme und den Umfang der Leistungen aufgestellt



werden. Räume, die wirtschaftlich eine Einheit bilden wollen, können eine derartig große Binnenwanderung nicht meistern, wenn sie sich nicht zu einer gleichmäßigen gesetzlichen Regelung der Materie entschließen.

Im Laufe der Wintermonate, als man bereits die ersten Erfahrungen mit dem Transport und der Unterbringung von Ostflüchtlingsen gemacht hatte, wurde in Frankfurt a. M. in einem Kreise von Sachverständigen aus Groß-Hessen ein Entwurf zu einem Flüchtlingsgesetz aufgestellt, der mit ausführlicher Begründung an die maßgebenden Stellen in den drei Ländern der amerikanischen Zone geschickt wurde. Die erste Frage, die es hier zu klären galt, war: Wer ist „Flüchtling“ im Sinne dieses Gesetzes?

Der Entwurf sieht dafür folgende Gruppen vor:

- a) Deutsche, die aus dem Auslande, aus einem nach Kriegsende ausgeschiedenen Landesteil Deutschlands oder aus einem einer anderen Besatzungszone angehörenden Landesteil kommen und dieses Gebiet auf Grund eines Ausweisungsbefehls der fremden Macht verlassen müssen;
- b) Deutsche, die aus den vorgenannten Gebieten kommen und ihren dortigen Wohnsitz auf Grund behördlicher Maßnahmen oder gleich zwingender Gründe aufgeben mußten;
- c) Deutsche, die bei Ausbruch oder während des Krieges in einem der vorgenannten Gebiete gewohnt haben, dieses alsdann verließen und infolge von Maßnahmen der dortigen Behörden nach dort nicht zurückkehren können.

Als Deutsche im Sinne dieser Bestimmungen gelten alle Personen, die nachweislich bis Kriegsende die deutsche Staatsangehörigkeit besessen haben, ferner solche ehemalige deutsche Staatsangehörige, denen aus politischen oder rassistischen Gründen diese Staatsangehörigkeit von der nationalsozialistischen Regierung entzogen wurde. Gleichzustellen sind Personen, die auf Grund ihrer Eigenschaft als Volksdeutsche aus dem Ausland ausgewiesen wurden.

Die Notwendigkeit einer einheitlichen Rechtsgrundlage für alle Aufnahmegebiete wird hier besonders deutlich. Bei verschiedenartiger Auslegung des Begriffs „Flüchtling“ würden einzelne Personengruppen, die in dem einen Land als Flüchtling gelten, in dem anderen ohne Hilfe verbleiben müssen.

Neben den Flüchtlingen sind die sog. „Heimkehrer“ in den Schutz des Gesetzes einbezogen, d. h. die Personen, die während des Krieges ihre Heimat verlassen mußten und nun dorthin zurückkehren wollen. Es handelt sich dabei vorwiegend um die aus Gründen der Luftgefahr „Evakuierten“, daneben aber auch um Personen, die wegen der Kampfhandlungen in den Grenzgebieten (etwa am Niederrhein) abwanderten, jetzt aber zurückkehren können. Ihre Lage ist eine völlig andere als die der Flüchtlinge, denn sie wollen nicht zugeteilt und angesiedelt werden. Aber soweit es sich für sie um Maßnahmen der Rückführung handelt, um Transport und Verpflegung, sollen sie den Flüchtlingen gleichgestellt werden.

In engem Zusammenhang mit der Frage, wer als Flüchtling im Sinne des Gesetzes gilt, steht die Frage des Flüchtlingsausweises. Die ideale Lösung wäre das geordnete Sammelager an der Grenze, in dem jeder einzelne Flüchtling auf seine Herkunft, seinen Abwanderungsgrund, seine politische Haltung und nicht zuletzt auf seine Arbeits- und Berufsmöglichkeiten geprüft und dementsprechend gleich dem richtigen Aufnahmegebiet zugeteilt würde. Leider hat sich aber gezeigt, daß in den Grenzlagern ein solcher Massenandrang herrscht, daß ein Prüfen der Einzelfälle und ein Sortieren nach beruflicher Eignung, ebenso auch die Ausstellung eines Flüchtlingsausweises unmöglich ist. Die Folge ist,

daß alle diese Feststellungen erst im Aufnahmegebiet vorgenommen werden können. Die Gefahr ist nicht gering, daß dabei sowohl politisch bedenkliche Elemente wie auch alte Kriminelle untertauchen und auf diese Weise in unsere Landgemeinden einsickern. Auch Fehler, die in der Zuteilung von Berufsgruppen unvermeidlich vorkommen, können erst nach und nach festgestellt und durch Austausch mit anderen Wirtschaftsgebieten ausgeglichen werden. So muß also damit gerechnet werden, daß die großen, heute in Bewegung gesetzten Bevölkerungsmassen noch auf Jahre hinaus nicht völlig zur Ruhe kommen. Es wäre aber falsch, wenn man dieses Aufsuchen des geeigneten Wirtschaftsbodens dem sogenannten freien Spiel der Kräfte überlassen wollte. Wohl muß die Initiative des einzelnen zur Mithilfe aufgerufen werden, doch sollte die Umsiedlung von Familien und ganzen Berufsgruppen nur mit Zustimmung der Flüchtlingskommissare erfolgen, nach eingehender Prüfung der Verhältnisse. Andernfalls würde in kürzester Zeit ein planloses Wandern kreuz und quer durch die drei Zonen einsetzen, das alle mühsame Verteilung des knappen Wohnraums zunichte macht. Man mag hiergegen einwenden, daß wir im Zeitalter der Freizügigkeit leben. Doch ist zu bedenken, daß das gesamte Flüchtlingsproblem die Freizügigkeit aus den Angeln gehoben hat. Das unfreiwillige Abwandern, die Zusammenstellung von Transportzügen, das Lenken der Transporte nach bestimmten Aufnahmegebieten — — all das hat mit Freizügigkeit nichts zu tun. Unter dem Zwang der Tatsachen muß hier eine Planung und Lenkung stattfinden, die mit der ersten Unterbringung nicht zu Ende ist.

Eine ganz besondere Schwierigkeit erwächst bei der Unterbringung und Eingliederung in das Wirtschaftsleben daraus, daß in allen Flüchtlingstransporten die Zahl der arbeitsfähigen Männer verhältnismäßig gering ist, während die der Frauen und Kinder und der Alten und Siechen überwiegt. Wenn es nicht gelingt, Heimarbeit für diese Frauen zu finden, werden sie bis zum Heranwachsen der Kinder auf öffentliche Unterstützung angewiesen sein. Und es bedarf wohl kaum der Erwähnung, daß ein wirkliches Einwurzeln in einer dörflichen Gemeinschaft nur auf dem Wege über ein gemeinsames Arbeiten geschieht. Dauerunterstützungsempfänger bleiben leicht ein Fremdkörper im bäuerlichen Leben. Zwar kann die eine oder andere dieser Frauen als Aushilfskraft in der Landwirtschaft willkommen sein; doch sind dies bei den hier vorherrschenden kleinbäuerlichen Verhältnissen immer nur sehr vorübergehende Beschäftigungen, und sie fallen überdies da weg, wo es sich um Mütter von mehreren Kindern handelt. Noch gar nicht gelöst ist die Frage, wie die zahlreichen Alten und Gebrechlichen unter den Flüchtlingen unterzubringen sind. Die Landgemeinden verfügen über keine Altersheime, die der Städte sind zum größten Teil verbrannt, die restlichen übervoll belegt. Noch sind viele Alte und Sieche aus den zerstörten Großstädten auf dem Lande untergebracht und warten darauf, daß die Städte Unterkünfte schaffen zu ihrer Heimkehr. Dazu kommen nun neue Scharen von Alten, denen ein eigener Haushalt auf dem Lande nicht mehr geschaffen werden kann. Der Neubau von Altersheimen scheitert an dem Mangel an Baustoffen. Die hierfür in Betracht kommenden Hotels und Pensionen in Kur- und Badeorten sind zum größten Teil beschlagnahmt. Hier ist die einzelne Gemeinde und auch der Kreis auf die tatkräftige Hilfe des Landes angewiesen, das allein in der Lage ist, für seinen Bereich den Bedarf an Altersheimen und die Unterbringungsmöglichkeiten zu übersehen und zu regulieren. In Großhessen sind Beratungen hierüber bereits im Gange.

Was die Kostenfrage anbetrifft, so herrscht Uebereinstimmung darin, daß der gesamte Flüchtlingsdienst als eine echte



Aufgabe der Kriegsfolgenhilfe von den Ländern zu tragen ist. Es ist eine überörtliche Aufgabe, deren Finanzierung den Gemeinden und Gemeindeverbänden nicht auferlegt werden kann.

### Die Regelung in Groß-Hessen

Eine gesetzliche Regelung des Flüchtlingsdienstes ist vor kurzem in Groß-Hessen erfolgt, zwar unter Anlehnung an den für ein zoneneinheitliches Gesetz aufgestellten Entwurf, jedoch unter Abweichung in einer Reihe von Punkten. In den beiden anderen Ländern der Zone sind noch Beratungen im Gange auf der Grundlage des erwähnten Entwurfs. In der Auslegung des Begriffes „Flüchtling“ stimmt die hessische Verordnung inhaltlich — wenn auch in anderer Fassung — mit diesem Entwurf überein, ebenso in der Umreißung der Aufgaben des Flüchtlingsdienstes. Er wird als *Aufgabe des Landes bezeichnet* und untersteht verantwortlich dem Minister für Arbeit und Wohlfahrt. Zur Durchführung der Aufgaben ist ein Landeskommissar bestellt, für jeden der drei Regierungsbezirke ein Regierungskommissar und für jeden Landkreis ein Kreiskommissar. In den einzelnen Gemeinden werden *Flüchtlingsfürsorgeausschüsse* gebildet, denen Vertreter der politischen Parteien und der Flüchtlinge angehören müssen. Von dem Grundsatz ausgehend, daß die Flüchtlinge möglichst rasch sesshaft gemacht und in das Wirtschaftsleben eingegliedert werden sollen, gelten für ihren *Arbeitseinsatz* die gleichen Bestimmungen wie für die einheimische Bevölkerung. Die *öffentliche Fürsorge* für hilfsbedürftige Flüchtlinge ist Sache des Landes; ihre Durchführung ist den Stadt- und Landkreisen als Auftragsangelegenheit übertragen. Diese erhalten also vollen Ersatz der Kosten, auch der Personal- und Sachaufwendungen. Die Fürsorgeleistungen sind nach dem geltenden deutschen Fürsorgerecht zu gewähren. In

einem Punkte jedoch erfahren diese Bestimmungen eine Abwandlung: in der Regelung der Zuständigkeit. Die Fürsorgepflicht obliegt dem Bezirksfürsorgeverband, in dem der Flüchtling sich bei Eintritt der Hilfsbedürftigkeit tatsächlich befindet (im Gegensatz zu dem „gewöhnlichen Aufenthalt“ im allgemeinen Fürsorgerecht). Unter Gleichstellung mit der einheimischen Bevölkerung geschieht auch die Unterstützung der Flüchtlinge nach dem Grundsatz der *Subsidiarität*, d. h. es wird das Vorliegen von Hilfsbedürftigkeit solange nicht anerkannt, als noch verwertbare eigene Mittel zur Bestreitung des Lebensunterhalts vorhanden sind oder der Unterhalt durch Verwertung der eigenen Arbeitskraft erworben werden kann. Von der Heranziehung des eigenen Vermögens soll jedoch abgesehen werden, wenn dieses im Einzelfall zur Begründung einer wirtschaftlichen Existenz (etwa Kauf eines Hauses oder Geschäftes) benötigt wird.

Es ist noch nichts in dieser Verordnung gesagt zu der Frage, wann die angesiedelten Personen aufhören, Flüchtlinge zu sein, d. h. von welchem Zeitpunkt an sie als Gemeindebürger gelten. Ein solcher Termin läßt sich zur Zeit noch nicht bestimmen, da er davon abhängt, wie rasch sich die wirtschaftliche Eingliederung der Flüchtlinge vollzieht. Diese wiederum ist von dem Ingangsetzen der einzelnen Zweige unserer Wirtschaft abhängig. So muß der Flüchtlingsdienst einstweilen unbefristet eine Aufgabe des Landes bleiben. Jedoch ist dies lediglich für die verantwortliche Leitung der Aufgabe und für ihre Finanzierung von Bedeutung. Ein Flüchtling, der sesshaft geworden ist und wirtschaftlich Fuß gefaßt hat, bedarf der Leistungen des Flüchtlingsdienstes nicht mehr und hört somit tatsächlich auf, Flüchtling im Sinne des Gesetzes zu sein.

Dr. Hilde Eiserhardt.

## Kurzberichte

*Zahlenangaben zu den Problemen der Flüchtlingsfürsorge. Wir werden auf die verfügbaren statistischen Unterlagen in breiterem Rahmen zurückkommen.*

Die letzten Ziffern einer Volkszählung ergeben 15 431 000 Deutsche, die ihren dauernden Wohnsitz in der amerikanischen Zone haben, und zwar 14 497 000 in der amerikanischen Zone und 934 000 im amerikanischen Sektor von Berlin. Dazu kommen 490 000 Verschleppte, von denen 379 000 in Lagern leben, 500 000 vorübergehend Anwesende und 75 000 deutsche Verhaftete.

Berlins Wohlfahrtsbudget für das erste Vierteljahr 1946 betrug 46 678 000 Reichsmark, die tatsächlichen Fürsorgeausgaben betrugen 68 816 000 Reichsmark.

In Bayern waren 1945 5707 neue Fälle von Syphilis und 18 622 neue Fälle von Gonorrhoe gemeldet. Bereits die Hälfte dieser Zahl fiel im ersten Vierteljahr 1946 an (3506 Syphilis und 9497 Gonorrhoe). Der Wochendurchschnitt der neuen Fälle hat sich von 186 auf 258 Syphilisfälle und von 358 auf 876 Gonorrhoeefälle erhöht.

Groß-Hessen und Württemberg-Baden haben ungefähr ein Drittel und Bayern ungefähr ein Zehntel ihres Flüchtlingskontingents aufgenommen. Statistische Unterlagen über die 125 000 in Groß-Hessen Aufgenommenen ergeben, daß 51 Prozent davon Frauen, 26 Prozent Kinder unter vierzehn Jahren und 23 Prozent Männer waren, von den letzteren aber ein hoher Prozentsatz Arbeitsunfähiger.

Das vorgesehene Fürsorgebudget für Württemberg-Baden beträgt ungefähr 260 Millionen Reichsmark, für Groß-Hessen 246 Millionen Reichsmark, für Bayern 1098 Millionen. Von dem für Württemberg vorgesehenen Betrag entfallen 145 Millionen auf Ausgewiesenen-Fürsorge, 5,6 Millionen auf Verschleppte (schätzungsweise werden am 1. 7. 46 etwa 20 000 Verschleppte der Öffentlichkeit zur Last fallen — in Württemberg-Baden —), 4,8 Millionen für Flüchtlingshilfe und 105 Millionen für allgemeine Fürsorge.



# Wiederaufbau in Europa

Kurzberichte vom I. Quartal 1946

## Großbritannien

Die Wertziffer der englischen Ausfuhren im letzten Jahr vor dem Krieg betrug 471 Millionen Pfund, die Ziffer des Vorjahres (1945) erreichte 393 Millionen. Für dieses Jahr will man jedoch auf eine Höhe von 750 Millionen gelangen. Das bedeutet eine 50prozentige Erhöhung gegenüber der Vorkriegszeit. Im Monat Februar wurden Waren im Werte von mehr als 60 Millionen Pfund exportiert, das ist mehr als doppelt soviel wie im November 1945 und um 17 Millionen Pfund mehr als im Februar 1939. Bei den Ausfuhrwaren spielen Kraftwagen und Werkzeugmaschinen eine bedeutende Rolle. Einige Werkzeugmaschinenfabriken Mittelenglands weisen bereits doppelt so hohe Exportziffern auf wie bei Beginn des Krieges, während die englische Kraftwagenausfuhr monatlich bereits 4000 Stück beträgt. Durch den Lieferungsaußfall Deutschlands und Japans ist der Export von Bijouterie, Schmucksachen und Spielzeug gestiegen.

Im März wurde eine Exportsumme von 67 Millionen Pfund erzielt, wodurch über eine Million Menschen für die Produktion von Exportwaren eingestellt werden konnte. Diese Zahl soll aber bis Jahresende noch um die Hälfte erhöht werden.

Die Ausfuhr erreichte im ersten Quartal einen Wert von 184 Millionen Pfund Sterling und war damit um 65 Millionen Pfund höher als im vorangegangenen Vierteljahr. Das Ausfuhrvolumen wird im „*Board of Trade-Journal*“ mit 84 v.H. des Volumens von 1938 angegeben. Auch die Einfuhr war mit 278 Millionen Pfund im ersten Vierteljahr höher als im Quartal vorher, jedoch um nur 47 Millionen Pfund. Unter Berücksichtigung der Wiederausfuhr, die mit 12,5 Millionen Pfund unverändert blieb, ergibt sich ein Einfuhrüberschuß von 81,5 Millionen gegen 99,5 Millionen Pfund im letzten Quartal 1945. Die durchschnittlichen Ausfuhrwerte haben sich seit Kriegsende wenig geändert. Hingegen sind die Einfuhrpreise vom zweiten zum vierten Quartal des Vorjahres um 7¼ v.H. zurückgegangen, da das Kriegsrisiko bei den Versicherungsprämien fortfiel und weniger Erdölserzeugnisse eingeführt wurden.

Die 650 Millionen Dollar des sogenannten „*Pipe-line-Kredites*“, aus dem England seit Dezember vorigen Jahres den größten Teil seiner Einfuhren bezahlt hat, gehen dem Ende entgegen. Dieser Betrag sollte vor allem die Kosten jener Lieferungen auf Grund der Pacht- und Leihvereinbarungen decken, die nach Ende des Krieges durchgeführt werden. Man hatte ursprünglich angenommen, daß der Pipe-line-Kredit für die Überbrückung des Zeitraumes bis zur Ratifizierung der England-Anleihe durch den amerikanischen Kongreß ausreichen würde. Diese Erwartungen sind durch die Verzögerungen in den Anleiheberatungen des Kongresses enttäuscht worden, und die englischen Einkaufskommissionen haben zur Begleichung der amerikanischen Güterlieferungen auf die Gold- und Dollarguthaben zurückgreifen müssen. Auch der sogenannte „*Dollarpool*“ von etwa 1,8 Millionen Dollar vermindert sich allmählich, obwohl ihm die Erlöse des englischen Exportes nach den Vereinigten Staaten zufließen.

Die „*Gesellschaft für politische und wirtschaftliche Planung*“ stellte in einer vielbeachteten Broschüre fest, Großbritannien werde trotz der Anleihen aus Washington und Ottawa nicht auf eine auf lange Sicht geplante Einfuhrkontrolle verzichten können. Die Behandlung der Importfragen wird auch weiterhin durch das „*Department of Overseas Trade*“ durchgeführt werden.

Der *Medikamentenhandel* hat sich eine neue Organisation geschaffen, die sich *British European Pharmaceutical Company* nennt und über ein Gründungskapital von 50 000 Pfund verfügt. Es gehören ihr sieben der führenden britischen Firmen des Medikamentenhandels an, nämlich: Allen and Hamburgs, Antigen Laboratories, Armour and Co., Boots Pure Drug Company, British Drug Houses, Evans Medical Supplies und Vitamins. Dieses Gemeinschaftsunternehmen, in dem sich die Mitgliedsfirmen von Jahr zu Jahr im Vorsitz abwechseln werden, will sich einstweilen in folgenden 16 Staaten betätigen: Belgien, Bulgarien, Tschechoslowakei, Dänemark, Finnland, Griechenland, Holland,

Italien, Jugoslawien, Norwegen, Polen, Portugal, Rumänien, Spanien, Schweden und der Schweiz.

Auch die britische *chemische Industrie* hat weitgehende Exportpläne und will die Erfahrungen, die sie während des Krieges gemacht hat, für den Außenhandel auswerten. Der Entwicklungsprozeß dieser Industrie ist noch nicht zum Stillstand gekommen, erst vor kurzem haben die Imperial Chemical Industries die Gründung neuer Fabriken mit einem Kapital von 10 Millionen Pfund beschlossen. Die „*Times*“ wies auf die Exportbedeutung und die neuen Verfahren der englischen Lösungsmittelindustrie hin, die imstande sei, eine ganze Reihe konkurrenzloser Produkte zu exportieren.

Nach einer Zusammenstellung in „*The Shipping World*“ beträgt die englische Handelstonnage im Bau 2 132 000 Bruttoregistertonnen, die sich auf 285 Schiffe verteilen. Hiervon sind 198 Fahrzeuge der Linienschiffahrt mit rund 1,5 Millionen Bruttoregistertonnen, 33 Schiffe „*Tramps*“ mit rund 0,2 Millionen und 55 Tanker mit 0,4 Millionen Bruttoregistertonnen. Unter diesen befinden sich zwei Faktoreitanker für den Walfang mit zusammen 30 000 Bruttoregistertonnen. In dem Jahresbericht der „*Chamber of Shipping*“ wird darauf hingewiesen, daß trotz der Neubautätigkeit und des Ankaufs von Schiffen die Handelsflotte noch nicht drei Viertel des Standes der Vorkriegszeit erreicht habe. Wie die „*Wirtschaftszeitung*“ (Stuttgart) berichtet, stellte die „*Financial Times*“ fest, daß sich die Verluste der Linienschiffe auf fast 50 v.H. einer Flotte von 1100 Schiffen belaufen. Die Eigentümer von Tankschiffen verloren 50 v.H. ihrer Tonnage. Daneben traten schwere Verluste an Küstenschiffen und kleineren Schiffen ein. Diese ernste Lage fordere ein entschiedenes Handeln, wenn England seine strategischen Verkehrsverbindungen behaupten wolle und wenn die Schifffahrt eine jährliche Summe von 100 Millionen Pfund und mehr beisteuern solle, wie sie es in den Vorkriegsjahren zur Ueberbrückung der Lücke zwischen sichtbaren Exporten und Importen tat.

Der ägyptische Ministerpräsident hat sich kürzlich über Fragen der *Baumwollproduktion* geäußert und festgestellt, daß während des Krieges 750 000 Tonnen Baumwolle in Ägypten auf Lager gelegt worden sind, die bisher noch keiner Verwendung zugeführt werden konnten. Es ist daher eine Baumwollbank gegründet worden, die den europäischen Ländern, die an Baumwollmangel leiden, Baumwollkredite gewähren soll. Es soll auch die Absicht bestehen, an Rumänien, Bulgarien, Ungarn und Österreich Baumwolle zu liefern. Gegebenenfalls sollen diese Lieferungen im Kompensationswege erfolgen, wobei die Abrechnung auch zu einem späteren Zeitpunkt durchführbar wäre.

Ein großer Teil der europäischen *Schafwollindustrie* liegt derzeit still, weil es an den nötigen Valuten zum Ankauf des Rohmaterials fehlt. Da während des Krieges eine Verschiffung nach Europa nicht möglich war, hat die britische Regierung in den Produktionsgebieten des Empire — dies sind Australien, Neuseeland und Südafrika — die überschüssige Wolle angekauft und dort eingelagert. In britischen Zeitungen wurde veröffentlicht, daß die im Besitz der britischen Regierung befindlichen Vorräte bereits Mitte des vorigen Jahres auf 4015 Millionen englische Gewichtspfund (1 Pfund = 0,45 kg) veranschlagt wurden. Mit dieser Menge könnte der Einfuhrbedarf der gesamten Welt für volle zwei Jahre gedeckt werden. Dazu werden in Argentinien und den USA Vorräte von 500 bzw. 200 Millionen Gewichtspfund angegeben. Aus Berechnungen von Fachleuten geht hervor, daß bei gleichbleibender Erzeugung und einer durchschnittlichen Zunahme des Verbrauches von 12 v.H. dreizehn Jahre notwendig sein werden, um die Wollvorräte zu verarbeiten. (Presse, Wien.)

## Niederlande

Die Kriegsschäden in dem niederländischen Eisenbahnwesen werden auf 250 Millionen Gulden geschätzt. Ungefähr ein Fünftel aller Schienenstränge und mehr als 100 000 Verbindungsstücke sind zerstört. Das 500 Meilen umfassende elektrische Netz und ungefähr ein Viertel der seiner Versorgung dienenden elek-



trischen Kraftwerke sind teils zerstört, teils von den deutschen Truppen weggeschafft worden. Ein großer Teil der Hafenanlagen von Rotterdam ist wieder einsatzfähig. Der dortige Hafenverkehr hat bereits über 70 v.H. der Vorkriegsziffer erreicht. Die Anlagen von Rotterdam sind allerdings derartig groß, daß sie ungefähr das Vierfache des derzeitigen Umschlages bewältigen könnten.

Am 31. Januar 1946 wurde in Kopenhagen ein *Währungsabkommen zwischen Holland und Dänemark* unterzeichnet. Das Abkommen setzt einen Kurs von 1.809 dänischen Kronen für einen holländischen Gulden oder 55,28 holländische Cents für eine dänische Krone fest. Ein beiderseitiger Bankkredit von 20 Millionen Gulden oder den entsprechenden Gegenwert in Kronen ist auf unbestimmte Zeit vereinbart. Es ist innerhalb drei Monaten kündbar. Die überseeischen Besitzungen sind in dem Abkommen eingeschlossen.

## Belgien

Durch die Ende April 1946 zwischen *Belgien, Luxemburg und Holland* abgeschlossene Zollunion haben sich die beiden Länder Holland und Belgien nach einer Trennung von 116 Jahren — die Loslösung Belgiens von den Niederlanden erfolgte 1830 — wieder zu engen wirtschaftlichen Bindungen entschlossen. Gleichzeitig soll mit der Zollunion auch die gesamte Wirtschaftspolitik in bezug auf Löhne, Preisbildung und Besteuerung sowie hinsichtlich der Planung des Außenhandels einander angepaßt werden. Damit hat sich in Westeuropa ein wirtschaftlicher Zusammenschluß vollzogen, wie er beispielgebend für andere Länder in Europa werden kann.

Insgesamt haben Belgien und Luxemburg, das seit 1922 in Zollunion mit Belgien verbunden ist, rund 9 Millionen und die Niederlande 8,5 Millionen Einwohner, so daß der vereinigte Wirtschaftsraum eine Bevölkerung von 17,5 Millionen umfaßt.

Unter Zugrundelegung der Vorkriegszahlen verfügen die drei Länder zusammen über eine Kohlenproduktion von rund 45 Millionen Tonnen jährlich, die noch ausbaufähig ist. Die führende Stellung der belgisch-luxemburgischen Eisen- und Stahlindustrie ist bekannt. Die Rohstoffproduktion betrug in Belgien vor dem Kriege rund 4 Millionen Tonnen und die Luxemburgs 2,5 Millionen Tonnen, zusammen also 6,5 Millionen Tonnen, eine Zahl, die größer ist als die für Deutschland zur Debatte stehende Produktionshöhe.

Der frühere belgische Ministerpräsident van Zeeland tritt für eine *Zoll- und Wirtschaftsunion Belgiens, Hollands, Luxemburgs, Großbritanniens und Frankreichs* ein. Als Gewähr dafür, daß sie keinen politischen, gegen andere Nationen gerichteten Pakt darstellt, soll die Union ein regionaler Zusammenschluß innerhalb der Organisation der Vereinten Nationen werden. Hierdurch würden auch etwaige Bedenken der Sowjetunion, daß es sich um eine politische Blockbildung gegen Rußland handele, am wirksamsten zerstreut werden. Ziel der westeuropäischen Wirtschaftsunion ist die Wiederherstellung normaler Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Unionsländern zur raschen Beseitigung der Folgen des Krieges. Ein Mitglied der amerikanischen Gesandtschaft in Brüssel erklärte, wenn jeder Schein einer politischen Blockbildung vermieden werde, stehe die Regierung der Vereinigten Staaten einem solchen Wirtschaftsband wohlwollend gegenüber. Diese westeuropäische Wirtschaftsunion könnte voraussichtlich der zweitgrößte Abnehmer der USA werden. (DANA)

## Frankreich

### Goldverlust der Bank von Frankreich

Zwischen dem französischen Schatzamt und der Bank von Frankreich kam im April eine Vereinbarung zustande, nach der die Notenbank dem Fonds für Währungsstabilisierung aus ihren Beständen etwas über 260 Tonnen Gold im Werte von 35 Milliarden Francs übergibt. Dadurch erfährt jetzt der Goldschatz der Bank von Frankreich eine Verminderung auf rund 95 Milliarden Francs, das ist 804 Millionen Dollar. Am 31. August 1944 war ihr Goldbestand mit 2 Milliarden Dollar angegeben worden, vor Kriegsbeginn, das ist am 1. August 1939, dagegen mit 2,7 Milliarden. Den letzten starken Goldverlust hat dabei die Bank von Frankreich am Ende des Monats Dezember vorigen Jahres erlitten, als sie im Zusammenhang mit der Abwertung des Franc an den Stabilisierungsfonds nicht weniger als 400 Tonnen Gold abtreten mußte.

Nach einem *französisch-italienischen Handelsabkommen* soll Frankreich an Italien 50 000 Tonnen Phosphat im Austausch für 300 Tonnen Quecksilber liefern. Das Kursverhältnis der beiden

Währungen zueinander wurde mit 1,9 Lire für den Franc gegen 2,075 Lire vor der Francabwertung festgesetzt. Alle Austauschlieferungen werden über den italienischen Kompensationsfonds verrechnet.

Über die *Produktionssteigerung* der französischen Industrie sagte der französische Minister für industrielle Erzeugung im Februar: „Gegenwärtig stehen wir bei einer Produktion von 2 Millionen Tonnen Stahl, vom April an werden es  $3\frac{1}{2}$  sein und ab August  $4\frac{1}{2}$  Millionen Tonnen. An Aluminium werden wir im Jahre 1946 rund 45 000 Tonnen gegen 40 000 Tonnen vor dem Kriege herstellen. Die Zementherzeugung wird von  $3\frac{1}{2}$  Millionen Tonnen vor dem Kriege auf 6 Millionen Tonnen ab April ansteigen. Die Gummierzeugung, früher 5000 Tonnen monatlich, beträgt gegenwärtig 2500 Tonnen und wird ab April 3500 Tonnen erreichen. Die chemische Industrie leidet unter Kohlenmangel, erreicht aber heute bereits 60 v.H. der Produktion von 1938. Das Erzeugungsprogramm für 1946 sieht eine weitere Steigerung um 10 bis 20 v.H. vor. Der Minister rechnet im Jahr 1946 mit einem Export im Wert von 10 Milliarden Francs pro Monat.“

Unter der Führung von Jean Monet wurde ein „*Planungskommissariat*“ gebildet, mit dem Ziel, Frankreich auf die Höhe der anderen modernen industriellen Großmächte zu stellen.

Das Generalkommissariat setzt sich aus dem „Großen Rat des Planes“, den Ministerpräsident Guoin leitet, Führern der Industrie und der Gewerkschaften und führenden Verwaltungsbeamten Frankreichs zusammen und steht in Zusammenarbeit mit Professor J. Curie.

Der Plan geht von der Tatsache aus, daß der durchschnittliche französische Arbeiter nur die Hälfte dessen erzeugt, was Arbeiter in gewissen anderen europäischen Ländern erzeugen und nur ein Drittel des amerikanischen Arbeiters. Im laufenden Jahr soll die Erzeugung elektrischer Kraft- und Wasserkraftstationen 25 Billionen Kilowattstunden ergeben, davon 13 Billionen Kilowattstunden aus großen, modernen Wasserkraftwerken in Mittel- und Südfrankreich. Diese 13 Billionen Kilowattstunden sollen 1950 auf 24 Billionen Kilowattstunden erhöht werden. Eisen- und Stahlindustrie sollen 6 Millionen Tonnen Barrenstahl und 1 Million Tonnen Walzeisen im Jahre 1946 erzeugen, 1950 schon 12 Millionen Tonnen Barrenstahl und 2,7 Millionen Tonnen Walzeisen. Die Landwirtschaft soll neu ausgerüstet werden. Fünf Jahre lang sollen jährlich 50 000 neue Traktoren hergestellt werden. Die Planer wollen 1950 nicht nur das beste Jahr 1929 erreichen, sondern es noch übertreffen. Der Plan hängt zum großen Teil von Kohlelieferungen, auch von der Ruhr, ab.

Kürzlich erhielt die *Parfümindustrie* seltene ätherische Öle im Werte von 300 Millionen Francs, um ihr Exportprogramm auszubauen, eine Zuweisung, die zumindest einen Erlös von 1200 Millionen Franken sicherstellen muß. . . . Frankreich hat drei Hauptexportmärkte im Auge: die Vereinigten Staaten, das britische Empire und Südamerika.

Jules Moch, Minister für öffentliche Arbeiten und Transportwesen, hat vor der Presse die *Aussichten des französischen Luftverkehrs* entwickelt. Für Frankreich, Afrika, Indochina und die Antillen ist in einem Zehnjahresplan die Anlage von 12 großen und 62 kleinen Flugplätzen vorgesehen. Die Kosten dieser Anlagen werden auf 5 Milliarden Francs geschätzt.

Im Jahre 1938 beflog die französische Luftfahrt auf 26 Linien mit einer Gesamtlänge von 46 000 Kilometern eine Strecke von 10 Millionen Kilometern. Für dieses Jahr sind 74 Linien mit einer Gesamtlänge von 160 000 Kilometern und einer zurückzulegenden Kilometerzahl von 18 Millionen vorgesehen.

In London wurde zwischen England und Frankreich ein Luftabkommen unterzeichnet. Bei dieser Gelegenheit hat Minister Moch der Hoffnung Ausdruck gegeben, es möge bald ein wirklicher „*Luftautobusverkehr*“ zwischen beiden Ländern entstehen. Der Verkehr ist halbstündlich geplant, aber man hofft, später einen viertelstündlichen Dienst einrichten zu können. (La Revue Economique et Sociale)

## Deutschland

In den ersten vier Monaten dieses Jahres sind in Hamburg 1918 Binnenschiffe mit 329 463 tragfähigen Tonnen und 92 911 Tonnen Ladung angekommen, davon kamen von der Oberelbe nur 334 Schiffe mit 102 691 tragfähigen Tonnen und 52 486 Tonnen Ladung, von der Niederelbe dagegen 1548 Schiffe mit 226 772 tragfähigen Tonnen und 40 435 Tonnen Ladung.

Das Verhältnis von Ober- und Niederelbeverkehr betrug im



Ein- und Ausgang tonnage- und ladungsmäßig 36 : 64. Dagegen stellte sich dieses Verhältnis im letzten Vorkriegsjahr (Januar bis April 1939) tonnagemäßig auf 86 : 14 und ladungsmäßig auf 91 : 9. Auf der Oberelbe wurden in diesem Jahr tonnagemäßig nur 5,1 vom Hundert, ladungsmäßig sogar nur 2,8 vom Hundert

des Verkehrsvolumens von 1939 befördert, auf der Niederelbe dagegen tonnagemäßig bereits 48,9 und ladungsmäßig 50,4 vom Hundert. In diesen Zahlen prägt sich die verkehrshemmende Wirkung der Zonengrenzen deutlich aus, die Hamburg von seinem natürlichen Hinterland hermetisch abtrennt.

I. Einnahmen und Ausgaben der Reichsbahn in der amerikanischen Besatzungszone Deutschlands.

1. September 1945—April 1946 (in Tausenden von Reichsmark)  
(nach Schätzungen der amerikanischen Militärregierung)

Monat	Einnahmen	Ausgaben	Defizit
1945 September	39.200	72.000	32.800
Oktober	48.000	79.500	31.500
November	55.000	71.400	16.400
Dezember	50.200	87.500	37.300
1946 Januar	58.800	68.800	10.000
Februar	64.500	73.200	8.700
März	81.000	75.000	6.000
April*)	111.000	73.000	38.000

\*) Anfang April wurden die Fahrpreise der Reichsbahn verdoppelt.

Das rollende Material der Reichsbahn in der amerikanischen Besatzungszone Deutschlands Anfang Mai 1946.

Insgesamt				davon unbrauchbar			davon brauchbar		
deutsch	fremd	zusammen		deutsch	fremd	zusammen	deutsch	fremd	zusammen
<b>Lokomotiven</b>									
April 1946	7.312	380	7.692	2.715	4	2.719	4.597	376	4.937
März 1946	7.328	418	7.746	2.655	6	2.661	4.673	412	5.085
<b>Personenwagen</b>									
April 1946	11.969	1.436	13.405	5.571	230	5.801	6.308	1.206	7.604
März 1946	11.926	1.589	13.524	5.895	299	6.194	6.031	1.299	7.330
<b>Güterwagen</b>									
April 1946	78.098	73.646	151.744	47.390	50.783	88.172	30.708	33.864	63.572
März 1946	77.791	78.798	156.589	47.090	54.913	92.003	30.701	23.885	64.586

Reparaturen:

April 1946 . . . . .	388 Lokomotiven
März 1946 . . . . .	377 Lokomotiven
Zuwachs gegenüber der Arbeitsleistung des Vormonats . . . . .	11 Lokomotiven (2,9 Prozent)
April 1946 . . . . .	7753 Güterwagen
März 1946 . . . . .	8080 Güterwagen
Rückgang der Arbeitsleistung gegenüber dem Vormonat . . . . .	330 Güterwagen (4,1 Prozent)
April 1946 . . . . .	1485 Personenwagen
März 1946 . . . . .	1755 Personenwagen
Rückgang der Arbeitsleistung gegenüber dem Vormonat . . . . .	270 Personenwagen (15,4 Prozent)

Schweiz

Außenhandel im ersten Quartal

In den ersten drei Monaten des laufenden Jahres wurden Waren im Wert von 801,7 Millionen Francs in einem Umfang von 119 033 Waggons zu je 10 Tonnen importiert, gegenüber 99,0 Millionen bzw. 10 387 Waggons in der gleichen Zeit des Vorjahres und 399,9 Millionen bzw. 161 065 Waggons im ersten Viertel des Jahres 1938. Die Ausfuhr wird im gleichen Zeitraum mit 527,4 Millionen bzw. 8953 Waggons angegeben, gegenüber 199,9 Millionen, bzw. 2603 Waggons und 306,3 Millionen, bzw. 14 599 Waggons. Diese Steigerung des Außenhandels ergibt aber ein anderes Bild wenn man die seit 1938 eingetretene Preiserhöhung berücksichtigt. Es zeigt sich dann, daß der schweizerische Außenhandelsindex im ersten Quartal 1946 bei der Einfuhr erst den Satz von 91,6 v.H. und bei der Ausfuhr 81,7 v.H. des Jahres 1938 erreicht hat.

Argentinien hat die erste Stelle in der Reihe der Lieferländer der Schweiz erreicht mit einer Einfuhr im Februar 1946 von 28,1 Millionen Francs und die Vereinigten Staaten mit 27,4 Millionen Francs übertroffen. Die Einfuhr aus Frankreich erreichte 20,9 und die aus Kanada 20,2 Millionen Francs. Die hauptsächlichsten argentinischen Einfuhrprodukte waren Schweine, Schweine-

schmalz, Speiseöl und Eier. Bei der Ausfuhr steht Amerika an erster Stelle mit 37,9 Millionen Francs, dann folgen Frankreich mit 22,9, die Tschechoslowakei mit 17,2, Argentinien und Brasilien mit zusammen 12 Millionen Francs. An der Spitze des Exportes stehen wertmäßig Uhren mit 42,4 Millionen Francs im Februar und 41,4 Millionen Francs im Januar 1946, dann folgen Maschinen im Wert von 28,0 bzw. 21,6 und Seidenstoffe in Höhe von 18,1 bzw. 19,1 Millionen Francs.

Rußland hat nach der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen der Schweiz einen Lieferauftrag von 20 Millionen Uhren — das sind zwei volle Jahresproduktionen — erteilt

Bei Kriegsende hatten sich erhebliche Clearing Salden zugunsten der Schweiz angestaut. Ende Februar 1946 ergab die Abrechnung mit Deutschland eine Forderung der Schweiz von 972 Millionen Francs, wobei weitere 94 Millionen noch angemeldet sind. Im ganzen hatte die Schweiz zum gleichen Termin folgende Außenstände aus den in Liquidation stehenden Clearingabkommen (Belgien, Deutschland, Frankreich, Kroatien, Niederlande und Slowakei) 1,07 Milliarden Francs, wozu noch angemeldete Beträge von 118 Millionen Francs kamen. Die übrigen Abkommen zeigten Ende Februar folgenden Stand: Italien 307 Millionen, Polen 2,7 Millionen, Bulgarien 8,5 Millionen. Ein Passivsaldo



bestand bei Spanien mit 25,6, Ungarn mit 19,8, Rumänien mit 9,8, Dänemark mit 7,6 und der Türkei mit 4,7 Millionen Francs. Bei den Aktivsaldoen von insgesamt 1,45 Mrd. Francs handelt es sich um Forderungen des Bundes. Dieser hat durch seine Einschaltung die Aufrechterhaltung der Exporttätigkeit und damit der Beschäftigung während des Krieges ermöglicht. Der Bund ist durch die ihm übertragene Entgegennahme eines Teiles der Exportdollars zu einem Goldbestand von über einer Milliarde gekommen. Seit Kriegsende sind mit folgenden Staaten Kreditabkommen geschlossen worden: Frankreich (Kreditlimit 250 Millionen Francs), Belgien und Luxemburg (50 Millionen), Italien (noch nicht in Kraft getreten 80 Millionen), Holland (50 Millionen), Tschechoslowakei (5 Millionen), Norwegen (5 Millionen) und England (260 Millionen).

## Österreich

Vom Betriebsnetz der Bundesbahnen mit einer Gesamtlänge von 9555 Kilometer sind 95 Prozent bereits befahrbar, und zwar von den 3693 Kilometer langen Hauptstrecken 98 Prozent und von den 2302 Kilometer langen Nebenstrecken 88 Prozent. Von den 385 zerstörten Brücken in den Bundesländern sind bereits 234 wieder befahrbar. Unter noch unbefahrbaren Brücken befinden sich im Bereich der Direktion Wien vier Donaukanalbrücken, die Donaukanalbrücken, im Bereich der Direktion Linz die Innbrücke der Strecke Braunau—Simbach und im Streckennetz der Direktion Villach die Murbrücke der Strecke Spielfeld—Straßradkersburg und eine Draubridge der Linie Grafenstein—Bleiburg. An 51 Brücken sind Wiederherstellungsarbeiten im Gange, darunter die Donaukanalbrücke bei der Erdbergerlande und die Donaubrücken bei Stadlau und Tulln.

(Berichte und Informationen, Salzburg.)

In Linz fanden Besprechungen über die mit fünf Millionen Schilling bemessene Finanzierung des ersten Bauabschnittes des Linzer Donauhafens statt. Das ursprüngliche Projekt vom Jahre 1939, das die Anlage von acht Hafenbecken mit einer Gesamtkapazität von 2,5 Millionen t Umschlag jährlich vorsah, wurde den geänderten Verhältnissen entsprechend reduziert. Man denkt derzeit daran, insgesamt drei Hafenbecken auszubauen, von denen zwei bereits befahrbar sind, während das dritte im Rohbau fertiggestellt ist. Man denkt daran, beim ersten Becken ausgebombte Industrien standortmäßig günstig anzusiedeln, während in das zweite der eigentliche Umschlagverkehr verlegt werden soll. Die bisher benutzten Anlagen an der Donaulände sind veraltet und unzulänglich. Nach Beendigung dieses Bauabschnittes, dessen Dauer drei Jahre betragen soll, ergäbe sich eine Umschlagkapazität von 300 000 bis 400 000 Tonnen. Insgesamt soll eine Kapazität von 1,25 Millionen Tonnen erreicht werden. Provisorische Gleisanschlüsse sind bereits am Becken II vorhanden. Die bisherigen Arbeiten, die im Frühjahr 1940 unterbrochen wurden, haben Millionenbeträge erfordert. (Die Presse, Wien.)

Nach längerer Unterbrechung kommen wieder die Tarifrachrichten der Ersten Donau-Dampfschiffahrt-Gesellschaft als erstes Zeichen einer bevorstehenden Eröffnung des österreichischen Donauverkehrs heraus (Direktion Wien III, Hintere Zollamtsstraße 1). Die Tarifrachrichten erscheinen fallweise und bringen ebenso wie früher alle Verkehrsnachrichten und sonstigen, den Personen-, Expressgut-, Eilgut- und Frachtverkehr betreffenden Verlautbarungen. Der Preis der Tarifrachrichten wird fallweise je nach Umfang der einzelnen Nummern festgelegt.

Ende Februar wurde der öffentliche Fernspreverkehr mit der Schweiz und Ungarn aufgenommen. Im Verkehr mit Ungarn wird für ein gewöhnliches Ferngespräch in der Dauer von drei Minuten eine Gebühr von 13,40 Schilling errechnet.

Am 12. März wurde der allgemeine Fernspreverkehr Österreich-Großbritannien wieder aufgenommen. Die Gebühr für ein gewöhnliches Ferngespräch von drei Minuten Dauer beträgt 50 Schilling.

Bei den Gesprächen nach und aus dem Ausland darf nur die deutsche, englische, französische, tschechische oder slowakische Sprache gebraucht werden.

Projekte für den Ausbau eines zentralen Weltflughafens bei Wien sind zur Ausarbeitung in Auftrag gegeben worden. Anlage, Ort und Lösungsart werden erst nach eingehender Prüfung der Projekte nach Anhören interallierter und internationaler Meinung festgesetzt werden können. Es herrscht die Ansicht vor, daß sich Österreich am Weltflugverkehr als Repräsentant namhafter transkontinentaler Flugverkehrsgesellschaften im interkon-

tinentalen Verkehr nur im beschränktesten Ausmaße für Post- und Passagendienste beteiligen wird und nur im innerstaatlichen und nachbarstaatlichen Verkehr einen eigenen Flugpark von wenigen, aber modernen Kleinverkehrsflugzeugen unterhalten wird.

## Italien

### Förderung des Außenhandels

Die italienische Regierung hat mit sofortiger Wirkung verfügt, daß die Exporteure 50 v.H. des aus dem Warenverkehr mit dem Ausland resultierenden Valutaerlöses zum Ankauf von fremden Rohstoffen und Waren verwenden können, soweit diese für die italienische Wirtschaft wichtig sind. Diese Konzession ist an die Bedingung geknüpft, daß der Valutaertrag innerhalb neunzig Tagen zum Ankauf der zum Export zugelassenen Produkte verwendet wird.

Zwischen Italien und Jugoslawien ist Anfang Mai das erste Kompensationsgeschäft zustande gekommen. Es beruht auf der Lieferung von chemischen Erzeugnissen, Werkzeugmaschinen und Schwefel seitens Italiens, während Jugoslawien Mineralien ausführen wird, die die italienische Wirtschaft dringend benötigt.

Der private Handelsverkehr zwischen Italien und Großbritannien wurde wieder aufgenommen. Es steht britischen Kaufleuten frei, mit italienischen Privatfirmen und Regierungsstellen in geschäftliche Beziehungen zu treten. Die Bezahlung der von Italien importierten und ausgeführten Güter hat in Pfund Sterling für italienische Rechnung bei einer britischen Bank zu erfolgen.

## Tschechoslowakei

Die Transportschwierigkeiten beruhen hauptsächlich auf dem Mangel an rollendem Eisenbahnmaterial. Im Jahre 1938 verfügte die Tschechoslowakei über 87 000 Eisenbahnwaggons, während sie derzeit nur 13 000 besitzt. Die Bahnanlagen sind zum großen Teil wieder in Betrieb, seit die vielen von den deutschen Armeen auf ihrem Rückzug zerstörten Brücken wiederhergestellt worden sind.

Zwischen der Tschechoslowakei und der belgischen und luxemburgischen Wirtschaftsunion wurde in Brüssel ein Handels- und Zahlungsvertrag unterzeichnet.

Nach einer Meldung aus Komorn sind vor kurzem nach einer siebenjährigen Unterbrechung die ersten Eisenerzlieferungen aus Jugoslawien in dem dortigen Hafen eingetroffen. Es handelt sich dabei um zwei Schiffe, die mit je 50 bis 60 Waggons Eisenerz beladen waren. Von Komorn aus wird das Erz auf dem Landweg nach Mährisch-Ostau verfrachtet.

## Ungarn

Die Besatzungskosten beliefen sich 1945 auf 252 Millionen Vorkriegspengö. Die industrielle Produktion hat sich teils wegen der Unterernährung der Arbeiter, teils aus Mangel an Rohmaterialien, Brennmaterial und Transportschwierigkeiten auf ungefähr 30 v.H. der Vorkriegsziffer verringert.

In den vergangenen zwölf Monaten war die Gesamtproduktion der Eisen-, Metall- und Maschinenindustrie des Landes nicht ausreichend, um die Reparationsverpflichtungen zu erfüllen.

Von den 2000 Lokomotiven sind nach dem Zusammenbruch bloß 400 gebrauchsfähig geblieben. Bis Anfang Mai wurden 873 Lokomotiven repariert, davon 500 in der zweiten Jahreshälfte 1945. Von den 40 000 Güterwagen im ersten Kriegsjahr zählte man im Mai 1945 kaum noch 4000. Die Totalreparaturen der Güterwagen in der zweiten Hälfte des gleichen Jahres betrugen 8285. Eine bedeutende Verbesserung des Verkehrs verspricht man sich von der wenigstens teilweisen Rückerstattung der 25 000 Waggons und 500 Lokomotiven, die sich in Österreich und in Deutschland befinden, deren Schicksal jedoch erst nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages mit Ungarn endgültig geregelt werden dürfte. (Neue Zürcher Zeitung.)

Die Vorkriegsproduktion von 100 Millionen Tonnen Kohle stieg während des Krieges auf 125 Millionen Tonnen und betrug 3300 Waggons täglich. Im Mai 1945 sank die tägliche Förderung auf 1000 Waggons. Wie aus Budapest gemeldet wird, ist der Gesetzentwurf über die Verstaatlichung der Kohlengruben eingebracht worden. Alle Stein- und Braunkohlengruben einschließlich aller Anlagen und Nebenbetriebe, sowie der angeschlossenen landwirtschaftlichen Unternehmungen fallen unter das Gesetz. Das Schürfrecht muß dem Staat kostenlos überlassen



werden, die anderen Vermögenswerte werden vergütet. Von dem Gesetz nicht betroffen ist vorläufig der ausländische Besitz. Die Verstaatlichung erfolgt rückwirkend vom 1. Januar 1946 an. Im Februar erhöhte sich die tägliche Förderung auf 2000 Waggons.

Auch die Ölproduktion befindet sich in den Händen des Staates unter Kontrolle durch die Besatzungsmacht. Nach starkem Absinken bei Kriegsende hat die Produktion nun mit 735 000 Tonnen das Vorkriegsniveau von 800 000 Tonnen nahezu wieder erreicht.

Der Kohlen- und Rohstoffmangel bereitet der Schwerindustrie große Schwierigkeiten. Der mit Rußland abgeschlossene Handelsvertrag sichert zwar einen bedeutenden Teil des Bedarfes an Eisenerz, Koks, Blei und Mangan, doch wurden die wichtigsten Maschinen und Fabrikinrichtungen nach Deutschland transportiert. Die Menge der nach Westen verlegten Maschinen, Werkzeugmaschinen, Motoren und übrigen Maschinenteile wird mit 168 000 beziffert. Die Anzahl der von den Russen gemäß dem Waffenstillstandsvertrag demontierten und nach Osten abtransportierten Maschinen und Fabrikanlagen wird als beträchtlich bezeichnet. Außerdem befinden sich nach ungarischen Pressestimmen noch immer 28 000 Waggons Fertig- und Halbfabrikate sowie Rohmaterialien in der amerikanischen Zone Deutschlands und Österreichs. In Ozd wurde ein Hochofen in Betrieb gesetzt. Dies ist der dritte in Betrieb befindliche Hochofen, nachdem in Diosgyör bereits zwei Hochofen tätig sind. Im Csepeler Betrieb wurde ein zweiter Martinofen in Gang gebracht.

Die Rima-, Manfred Weisz und Bauxit AG. wird demnächst in Staatsverwaltung übergehen. Die Bauxit AG. wird von einer neugegründeten russisch-ungarischen Gesellschaft übernommen werden. Die Aktionäre der Unternehmungen werden eine entsprechende Vergütung erhalten.

Wie aus Budapest gemeldet wird, haben die beiden zum IG-Farbenkonzern gehörenden Gesellschaften, und zwar die „Ungarisch Pharma-Heilmittel“ und die „Budani-AG.“, deren erstere eine aOHV einberufen hat, noch keinen endgültigen Bescheid über ihre künftige Gestaltung erhalten. Es sind jedoch Bemühungen im Gange, im Wege der Repatriierung die Weiterführung des Betriebes zu sichern.

Da die Ziegelfabriken statt der geplanten 40 Millionen Dachziegel im Jahre 1945 nur 30 Millionen erzeugen konnten, ist für 1946 eine Produktion von 50 Millionen Ziegel geplant. Von den 18 000 reparaturbedürftigen Dächern sind ungefähr 10 000 bereits gedeckt, 4000 stehen in Arbeit.

Die Versorgung der Textilindustrie mit Rohmaterial schien bis zum Abschluß des russisch-ungarischen Handelsvertrages fast aussichtslos. Nun erhält Ungarn 30 Millionen kg Rohbaumwolle gegenüber einem durchschnittlichen Friedensimport von 26 Millionen kg. Zwei Drittel dieser Menge dienen dem eigenen Bedarf, davon werden 60 v.H. vom Staat bewirtschaftet, während der Rest auf dem „freien Markt“ zum Verkauf kommt. Ein Drittel wird verwoben nach Rußland re-exportiert. Die Textilmaschinen sind zu einem beträchtlichen Teil beim Abzug des deutschen Heeres demontiert oder zerstört worden, sie können nur durch Importe aus Schweden und der Schweiz ersetzt werden.

Besonders schwer hat die Lederindustrie gelitten, da der größte Teil des Viehbestandes zugrundegegangen ist oder nach dem Westen abgetrieben wurde. Die Lederproduktion beträgt nur noch ein Zehntel der Vorkriegsmenge.

### Rumänien

Interessante Einzelheiten über die Entwicklung der rumänischen Wirtschaft im abgelaufenen Jahr und über die Lage der rumänischen Finanz- und Geldinstitute enthält der in deutscher Sprache veröffentlichte Jahresbericht der Bodenkreditanstalt in Hermannstadt. Der Bericht geht davon aus, daß Rumänien im Jahre 1945 infolge einer ausgesprochenen Mißernte an einem großen Mangel an Nahrungsmitteln zu leiden hatte. Als Folge dieser Erscheinung stiegen die Lebensmittelpreise sprunghaft an, wodurch die Preise für alle notwendigen Verbrauchsgüter ebenfalls stiegen, während die Löhne und Gehälter nur zögernd folgten. Um eine radikale Besserung herbeizuführen, hält man eine intensive Bodenausnutzung für notwendig, damit Rumänien wieder Getreide exportieren kann, um Maschinen, Ersatzteile und Rohstoffe einführen zu können. Der Bericht stellt in diesem Zusammenhang fest, daß durch die Festhaltung des Kreditzinsfußes auf der Höhe von 1944 das Bankgeld die einzige Ware in Rumänien sei, das sich fast gar nicht verteuert habe. Obwohl

der rumänische Banknotenumlauf im Jahre 1945 von 356 auf 1219 Milliarden Lei stieg, stellte sich gegen Jahresende eine empfindliche Geldknappheit ein. Zum Teil ist dies durch die großen Beträge zu erklären, die bei der Landbevölkerung brachliegen, da diese nicht die Möglichkeit hat, landwirtschaftliche Geräte und Maschinen für die aus den Lebensmittelverkäufen stammenden Geldbeträge zu kaufen. Um die Banken in die Lage zu versetzen, der gesteigerten Kreditnachfrage zu entsprechen, hat die BNR namhafte Erhöhungen der Reeskontokredite vorgenommen. Von Bedeutung war dabei die durch das Dekretgesetz Nr. 590 vom 25. Juli 1945 verfügte Abänderung des Bankgesetzes, das ein höheres Mindestkapital für die Banken festsetzt, die Einlagengrenzen erweitert, das Kreditgeschäft ohne Pfand vereinfacht und die Höchstsätze, bis zu denen Kredite ohne reale Sicherung gewährt werden dürfen, heraufsetzt. (Die Presse, Wien)

### Rußland

#### Die Vereinigten Staaten und die russische Wirtschaftspolitik in Südosteuropa.

Rußland hat in einer Note an das amerikanische Außenamt um eine Anleihe von einer Billion Dollar zur Beschleunigung des Fünfjahresplanes angesucht. In ihrer ersten Antwort auf das russische Ersuchen schlugen die Vereinigten Staaten vor, den Gesamtkomplex der russisch-amerikanischen Handelsbeziehungen zu besprechen. Die Vereinigten Staaten wenden sich gegen das System der exklusiven Handelsabkommen, das Rußland mit seinen Nachbarvölkern durchführt. Dies liegt auf derselben wirtschaftspolitischen Linie, nach der die Amerikaner grundsätzlich nur mehrseitige Handelsverträge zulassen wollen. Es liegt auch auf derselben Linie wie die kürzlich von den Vereinigten Staaten an fünfzehn Nationen einschließlich Rußlands und Großbritanniens gerichtete Forderung, die offiziellen Einkaufsmissionen in den Vereinigten Staaten so bald wie möglich aufzulösen. Die amerikanischen Vertreter betonen, daß sie gegen Staatshandelsverträge von seiten Rußlands nichts einzuwenden haben, da dies der einzige Weg ist, auf dem Rußland Handel treibt. Aber sie wenden sich gegen die Tatsache, daß alle diese Abkommen nur zweiseitig sind, und befürchten, daß Rußland die Abkommen zu politischen Zwecken gebraucht.

Die Russen schlugen in ihrer Antwortnote vor, sich auf die Besprechung der Finanzfragen zu beschränken.

In der Antwort des amerikanischen Außenamtes kam daraufhin deutlich zum Ausdruck, daß die Vereinigten Staaten die Anleihe nur dann diskutieren wollen, wenn Rußland sich zur Änderung seiner Handelspolitik in Südosteuropa bereit findet. Dabei wurden folgende Einzelfragen berührt: das russische Handelsmonopol in Rumänien, Ungarn, Bulgarien, Polen, Finnland, das durch Reparationen und Tauschhandel zustande kommt, die Schaffung von „joint stock companies“ durch Rußland, die den Handel und die Industrie dieser Länder weiterhin kontrollieren und Beteiligung anderer Länder ausschließen, und die Frage des amerikanischen Ölbesitzes in Ungarn. (New York Herald Tribune)

#### Russische Handelsverträge mit Polen und der Tschechoslowakei

Die Sowjetunion hat mit Polen und der Tschechoslowakei Handelsverträge abgeschlossen. Im Sender Moskau wurde hierzu bekanntgegeben, daß in Übereinstimmung mit dem neuen Abkommen mit Polen ein Gütertausch im Gesamtwert von 96 Millionen Dollar pro Jahr in Aussicht genommen ist. Das Abkommen zwischen der Tschechoslowakei und der Sowjetunion soll ein Jahr Geltung haben. Durch eine besondere Klausel wird jedoch eine etwaige Verlängerung ermöglicht. Die Tschechoslowakei soll unter anderem Eisenerze und Baumwolle aus der Sowjetunion erhalten, wogegen sie Maschinen und andere Fertigfabrikate zu liefern hat.

#### Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen Österreichs zur Sowjetunion

Die Gesellschaft zur Pflege der kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen zur Sowjetunion in Wien hat eine Wirtschaftssektion errichtet, welche sich die Aufgabe gestellt hat, möglichst rasch die Vorarbeiten für die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen Österreichs zur Sowjetunion zu leisten. In diesem Zusammenhang sollen nicht nur die allgemeinen Exportmöglichkeiten festgestellt werden, sondern auch die konkreten Voraussetzungen für die Lieferfähigkeit der einzelnen am Rußlandgeschäft interessierten Unternehmungen erhoben werden. Die Gesellschaft beabsichtigt, sobald die Wirtschaftsexpertise abgeschlossen ist, eine Interessentendelegation nach Moskau einzuladen.



## Die schöne Literatur in der Sowjetunion

In welchem Umfang das Interesse breiter russischer Volkskreise an der schönen Literatur Rußlands in den letzten Jahrzehnten erwacht ist, zeigt sich in dem starken Anwachsen der Buchproduktion.

Im Jahre 1939 erschienen in Rußland sechsmal so viel Bücher wie 1913 (auf einen Einwohner 4,1 gegen ehemals 0,7). Die Auflageziffern volkstümlicher Sowjetautoren sind für westliche Begriffe außerordentlich (Gorkij seit 1917 41 Millionen, Scholochow 14 Millionen, Alexej Tolstoj 11 Millionen, Majakowski 8 Millionen, Ehrenburg 4 Millionen). Aber auch die russischen Klassiker, von denen Leo Tolstoj, Dostojewskij und Tschechow in den ersten Jahren nach der Revolution fast ganz vom Büchermarkt verschwunden waren, erfreuen sich — gerade unter der Arbeiterschaft — wieder erstaunlicher Nachfrage. Die Auflagezahlen von Puschkin (31 Millionen) und Gogol (8 Millionen) übertreffen die Gesamtziffern aus der Zeit vor 1917 um ein Mehrfaches.

Dieses literarische Erwachen führte auch zu einem sprunghaften Anwachsen der Buchproduktion in den verschiedenen Nationalsprachen der Sowjetunion. Sie erreichte bereits 1935 das achtzehnfache der Produktion von 1913 (117 Millionen Exemplare gegen 6,5 Millionen). Die Herausgabe von Schriften in den Nationalsprachen ist die besondere Aufgabe regionaler staatlicher Verlagsanstalten, wie sie in jeder Bundesrepublik und in zahlreichen Gebietshauptstädten bestehen. Das Aufblühen kultureller Zentren in vielen Provinzstädten des europäischen und asiatischen Rußland macht sich auch in einer „Dezentralisation“ der gemeinrussischen Literatursprache bemerkbar, die sich in steigendem Maße durch Aufnahme von Provinzialismen bereichert und erneuert.

Ueber den regionalen Verlagen steht als größter Verlag für Belletristik der „Staatsverlag für Literatur“. Sonderabteilungen dienen der Herausgabe von Erstlingswerken junger Schriftsteller und einer musterhaften Reihe russischer Klassiker. Auf Anregung von Maxim Gorkij wurde 1933 der „Verlag für Kinderliteratur“ gegründet, der geschmackvoll ausgestattete Kinderbücher in riesenhaften Auflagen verbreitet. Er hat noch während des Krieges 23 Millionen Bücher herausgebracht. Auch hier wird besonderer Wert auf geeignete Klassikerausgaben für Kinder aller Altersstufen gelegt.

Die bedeutendsten Literatur- und Kunstzeitschriften der Sowjetunion sind „Nowyi Mir“ (Vorkriegsausgabe 80 000) und die beiden im Staatsverlag für Literatur erscheinenden Zeitschriften „Oktjabr“ und „Snamja“.

Die bolschewistische Revolution bedeutete in der Literatur nicht entfernt den Einschnitt wie in der russischen Wirklichkeit, da die russische Dichtung schon vorher weithin revolutionär und die soziale Frage seit der klassischen Zeit in steigendem Maße das literarische Thema war. Der revolu-

tionäre Charakter der Literatur in den Jahren 1900 bis 1917 äußerte sich allerdings in besonderem Maße in der Form. Europäische Literaturmoden (Symbolismus, Imaginismus, Futurismus, Konstruktivismus) erfuhren in Rußland eine Steigerung, die sie in den ersten Jahren nach 1917 in den Experimenten zahlloser, sich immer wieder spaltender Schulen und Gruppen vielfach ad absurdum führten. Aber nicht nur der Einfluß der kommunistischen Partei, welche die Tendenz grundsätzlich über die Form stellte, sondern vor allem die gewandelte russische Wirklichkeit selbst haben der Literatur neue Themen gegeben und ihren revolutionären Schwerpunkt von der Form in den Inhalt verlagert. Diese Entwicklung vom formalen Experiment zu kraftvoller Lebensbewältigung spiegelt die neue Literatur nicht nur im Fortschreiten zu einem betont agitatorischen Aktivismus, sondern auch in der Rückkehr zu Gefühlstiefe und Einfachheit. Die großen Themen stellten zunächst die Revolution, die Jahre des Bürgerkrieges und des Hungers, dann in zunehmendem Maße der sozialistische Aufbau und das proletarische und bäuerliche Alltagsleben. Natürlich haben die politischen Verhältnisse des Landes auf der einen Seite eine ausgeprägte agitatorisch-propagandistische Kunstrichtung entwickelt. Auf der anderen Seite aber zieht das Leben der Provinz, des „bäuerlichen, ackerbauenden, sanften Rußland voller Lermengesang und Lieder“ (Pilnjak) Lyriker und Erzähler immer wieder in seinen Bann. Erotisches wird offen und sachlich, aber nicht vordringlich behandelt. Während in den Jahren des friedlichen Aufbaues Roman und Erzählung im Vordergrund des Schaffens standen, trat in den unruhigen Zeiten nach der Revolution und im jüngst vergangenen Kriege die Lyrik stärker hervor. Kaum ein anderes Land hat im Kriege soviel gute Verse hervorgebracht wie die Sowjetunion, kaum haben in einem anderen Land die fundamentalen Themen des Krieges einen so volkstümlichen und zugleich so subtilen lyrischen Ausdruck gefunden.

Bemerkenswert ist, daß dem Hauptanteil an der Sowjetliteratur nicht Schriftsteller aus dem Bauern- und Arbeiterstande sondern aus der „demokratischen Intelligenz“ haben. Zu diesen sogenannten „Poputschiki“ (Mitläufern der Revolution) gehören die begabtesten Schriftsteller des heutigen Rußland. Ihr Anteil am literarischen Schaffen ist auch mengenmäßig bedeutend.

Adlig ist Alexej Tolstoj (geb. 1882), ein entfernter Verwandter des Grafen Leo Tolstoj, der wenige Jahre nach der Revolution aus der Emigration nach Rußland zurückkehrte und heute einer ihrer meistgelesenen Autoren ist (Romane: „Die Tapferen“, 35 Auflagen; „Peter I.“, 2 Bände; eine Fünfjahresplan-Novelle: „Schwarzes Gold“; Drama: „Revolution der Maschinen“ und andere). Tief sind weder seine Bauern- und Provinznovellen noch seine technisch-phantastischen



Kolportagen; seine leichte und spannende Schreibart trägt das Gepräge „großer Nüchternheit und lichter Frische“ (*Sakulin*). Tolstoj ist vor dem Ende des Krieges gestorben. Seine Kriegsschriften wurden in Auszügen ins Französische übersetzt. („Ecrits sur la Guerre“, Editions Nagel, Paris 1945.)

Der deklassierten bürgerlichen Intelligenz der vorrevolutionären Zeit entstammen Walerij Brjusow (1873–1924) und Andrej Belyj (geb. 1880), deren symbolistische Anfänge typische Züge der Verfallsdichtung zeigen. Der zum Okkulten und Mystischen neigende, als Literat etwas pathologische Belyi ist von Solowjew und Rudolf Steiner beeinflusst (Romantrilogie: „Jahrhundertbeginn“, 1929); der kraftvoll formbeherrschte Brjusow trat 1918 der Partei bei und wurde zum Sänger der Revolution.

Ilja Ehrenburg (geb. 1891), der von der amerikanischen Detektivgeschichte ausging und sich bald als brillanter Reporter und Feuilletonist auszeichnete, ist als Erzähler ein geistvoller Spötter und Zyniker (Julio Jurenito). Seit seinem neunzehnten Lebensjahr lebte er meist im Ausland (hauptsächlich in Frankreich, aber auch kurze Zeit in Berlin). Im Kriege bewährte er sich als realistischer Reporter („Fall von Paris“, „Rußland im Krieg“, „Rußlands maßvolle Haltung“, 1944) und erhielt 1942 den Stalin-Literaturpreis, insbesondere für seine zarte und einsichtige Lyrik („Gedichte des Krieges“). Gegenwärtig ist Ehrenburg etwas in den Hintergrund getreten, arbeitet jedoch weiter für die „Iswestija“. Ein Roman „Sturm“, an dem er zur Zeit schreibt, befaßt sich mit den psychologischen Hintergründen des russischen Widerstandes gegen die Deutschen.

Aus der literarischen Gruppe der „Serapionsbrüder“ kommen drei bedeutende Prosaiker, die aus naturalistischen Chronisten der Revolution und des Bürgerkrieges zu hervorragenden Schilderern des sozialistischen Aufbaues und des nachrevolutionären Provinzlebens wurden. Technische Vollkommenheit und wohldurchdachte Form zeichnen Boris Pilnjak (geb. 1894) aus (Romane: „Das arme Jahr“, „Die Wolga fällt ins Kaspische Meer“). Auch bei Konstantin Fedin (geb. 1892) paart sich naturalistische Darstellung mit äußerster Beherrschung der Form (Roman: „Städte und Jahre“). Die Romane von Wsewolod Iwanow (geb. 1895) schildern vorwiegend die Schicksale sibirischer Bauern während und nach der Revolution und das Leben der „Neubauenden“ („Bunte Winde“, „Blauer Sand“, „Das siebente Ufer“).

Unter dem Eindruck der Revolution wurde Leonid Leonow (geb. 1899) vom Erzähler mystisch-phantastischer Geschichten zum dichterischen Gestalter neurrussischer Wirklichkeit (Romane: „Dachse“, „Der Dieb“).

Unter den Frauen verdienen Erwähnung die Tatarin Lydia Seifullina (geb. 1889; Roman: „Untergang“) und die Armenierin Marietta Schaginian (geb. 1888), deren „Reise nach Weimar“ feines Verständnis für deutsche Kultur verrät. Wegen seines Stoffes ist ein erzählend gehaltenes Buch der Sowjetdiplomatin Alexandra Kollontaj (geb. 1877) weltbekannt geworden. Es schildert mit sachlicher Offenheit die Probleme der sowjetischen Liebes- und Ehemoral („Wege der Liebe“, deutsch 1925). Frau Kollontajs Selbstbiographie (deutsch in E. Kern, „Führende Frauen Europas“, 1929) bringt interessante Einzelzüge aus ihrem Leben als Politikerin und Autorin (Hauptgebiete: Sozialismus und Frauenrecht).

Talentierte Humoristen und Satiriker sind Michael Soschtschenko (geb. 1895), der die volkhafte Kurzgeschichte pflegt („So lacht Rußland“, deutsch 1927) und auch mit Theaterstücken hervorgetreten ist („Das Segeltuchportefeuille“) und Pantelejmon Romanow (geb. 1884), dessen Epos „Rußland“ nach dem Vorbild von Gogols „Toten Seelen“ eine satirische Darstellung des vorrevolutionären, revolutionären und nach-

revolutionären Rußland zu geben beabsichtigt (Roman: „Drei Paar Seidenstrümpfe“).

Mit geschichtlichen Romanen, vor allem aus der Zeit des Dekabristenaufstandes, ist der Sprachforscher Jury Tynjanow (geb. 1894) hervorgetreten („Küchelbecker“, „Der Tod des Wasir-Muchtar“). Er schrieb auch eine Studie über den klassischen Lustspieldichter Gribojedow.

Ebenfalls aus den Reihen der Poputschiki kommen die beiden bedeutendsten Lyriker der Sowjetunion. Wladimir Majakowskij (geb. 1892) galt schon vor 1917 als der bedeutendste Dichter der futuristischen Schule in Rußland. Die Revolution gab seiner Dichtung den gedanklichen Inhalt. Er entwickelte nun einen agitatorisch-deklamatorischen Stil und griff mit Vorliebe zu Methoden der Plakatreklame, zu Groteske, Satire, Posse und Parodie. So wurde er, der nicht der Partei angehörte und im Grunde seines Wesens Anarchist blieb, zum Volkstribun. Agitator, Polemiker und Aktivist (Dichtungen: „150 Millionen“, „Mysterium Buffo“, „Lenin“). „Seine formalen Errungenschaften auf dem Gebiet des Vokabulars, des Verses, im besonderen des Reimes... sind als sehr bedeutend anzuerkennen“ (*Sakulin*). 1930 beging er Selbstmord. Stalin äußerte über Majakowskij: „Er ist und bleibt der beste, begabteste Dichter unserer Sowjetmacht.“ Sein dichterischer Gegenpol ist Boris Pasternak (geb. 1890), Sohn des impressionistischen Malers Leo Pasternak. Er ist vor allem Stimmungslyriker. Sein wenig umfangreicher Gedichtband „Irdischer Raum“ enthält einige der besten russischen Gedichte der letzten fünfzehn Jahre. Der Ueberschwang seiner symbolistisch-futuristischen Anfänge ist einem Stil von vollendeter Ausgeglichenheit gewichen, „nächdenklich und zart, voll Ruhe und Harmonie“ (C. M. Bowra). Dahinter steht der unverrückbare Glaube an die russische Mission und den Beginn eines neuen kraftvollen Lebens (Selbstbiographischer Versroman: „Spektorskij“, vergleichbar mit Puschkins „Eugen Onegin“). Pasternak ist gleichzeitig ein ungewöhnlich fähiger Uebersetzer. Neben Rilke-Uebersetzungen sind besonders seine genialen Shakespeareübersetzungen zu nennen.

Unter den wenigen aus dem Bauernstande hervorgegangenen Dichtern steht an erster Stelle der hochbegabte Sergej Jessenin (auch Esenin, 1895–1925). Anfangs Bauerndichter, wendete er sich dem Imaginismus und dem „Moskau der Käschemmen“ zu und fand erst kurz vor seinem Selbstmord den Weg „Ins Sowjetland“. Er war ein talentvoller Lyriker von seltener Feinheit und Aufrichtigkeit. (Gesammelte Werke, 4 Bände, 1927/28.) Jessenin war mit der um zwanzig Jahre älteren Isidora Duncan verheiratet. Bäuerlicher Herkunft war auch A. S. Newerow (1867–1923), dessen Roman „Taschkent, die brotreiche Stadt“ (deutsch 1925) die Verelendung durch die Hungersnöte schildert.

Eine bedeutende Rolle spielt im russischen Bauerntum nach wie vor die mündlich überlieferte Dichtung; immer noch ist das Dorf reich an Sängern, Rhapsoden und Märchenerzählern. Der Glaube an die phantastischen Heldensagen hat nachgelassen, dagegen blieb das Märchen eine der beliebtesten Gattungen. Nur so wird verständlich, daß die Märchen der Brüder Grimm mit einer Auflage von über 5 Millionen in 38 Sprachen der Sowjetunion mit weitem Vorsprung an der Spitze aller Uebersetzungen deutschsprachiger Literaturwerke in Rußland stehen. An vierter Stelle steht bezeichnenderweise Wilhelm Hauff (Lion Feuchtwanger und Heinrich Heine stehen an zweiter und dritter Stelle).

Eine grundsätzliche Entschließung der Partei vom Jahre 1925 kennzeichnet die Stellung der Dichter aus der Arbeiterklasse mit den Worten: „Es besteht noch keine Vorherrschaft der proletarischen Schriftsteller; die Partei muß diesen



Schriftstellern helfen, sich das geschichtliche Recht auf diese Vorherrschaft zu erarbeiten.“

Der „Sturmvogel“ der proletarischen Revolution (so genannt nach einem Gedicht, das ihm Gefängnis und der marxistischen Zeitung „Leben“ das Verbot eintrug) war Maxim Gorkij (eigentlicher Name Alexej Maximowitsch Pjeschkow, 1868–1936), der Sohn eines armen Handwerkers aus Nischnij-Nowgorod. Gorkij wurde bereits 1898 Marxist und besaß als Meister der Milieuschilderung mit seinen naturalistischen Darstellungen aus dem Leben von Arbeitern, Entwurzelten und Vagabunden schon um die Jahrhundertwende Weltruhm („Nachtasyl“, 1902). Sein enthusiastisches und agitatorisches Wesen erlebte alle Stadien der revolutionären Erneuerung seit 1900 mit. Von 1906–14 lebte er in Capri, von wo aus er versuchte, russischen Arbeitern eine Einführung in revolutionäres Gedankengut und propagandistische Methoden zu geben. Während des ersten Weltkriegs gab er in Rußland die Zeitschrift „Letopis“ heraus. Auffallenderweise hat die Oktoberrevolution bei ihm kaum einen literarischen Niederschlag gefunden. Seit dem Beginn des Kerenskij-Regimes gab er die Zeitung „Neues Leben“ heraus und bemühte sich nach der Oktoberrevolution um die Rettung russischen Kulturgutes. Lenin, der den Bitten des populären Gorkij stets Gehör schenkte, veranlaßte ihn, seiner Gesundheit wegen ins Ausland zu gehen (1921–28). Seine gesammelten Werke erschienen russisch in 22 Bänden. 1924/29. Die künstlerische Schilderung des Lebens in seiner Fülle und die tiefere Auffassung der Revolution als Kulturproblem macht ihn zu einer bedeutenden Erscheinung. Wichtig sind seine autobiographischen Arbeiten („Meine Kindheit“, „Unter fremden Leuten“, „Meine Hochschulen“) und seine auch in Deutschland ehemals vielgelesenen Romane („Mutter“, „Drei Tage“). Er starb 1936, wie es heißt an den Folgen eines Giftmordanschlages. Seine Geburtsstadt und Moskaus Hauptstraße sind nach ihm benannt.

Fjodor Gladkow (geb. 1883), wie Gorkij von proletarischen Eltern streng altgläubig erzogen, reifte nach einer schweren Jugend zum Schilderer proletarischen Aufbaus (Romane: „Zement“, „Trunkene Sonne“, deutsch unter dem Titel: „Marussja stiftet Verwirrung“, „Neue Erde“, „Der Schwur“).

Mit einer Gesamtauflage von 14 Millionen steht Michail Scholochow (geb. 1905) nach Gorkij an der Spitze der Sowjetautoren. Sein Roman „Der stille Don“ ist eine musterhafte Schilderung des Lebens der Donkosaken während der Kriege- und Revolutionsjahre. Er schrieb auch „Erzählungen vom Don“. „Kein anderer Sowjetdichter hat eine so profunde Kenntnis der menschlichen Seele..., er ist immer objektiv und gerecht“ (Kurt London).

Im Kriege haben die Kriegsgedichte Konstantin Simonows mit fünf Auflagen (655 000 Exemplaren) große Verbreitung erreicht. Simonow begann seine Laufbahn als Fabrikarbeiter. Während des Krieges schrieb er für die „Prawda“ und den „Roten Stern“. Gleichzeitig entstand sein Stalingradroman „Tage und Nächte“. Simonow ist auch als Theaterdichter hervorgetreten („Russische Menschen“). 1942 erhielt er für das Stück „Einer aus unserer Stadt“ den Stalinpreis.

Eine Gruppe proletarischer Autoren läßt sich am treffendsten durch einen Ausspruch des Dichters Bezymenskij charakterisieren: „Vor allem bin ich Parteimitglied, erst dann Dichter.“ Ihnen wurde die Kunst zur Waffe. Ein Meister des agitatorischen Stiles ist Demjan Bednyi (geb. 1883). Er arbeitete bereits seit 1911 für die bolschewistische Presse und wurde 1917 zum „Tambour der Revolution“. Er griff auf die Gattung der alten russischen Bauernreime zurück und entwickelte diese naiv wirkenden und doch sehr kunstvoll gebauten Sprüche mit ihrer seltsamen Mischung von Zynismus

und Volkstümlichkeit, bitterer Satire und gemütvoller Kameradschaftlichkeit zu hoher Vollkommenheit. Sie machten den Dichter, der nur dem Tage dienen will, zu einem der beliebtesten und wirksamsten Propagandisten der Sowjetmacht. Eines seiner Hauptthemen ist der Kampf für den Atheismus („Fehlerloses Neues Testament des Evangelischen Demjan“).

Im ganzen gesehen bietet die sowjetische Literatur ein sehr lebendiges und vielseitiges Bild. Bei aller Eigenständigkeit und allem Wissen zum Neuen ist die Verbindung zu der reichen literarischen Vergangenheit lebendig geblieben. Lebendig blieb die Literatur der klassischen Zeit, sehr lebendig ist noch immer die mündlich überlieferte Volksliteratur. Aus diesen Quellen schöpfend, bemüht sich die neue russische Dichtung gerade in den letzten fünfzehn Jahren um den Weg, der sie, um mit dem Literaturhistoriker N. P. Sakulin zu sprechen, von den bourgeoisen Stilen über den Stil der revolutionären Literatur zu einem volksumfassenden Stil führen soll.

## LITERATURÜBERSICHT

An allgemein zugänglichen Quellen sind zur Zeit in Deutschland verfügbar:

- Prof. Dr. P. N. Sakulin (Moskau), Die russische Literatur, Handbuch der Literaturwissenschaft, Potsdam o. J. (etwa 1930).  
 Arthur Luther, Geschichte der russischen Literatur, Leipzig 1924 (darin ausgezeichnete Bibliographie für die Zeit bis 1924). Sowjetischer Standpunkt.  
 Nicolas von Arseniew, Die russische Literatur der Neuzeit und Gegenwart in ihren geistigen Zusammenhängen, Mainz 1929, Standpunkt der russischen Emigration.  
 A. Lunatscharskij, Eine Skizze der russischen Literatur während der Revolutionszeit in: Das heutige Rußland 1917–1922, Berlin 1923.  
 Cecil M. Bowra (Prof. für Sprachwissenschaften in Oxford), Sowjetrussische Dichtung in Zeitschrift „Horizont“, dt. in „Neue Auslese“ 2.  
 Doris Brehm, Die schöne Literatur in der Sowjetunion in: „Die Brücke“, Wien, 1946.  
 Franz Jung, Das geistige Rußland von heute, Berlin o. J. (etwa 1924).  
 Karl Nötzel, Grundlagen des geistigen Rußlands Versuch einer Psychologie des russischen Geisteslebens, Jena, 1917.  
 Alfons Paquet, Im kommunistischen Rußland, Briefe aus Moskau, Jena, 1919.

## HINWEISE

- Góricly, Les poètes dans la Révolution russe, Gallimard, 1934.  
 N. Matsnev, Chudoshesvennoja Literatura.  
 D. S. Mirsky, Contemporary Russian Literature, 1831–1925, London, 1925.  
 S. Perski, Contemporary Russian Novelists.  
 V. Pozner, Panorama de la Littérature Russe Contemporaine.  
 G. Struve, Soviet Russian Literature.  
 „Twentieth Century Authors“, herausgegeben von The H. W. Wilson Company (1945).  
 „Biographical Encyclopedia of the World“, herausgegeben vom Institute for Research in Biography (1945).

Zu den einzelnen russischen Autoren:

- ALEXEJ TOLSTOI:  
 G. Chulkow, Naschi Sputniki.  
 G. Gorbachew, Otscherki Sowremennoi Russkoj Literaturi.  
 P. Henderson, The Novel To-Day.  
 R. V. Iwanow-Razumink, Twortschestow i kritika.  
 Kurt London, Seven Soviet Arts.  
 V. Loog-Rogashewski, Noweschaja Russkaja Literatura.  
 A. M. Vitman, Vosem'let Russkoj Chudoshesvennoj Literaturi (1917–1925).  
 „Boston Transcript“ vom 25. Juni 1936.  
 „Christian Science Monitor“ vom 27. März 1936.  
 „New Statesman and Nation“ vom 2. November 1935.  
 „New York Herald Tribune“, „Books“ vom 29. März 1936.  
 „New York Times“ vom 29. März 1935.  
 „Saturday Review of Literature“ vom 28. März 1935.  
 „Times“ (London), Literary Supplement vom 16. November 1935.  
 ILJA EHRENBURG:  
 „Nation“ vom 13. Juni 1934.  
 „New Republic“ vom 27. Juni 1934.  
 „New York Herald Tribune“, „Books“ vom 26. Januar 1930 u. vom 22. Juni 1930.  
 „New York Times“ vom 17. April 1932 und vom 3. Juni 1934.  
 „Outlook“ vom 23. Juli 1930.  
 „Saturday Review of Literature“ vom 25. Januar 1930 und vom 26. Mai 1934.  
 MAXIM GORKIJ:  
 E. J. Dillon, Maxim Gorkij: His Life and Writings.  
 A. Dukes, Modern Dramatists.  
 R. Fox, The Novel and the People.  
 I. A. Gruzdev, Das Leben Maxim Gorkijs.  
 A. Kaun, Maxim Gorkij and His Russia.  
 M. J. Olgin, Maxim Gorkij: Writer and Revolutionist.  
 H. A. A. Ostwald, Maxim Gorkij.  
 A. Usthal, Maxim Gorkij.  
 „Virginia Quarterly“ vom Oktober 1929.  
 „Europe“ vom 15. August 1936.



„International Literature“ vom Januar 1933, Juli 1936, August 1936, Oktober 1936, April 1937, Oktober-November 1937, Dezember 1937 und März 1938.  
 „Internationale Literatur“ vom Juni 1937, Juli 1937 und November 1938.  
 „Literature of the Peoples of the USSR“ (VOKS Illustrated Almanach 1934).  
 „Monde Slave“ vom September 1936.  
 „Nation“ vom April 1918.  
 „Revue de France“ vom August 1936.  
 „Slavonic Review“ vom Januar 1939.

WLADIMIR MAJAKOVSKIJ:

F. V. Gladkowskij, Zement (enthält eine autobiographische Notiz).  
 „Ost-Europa“ vom März 1931.

WLADIMIR MAJAKOVSKIJ:

Hugo Huppert, Dichter und Herold des neuen Rußland. Wladimir Majakowskij, in: „Die Brücke“, Wien, 1946.

Ergänzungen und Nachträge erscheinen in späteren Lieferungen des Europa-Archivs.

Elsa Triolet, Maiakowski, Editions Pierre Seghers, Paris 1946.

MICHAÏL SCHOLOCHOW:

S. Dinamow und andere, Michail Scholochow.

P. Henderson, The Novel To-Day.

Kurt London, Seven Soviet Arts.

„Books“ vom 1. Juli 1934 und vom 10. November 1935.

„International Literature“ vom November 1939 und April-Mai 1939 (Worlds Fair Edition).

„The Literary World“ vom August 1934.

„New York Times“ vom 15. Juli 1934 und vom 10. November 1935.

„Times“ (London), Literary Supplement vom 5. April und vom 19. Oktober 1935.

## Russisches Theaterleben

Die Unterlagen zu dem folgenden Bericht entstammen offiziellen russischen Quellen. Ihr besonderer Stil der Berichterstattung wurde beibehalten.

Das russische Theater spielt als Volksbildungsstätte, vor allem aber auch als ein Mittel der Volkserziehung im Sowjetstaat eine bedeutende Rolle. Da alle Theater staatlich sind, wird das gesamte Theaterwesen von einer staatlichen Stelle, dem Komitee der Künste Sowjetrußlands geleitet und beaufsichtigt. Zu Beginn dieses Krieges waren es 846 Theater, die dieser Instanz unterstanden. Jedes dieser Theater läßt seinen Spielplan vor Beginn der Saison vom dem Komitee der Künste bestätigen, das einen eigenen Rat besitzt, welcher sich aus den bekanntesten Schauspielern, Regisseuren, Kritikern und sonstigen Theaterfachleuten zusammensetzt. Obwohl das Interesse an den Vorstellungen so groß ist, daß die Theater gut besetzt sind und die Ausgaben im allgemeinen durch die Einnahmen gedeckt werden, wurden zum Beispiel im Jahre 1945 noch 82 Millionen Rubel zusätzlich als Subvention für die großen Neuinszenierungen an die Theater vergeben. Von dieser Summe gingen allein 25 Millionen Rubel an die Kindertheater. Wenn man in Rechnung stellt, daß eine Neuinszenierung am großen Theater in Moskau etwa 300 000 bis 800 000 Rubel erfordert, so erscheint allerdings die Summe nicht mehr ganz so bedeutend, wie man zunächst annehmen möchte.

Die Leitung eines Theaters hat im allgemeinen ein bedeutender Regisseur oder Schauspieler, dem in seiner Position als Direktor ein künstlerischer Rat von Regisseuren und Schauspielern des eigenen Theaters und den diesem Theater nahestehenden dramatischen Dichtern zur Seite steht. Der Mangel an Regisseuren ist beträchtlich. Das Komitee der Kunst hat daher angeordnet, daß junge Regisseure, die sich in Provinztheatern ausgezeichnet haben, und andere Interessenten, die zwar eine spezielle höhere Theaterbildung, aber noch keine praktische Erfahrung besitzen, als Assistenten den großen Regisseuren beigeordnet werden. Sie arbeiten dann im allgemeinen etwa zwei Jahre in Moskau oder Leningrad, wobei ihnen Gage und Lebensmöglichkeit garantiert werden. Nach dem Abschluß dieser Assistentenzeit können sie selbständig zwei Vorstellungen inszenieren.

Die jungen Schauspieler haben die Möglichkeit, sich schon in höheren Schulen, an den Theaterinstituten, Konservatorien oder auch an mittleren Lehranstalten, den sogenannten Theater- und Musikschulen, auf ihren zukünftigen Beruf vorzubereiten. Insgesamt sind es 5000 höhere und mittlere Schulen, die sich in Sowjetrußland mit künstlerischen Problemen und künstlerischem Unterricht befassen; etwa fünfzig Prozent davon sind Musikschulen, fünfundzwanzig Prozent Theaterschulen, der Rest sonstige künstlerische Schulen. Während des Krieges hat sich dann auch der Gebrauch her-

ausgebildet, die künftigen „Arbeiter der Kunst“ an den künstlerischen Unternehmungen selbst auf ihren Beruf vorzubereiten. Diesem Zweck dienen die Theaterstudios der großen Theater, an denen junge Schauspieler innerhalb von zwei Jahren mit den theoretischen und praktischen Seiten ihrer Aufgabe vertraut gemacht werden sollen. Sie nehmen in diesen Studios von Anfang an an den Aufführungen teil. Diese Maßregeln und die Schnelligkeit der Ausbildung galten der Tatsache, daß eine beträchtliche Nachfrage nach Schauspielern bestand, die auch dadurch zustande gekommen war, daß sich eine Reihe von Schauspielern und Schauspielerinnen freiwillig zur Front gemeldet hatten. Grundsätzlich wurden bereits nach einigen Kriegsmonaten Schauspieler vom Militärdienst befreit. Seit dem Ende des Krieges sind die Theaterensembles wieder einigermaßen vollständig.

Nach der Verschiedenheit ihres Charakters unterscheidet man in Rußland Theater für die gesamte Bevölkerung, Theater für Kinder mittlerer und reiferer Jahrgänge, Theater der Arbeiterjugend, die man in letzter Zeit als Theater des Leninschen Komsomol bezeichnet, Puppentheater, Kolchos-theater, die hauptsächlich vor der Bevölkerung von Dörfern spielen, und endlich die Theater der Roten Armee, die im Krieg entstanden sind und als eine besondere Gruppe die Fronttheater einschließen. In jeder der Sowjetrepubliken besteht außerdem ein eigenes republikanisches Theater, in dem Oper und Schauspiel gespielt werden. In einem solchen Theater spielt dann meistens eine ganze Anzahl von verschiedenen Gruppen: das Schauspielensemble, ein „nationales“, also etwa grusinisches oder armenisches, und ein russisches Opernensemble. Außer den echten Operntheatern in den Hauptstädten der sechzehn Sowjetrepubliken findet man in den Kreisstädten eine ganze Anzahl sogenannter musikalischer Theater. In diesen besonders in den nationalen Republiken beliebten Häusern werden Theaterstücke aufgeführt, die von Musik, Gesang und Tanz begleitet und durchsetzt sind.

Moskaus große Theater unterstehen zum Teil heute noch Direktoren, die sie bereits in der Zeit vor der Oktoberrevolution geleitet hatten. Das Kammertheater eröffnete unter Alexander Tairow 1914 mit „Sakuntala“ von Kalidasa. Es suchte und fand nach einer Periode intensiver Auseinandersetzung mit den Klassikern in seiner Ablehnung eines naturalistischen und konventionellen Theaters neue Wege der Darstellung, die es bald zwangen, auch nach neuen Autoren Ausschau zu halten. Das junge Sowjetrußland hatte noch keinen Dichter, der Tairow befriedigt hätte. In dem Amerikaner O'Neill fand sich der erste sozialistische Autor, der den Vorstellungen Tairows entsprach, indem er die lebendigen Widersprüche der Wirklichkeit und nicht die Tragödie des Menschen an sich zeichnete. Bei seiner späteren Rückkehr



zur Auseinandersetzung mit den Sowjetdramatikern glaubt Tairow den modernen Typ des Helden gefunden zu haben, der „nicht mehr im Widerspruch zu seiner Umgebung, sondern aus der Übereinstimmung mit seiner Umgebung heraus zu der heldenhaften Tat kommt“. Der Begriff des Tragischen wandelt sich für ihn; er glaubt im tragischen Höhepunkt nur noch eine „Phase des szenischen Geschehens“ zu sehen, die keinen sinnvollen Abschluß bilden kann, sondern „im Namen des Lebens überwunden“ werden muß. So spielt das Kammertheater jetzt Wischnewskijs „Optimistische Tragödie“.

Das Moskauer Akademische Künstlertheater, von Stanislawskij und Nemirowitsch-Dantschenko Ende des 19. Jahrhunderts gegründet und bald zu großem Ruhm emporgestiegen, war das Theater, für das Tschechow und Gorkij mit Vorliebe schrieben. Es verfolgte bereits bei seiner Gründung den Plan, mittellosen Bevölkerungsschichten den Zugang zum Theater zu öffnen. Während des zweiten Weltkrieges wurde das gesamte Theater nach Saratow evakuiert, von wo aus es Ende 1942 auf Bitte der Uralarbeiter nach Swerdlowsk weiterreiste. Zwei kleinere Gruppen von Schauspielern waren in Moskau geblieben und traten bei der Truppe auf. In der Spielzeit 1943/44 wurden (nach Angaben von L. Petrow) in Moskau die in Saratow einstudierten neuen Stücke gezeigt: „Das letzte Opfer“ von Alexander Ostrowskij (1823–86), dem sozialistischen Klassiker, dessen Stücke auch in den Schulen gelesen werden, „Auf Kundschaft“ von Alexander Kron, „Das Glockenspiel des Kreml“ von Nikolai Pogodin und „Russische Menschen“ von Konstantin Simonow. Zur Zeit arbeitet das Theater an „Hamlet“, „Der ideale Gatte“, „Ein Marineoffizier“ von Kron und „Schwere Jahre“ von Alexej Tolstoj. Nemirowitsch-Dantschenko ist während des Krieges gestorben. Im allgemeinen verraten die Spielpläne starke Beschäftigung mit Stoffen aus der Gegenwart. Auch bei der Oper ist das bemerkbar; so hat der Komponist Marian Kowal, Autor einer Reihe von Oratorien, soeben eine neue Oper „Männer von Sewastopol“ beendet, die den Verteidigern des Schwarzmeer-Hafens gewidmet ist. Die Uraufführung findet auf einer Provinzbühne, der Stadt Molotow (früher Perm) im Ural statt.

Eine Einrichtung, für die es in den europäischen Ländern kaum einen Vergleich gibt, sind die russischen *Kindertheater*. Das älteste von ihnen, das „Leningrader Theater für den jungen Zuschauer“, hat 1944 bereits das fünfundsingzigjährige Jubiläum seiner Gründung gefeiert. Im ganzen besitzt Rußland mehr als einhundert derartiger Theater, die alle ebenfalls Staatstheater sind. Für die kleinen Kinder werden Märchen mit großer Pracht inszeniert. (Moskau: „Die Stadt der Meister“ und „Das kristallene Pantöffelchen“ von Tatjana Gabbe und „Frühlingsvögel“ von Graz.) Eine solche Märchenvorstellung kostet 200 000 bis 300 000 Rubel. Pädagogen, Schauspieler und Kinder beraten gemeinsam den Spielplan. Besonders populär sind Grimmsche Märchenfiguren, wie „Rotkäppchen“ oder „Schneewittchen“. Auf dem Repertoire der Kindertheater stehen, wie O. Leonidow berichtet, außerdem eine Anzahl abenteuerlicher, heldisch-romantischer Stücke aus dem Leben des Kolumbus, Till Eulenspiegels, Lomonosows, Theaterversionen nach Jules Verne und Dumas und Darstellungen aus dem Leben der Revolutionsführer, wie Swerdlow oder Nikolai Baumann. Das „Moskauer Theater des jungen Zuschauers“ nennt auf seinem Spielplan „Heimaterde“ von Simukow (Episoden aus dem Kampf des russischen Volkes in diesem Krieg), „Wir werden schon gleich werden“, eine Komödie von Ostrowskij, die die Gepflogenheiten russischer Großkaufleute des neunzehnten Jahrhunderts mit den kritischen Augen des Sozialisten betrachtet, und „Im fernen Land“ von Eugen Schwarz (Szenen vom Leben eva-

kulierter Kinder aus Leningrad). In Leningrad spielt man für Jugendliche das „Märchen von der Wahrheit“ (Szenen aus dem Leben der Partisanin Soja Kosmodemjanskaja).

Die *Puppentheater* führen hauptsächlich Märchen für die Kinder auf, die noch keine Schule besuchen. Aber es gibt auch einige Puppentheater für Erwachsene, die den „Hirschkönig“ von Gozzi, „Aladins Wunderlampe“, Werke von Puschkin, Gogol und Shakespeare aufführen. Als berühmtestes Puppentheater gilt das „Moskauer Zentralpuppentheater“, das unter der Leitung von Oblaszow steht.

In den Dreißigerjahren entstanden die *Kolchos theater*, Wanderbühnen, die vor der bäuerlichen Bevölkerung der Sowjetunion spielen. Diese Kolchos theater reisen oft auf abenteuerliche Weise zu Pferd, auf Kamelen oder mit dem Flugzeug und suchen auch sehr kleine und entlegene Orte des Sowjetterritoriums auf. Augenblicklich arbeiten in Rußland etwa 300 derartiger Kolchos- und Rayontheater.

Eine andere Gruppe stellen die sogenannten Theater der *Arbeiterjugend* dar. Sie fallen nicht unter die Gruppe der Kinder- und Jugendlichen-Theater, sondern entstanden aus den Laienspielbühnen der großen Fabriken. Aus den Reihen dieser Dilettanten gingen viele gute Berufsschauspieler hervor, so daß der Charakter von Dilettantenbühnen allmählich verloren ging und echte Theater entstanden. Diese Theater führen heute den Namen „Leninscher Komsomol“. Ihr Publikum liebt besonders Stücke romantisch-heroischen Inhalts, wie etwa die Bearbeitung des Lieblingsromans der russischen Jugend „Wie Stahl hart wurde“. Häufig gespielt wird auch „Cyrano de Bergerac“ von Rostand.

Eine wesentliche Rolle spielen die *Theater der Roten Armee*. Sie haben gewöhnlichen in den großen Städten einen festen Sitz, unternehmen aber auch Gastspielreisen. Das Zentraltheater der Roten Armee hat in Moskau sein eigenes neu errichtetes Gebäude, das 1800 Personen faßt, und besitzt eines der besten Ensembles von Moskau. Einen besonderen Erfolg verzeichnete in diesem Theater das mit dem Stalinpreis ausgezeichnete Stück „Die Kämpfer von Stalingrad“, dessen Verfasser, Tschapurin, ein junger Kommandant der Roten Armee ist. Im Jahre 1942 entstanden fünfundsingzig Fronttheater, auf deren Spielplan man Werke von Ostrowskij, Gogol, Molière, Beaumarchais, Goldoni und Shakespeare finden konnte. Einen wesentlichen Platz nehmen neben diesen Dramen Stücke aus der Gegenwart ein, die Szenen des sowjetischen Befreiungskampfes schildern.

Als in den ersten Monaten des Krieges die Theater aus Moskau und Leningrad nach dem Osten verlegt wurden, blieben nur drei oder vier Theater für die Bevölkerung zurück. Auch aus der Ukraine, Weißrußland, dem Baltikum und dem Nordkaukasus wurden die Theater nach dem Osten zurückgezogen und auf die großen Städte des Urals, Sibiriens und Mittelrußlands verteilt. 1943 kehrten sie an ihre alten Stätten zurück. Im Jahre 1944 stellte die Sowjetregierung vierundvierzig, im folgenden Jahre vierundfünfzig Millionen Rubel für den Wiederaufbau vernichteter Theater zur Verfügung.

Die *russische Theatergesellschaft* feierte kürzlich ihr sechsigjähriges Bestehen. Sie verfolgte bei ihrer Gründung durch Maria Savina zunächst den Zweck, alte Schauspieler zu unterstützen und Künstlern zu Engagements zu verhelfen. Der Mitgliedsbeitrag beträgt auch heute noch einen Rubel im Jahr und verrät damit mehr symbolischen als praktischen Charakter. Heute ist der Volkskünstler Yablotschkina als Nachfolger der Savina ihr Präsident. Die Funktionen der Gesellschaft, die den Charakter einer Art Sozialversicherung beibehalten hat, sind beträchtlich erweitert worden. Der Vize-



präsident der Gesellschaft, C. Daltzew, berichtet (in „Coullisses“, Bern) von Seminarien über russische dramatische Dichter, über Probleme der Dramaturgie, über die Aufgaben des Regisseurs und ähnliche Themen, die in den Häusern des Schauspielers, den Klubs der künstlerischen Intelligenz, in regelmäßigen Abständen gehalten werden. In fünfundfünfzig Städten der Sowjetunion bestehen solche Häuser des Schauspielers. In den Übungsabenden produzieren sich auch bekannte Schauspieler und Ensembles, wie etwa in Moskau das Studio Stanislavskij. Die Theatergesellschaft hat während des Krieges fünf Fronttheater aufgestellt und auch Gruppen von Lehrern für Schauspieldilettanten in der Armee gebildet. Außer den Altersheimen hat die Gesellschaft auch Erholungshäuser für die „Arbeiter der Kunst“ geschaffen. Nach dem Muster dieser Gesellschaft sind auch in Georgien, Armenien, der Ukraine, Estland, Litauen, Tadjikistan, Usbekistan und Weißrußland ähnliche Unternehmungen gegründet worden, die von den Erfahrungen der traditionellen russischen Theatergesellschaft profitieren.

## Kulturnotizen aus Rußland

**EREMITAGE** Die Eremitage in Leningrad, das wichtigste Museum der Sowjetunion und eines der größten Museen der Welt überhaupt, ist im Frühjahr 1946 wieder eröffnet worden. Das Gebäude war während der Belagerung dreißigmal getroffen worden, ohne daß die Sammlungen wesentliche Verluste erlitten hätten, da alle angestammten Kunstwerke (117 000) schon bei Kriegsbeginn in den Ural verlagert worden waren. 1944 begannen bereits im Museumsgebäude und im Winterpalast die Wiederherstellungsarbeiten. Im Oktober 1945 wurden die Sammlungen zurückgeholt, darunter die von Peter dem Großen erworbene taurische Venus, sechs Gemälde von Rembrandt und die Skythenschätze. Zur Feier ihrer Eröffnung gab die Eremitage eine Reihe wissenschaftlicher Arbeiten heraus. So erschien der erste Band „Arbeiten der Abteilung „Antike“, der erste Band der „Arbeiten der Abteilung „Numismatik“, Untersuchungen Lewins über Goya und andere.

Die Eremitage ist nicht nur wiederhergestellt, sondern auch erweitert worden; der gesamte Winterpalast wurde ihr als Ausstellungsfläche angegliedert. Damit erreicht der Rauminhalt der Eremitage, wie der russische Berichterstatter Lebedjew in der Zeitschrift „Turm“, Wien, hervorhebt, eine Million Kubikmeter.

1920 wurde mit der Aufstellung der Abteilung Osten begonnen, die anfangs 6900 Objekte enthielt, inzwischen aber als „Museum der Geschichte der Kunst und Kultur der östlichen Völker“ mit über 100 000 Objekten die umfangreichste Sammlung des Museums ist. Sie enthält als besondere Kostbarkeiten eine Sammlung iranischer, skythischer und griechisch-baktrischer Kunstwerke. Neu aufgestellt wurde auch die umfangreiche Abteilung der russischen Kultur. Die Eremitage, die ihre Sammlungen ständig weiter ergänzt, beherbergt jetzt mehr als 16 000 000 Objekte.

**RUSSLANDS POPULARSTE ZEICHNER** In der Sowjetunion genießen die „Kukryniksi“ große Popularität. Unter diesem Namen verbergen sich drei bekannte Maler, die Karikaturisten Kuprijanow, Krylow und Nikoiaj Sokolow, die sich zusammengetan haben und meist gemeinsam an Karikaturen, Zeichnungen und Bildern arbeiten. Zum ersten Male erschienen vor fünfzehn Jahren Bilder, die die Unterschrift „Kukryniksi“ trugen. Bald fand sich dieses Zeichen unter Zeitungskarikaturen, politisch-

satirischen Zeichnungen, Landschaftsaquarellen und dekorativen Monumentalwerken. Die Zeichner nahmen sich insbesondere auch Dichtungen des Sowjetpoeten Majakowskij zum Vorwurf, der auf literarischem Gebiet eine ähnliche Linie wie sie verfolgte. Majakowskij hatte seinerzeit im russischen Bürgerkrieg satirische Plakate geschaffen, die auf den Plätzen der großen Städte aufgehängt und unter dem Namen „die Fenster der Rosta“ (Rosta entspricht TASS, der staatlichen Nachrichtenagentur) bekannt wurden. Im zweiten Weltkrieg übernahmen die Kukryniksi die Idee Majakowskij und entwarfen die „Fenster der TASS“.

In der führenden Sowjetpresse erschienen während des ganzen Krieges fast täglich die Karikaturen der drei Maler, die außerdem auch Werke von Saltikow, Schtschedrin, Gorki und Tschechow illustrierten. Ihr letztes großes Bild stellt die Heldin der Sowjetunion, die Partisanin Soja Kosmodemjanskaja dar, die 1941 bei Moskau hingerichtet worden ist.

(Quelle: „Plan“, Wien, 1946)

**LENINS** Der sowjetische Staatsverlag für politische Werke Literatur in Moskau erneuert in diesem Jahr die durch den Krieg unterbrochene Ausgabe der vierten Auflage der gesammelten Werke Lenins. Die ersten sechs Bände erscheinen in einer Auflage von je 500 000 Exemplaren, ein Auswahlband wird vorbereitet. In diesem Jahr werden insgesamt 6 630 000 Exemplare der Werke Lenins gedruckt werden.

**DANTE-Übersetzung** Die russische Übersetzung von Dantes „Göttlicher Komödie“ durch M. Losinski wurde mit dem Stalinpreis ausgezeichnet.

**BIBEL-Drucke** In Rußland werden 1946 zum ersten Male seit 1917 wieder Bibeln gedruckt. Herausgeber ist die griechisch-orthodoxe Kirche. Die Herstellung wird von dem Heiligen Synod überwacht und ist von nicht staatlichen Druckereien übernommen worden.

**BEETHOVEN-Feiern** In ganz Rußland wurden am hundert fünfundsiebzigsten Geburtstag Beethovens (1945) Feiern veranstaltet. In Moskau führende russische Pianisten, wie Oborin, Jakob Orlow, der Geiger David Oistrach, der Cellist Swatoslaw Kuschnewitzkij, das staatliche Symphonieorchester und das Moskauer Beethoven-Quartett, waren in Gedächtniskonzerten zu hören. Das Beethoven-Quartett, das sich aus Professoren des Moskauer staatlichen Konservatoriums (Zyganow, Morinskij, Borisovskij, Schirinskij) zusammensetzt, ist 1921 gegründet worden und spielt ausschließlich Werke von Beethoven. Das Quartett trat erst nach vierjähriger Zusammenarbeit zum ersten Male auf.

**IWAN DER SCHRECKLICHE** „Iwan der Schreckliche“ heißt ein neuer russischer Film des Regisseurs Eisenstein, der seinerzeit den „Panzerkreuzer Potemkin“ herausgebracht hat. Zar Iwan wird in diesem Film als Heros und Begründer der russischen Größe geschildert und etwa Peter dem Großen gleichgestellt. Eisenstein entwickelt einen Monumentalstil, der an den stummen deutschen Nibelungenfilm erinnert. Die französischen Kritiker bewundern einzelne Bilder, sind aber im ganzen skeptisch. „Le Monde Illustré“ meint, der Film schade dem russischen Ansehen.

**KREML-Restauration** Die Zeitung der Roten Armee, „Rot Stern“, teilt mit, daß der Kreml einer umfangreichen Restauration unterzogen werden wird. Ihr soll der Bauplan von 1486 zugrunde gelegt werden.



# Aus der amerikanisch besetzten Zone Deutschlands

## Die Organisation der Nachrichtenkontrolle

Dem Alliierten Hauptquartier (*SHAEP-Supreme Headquarters Allied Expeditionary Force*) war eine Abteilung für psychologische Kriegsführung angegliedert (*PWD-Psychological Warfare Division*). An ihrer Spitze stand General McClure, dem als Leiter der psychologischen Kriegsführung gegen das Dritte Reich alle Nachrichtenmittel wie Presse, Rundfunk und Film unterstanden, soweit sie im Bereich der Besatzungsarmee lagen. Nach Betreten deutschen Bodens übernahm die Abteilung für psychologische Kriegsführung die Kontrolle aller deutschen Nachrichtenmittel, die Herausgabe der für die deutsche Bevölkerung gedruckten Zeitungen der Besatzungsarmee, die Überprüfung und Lizenzierung der neu zuzulassenden Verleger, Redakteure, Bühnenkünstler, Musiker, Filmschaffenden und die Registrierung der Buch-, Zeitschriften- und Musikalienhändler, Film-, Varieté- und Kleinkunstunternehmen. Nach Auflösung des Alliierten Hauptquartiers wechselten die Vertreter der alliierten Armeen mit Ausnahme der zurückbleibenden Amerikaner teils zu den Dienststellen des Kontrollrates, teils zu den Nachrichtenkontrollbehörden der verschiedenen Zonen über. In dem neu gebildeten amerikanischen Hauptquartier (*USFET-United States Forces European Theatre*) übernahm die Nachrichtenkontrollabteilung (*ICD-Information Control Division*) die Funktion der früheren Abteilung der psychologischen Kriegsführung. Sie erhielten ihre Direktiven von dem Büro der Informationsabteilung des amerikanischen Kriegsministeriums (*OUI-Office of War Information*), das mit seinen 8800 Angestellten der Leitung von Elmer Davis unterstand, Ende 1945 aufgelöst wurde und seine Funktionen teils dem Außenministerium, teils dem Kriegsministerium übergab. Die innere Abteilung (*Domestic Branch*) stellte am 19. September 1946 ihre Tätigkeit ein. Die Außenabteilung (*Overseas Branch*) und die Nachrichtenabteilung des Büros der interamerikanischen Angelegenheiten (*Interamerican Affairs*) wurde zum Kern des Auslandspressedienstes (*Foreign Information Service*) des Außenamtes (*State Department*). Dieser neue Informationsdienst des Außenamtes soll in keiner Weise den bestehenden privaten Presseagenturen, Rundfunkgesellschaften und so weiter Konkurrenz machen, sondern lediglich die Berichterstattung über die Vereinigten Staaten ergänzen, wo das Material der Privatagenturen nicht ausreichend ist. Das Informationskontrollamt des amerikanischen Militärgouverneurs gliederte sich in sogenannte Distrikt-Nachrichtengruppen (*DISCC-District Information Services Control Command*). Das 6870. DISCC mit dem Sitz in München war zuständig für den östlichen Militärdistrikt des amerikanischen Besatzungsgebietes, der mit dem Lande Bayern zusammenfiel. Das 6871. DISCC war mit Zweigstellen in Stuttgart für Württemberg-Baden und in Wiesbaden für Groß-Hessen für die Nachrichtenkontrolle dieser Länder zuständig.

Im Frühjahr 1946 wurden die Nachrichten-Kontrolleinheiten unmittelbar der Militärregierung unterstellt. Dies war die Durchführung einer am 16. Dezember 1945 erlassenen Verordnung des amerikanischen Militärbefehlshabers, nach der die Militärregierungen der Länder vom 1. Januar 1946 an von den Befehlshabern der Militärbezirke unabhängig und direkt dem Amt der Militärregierung (*OMG-Office of Military*

*Government*) unterstellt wurden. Die Nachrichtenkontrollabteilung, die bis dahin ihren Sitz in Bad Homburg gehabt hatte, wurde nach Berlin verlegt und der Militärregierung für Deutschland, amerikanischer Sektor (*OMGUS-Office of Military Government United States*) unterstellt. An der Spitze dieser obersten Nachrichten-Kontrollbehörde, die den neuen Namen „Büro des Direktors der Nachrichtenkontrolle“ (*ODIC-Office of the Director of Information Control*) führt, steht weiterhin General McClure. Die regionalen Nachrichtenkontroll-Gruppen wurden den Landes-Militärregierungen angegliedert. So untersteht nun das ehemalige DISCC 6870 der Landesmilitärregierung für Bayern, ein Teil des ehemaligen DISCC 6871 bildet das Nachrichten-Kontrollamt für Groß-Hessen mit Sitz in Wiesbaden. Der andere Teil übt die gleiche Funktion bei der Landesmilitärregierung in Württemberg-Baden aus.

## Die deutschen Zeitungen

Mit amerikanischer Lizenz erscheinen folgende deutsche Zeitungen:

Titel	Auflageziffern		Erscheinungsort
	April	Mai	
Frankfurter Rundschau	456 900	375 400	Frankfurt/Main
Süddeutsche Zeitung	410 600	410 600	München
Stuttgarter Zeitung	403 500	391 600	Stuttgart
Der Tagesspiegel	400 000	450 000	Berlin
Rhein-Neckar-Zeitung	299 300	268 400	Heidelberg
Hessische Nachrichten	257 600	200 000	Kassel
Mittelbayerische Zeitung	200 000	199 000	Regensburg
Schwäbische Landeszeitung	200 000	200 300	Augsburg
Nürnberger Nachrichten	165 000	165 400	Nürnberg
Weser-Kurier	153 000	153 000	Bremen
Frankenpost	109 800	110 000	Hof
Passauer Neue Presse	103 500	92 200	Passau
Main-Post	100 300	100 300	Würzburg
Frankfurter Neue Presse		100 000	Frankfurt/Main
Badische Neueste Nachrichten	100 000	95 000	Karlsruhe
Wiesbadener Kurier	90 400	92 600	Wiesbaden
Schwäbische Donau-Zeitung	86 500	83 800	Ulm
Fränkischer Tag	75 000	75 000	Bamberg
Fränkische Presse	73 000	73 500	Bayreuth
Darmstädter Echo	70 000	90 400	Darmstadt
Isar-Post	69 000	70 500	Landshut
Der Allgäuer	66 500	66 200	Kempten
Main-Echo	60 500	65 500	Aschaffenburg
Neue Presse	58 400	64 000	Coburg
Fränkische Landeszeitung		60 000	Ansbach
Fuldaer Volkszeitung	46 600	46 700	Fulda
Hochland-Bote	43 800	44 800	Garmisch-Partenkirchen
Donau-Kurier	42 600	45 000	Ingolstadt
Marburger Presse	40 000	40 000	Marburg
Oberbayerisches Volksblatt	35 800	35 900	Rosenheim
Heilbronner Stimme	35 000	37 800	Heilbronn
Wetzlarer Neue Zeitung	21 000	22 400	Wetzlar
Gießener Freie Presse	20 000	20 000	Gießen

Insgesamt 4 293 000 4 346 200

Dazu kommt mit einer Auflage von 1 300 000 (früher 1 600 000) die von der amerikanischen Besatzung herausgegebene „Neue Zeitung“, München. Sämtliche Zeitungen erscheinen zweimal wöchentlich.



## DANA

### Die Deutsche Allgemeine Nachrichtenagentur

Am 29. Juni 1945 wurde, um dem dringenden Bedürfnis nach einer eigenen Nachrichten-Agentur für die in der amerikanisch besetzten Zone erscheinende deutschsprachige Presse abzuhelpen, eine Gruppe von dreizehn Amerikanern zusammengestellt, die vom Hotel Tieleman in Bad Nauheim aus täglich Nachrichten aus Deutschland in englischer Sprache ausgab. Zu dieser Zeit lag die deutschsprachige Presse noch ganz in amerikanischen Händen. Vier der dreizehn Mitglieder gingen als Korrespondenten nach Frankfurt, Höchst, München und Wiesbaden. Die Quellen für die ausgegebenen Nachrichten waren in der Hauptsache deutsche amtliche Stellen. Als erste Publikation gab die DANA die „News of Germany“ heraus, eine Zusammenstellung von Tatsachenmaterial. Im Juli 1945 wurde die „Frankfurter Rundschau“ der erste deutsche Kunde der Agentur. Während ursprünglich eine Abgabe von fünf Prozent des Einkommens der Zeitungen an die Agentur vorgesehen war, ergab sich nach der Erteilung von weiteren Lizenzen an deutsche Zeitungen stattdessen ein Austausch von Nachrichten in der Form, daß die Zeitungen ihre eigenen Lokalnachrichten an die Agentur leiteten, die sie dann anderen Zeitungen vermittelte.

Mitte August 1945 begann die DANA mit der Einstellung von deutschem Personal, das zunächst hauptsächlich die Aufgabe hatte, die englischen Texte zu übersetzen und umzuschreiben. Korrespondenten wurden nach Berlin und nach anderen wichtigen Orten geschickt und stellten eine zunächst noch lockere Verbindung mit anderen Zonen her. Die beträchtlichen Zerstörungen an dem deutschen Fernschreibnetz bildeten auch um diese Zeit noch ein wesentliches Hindernis für eine schnelle Nachrichtenübermittlung. Im September konnte eine Fernschreiberverbindung von Bad Nauheim nach Luxemburg hergestellt werden, die der DANA ermöglichte, Nachrichten aus dem Luxemburger amerikanischen Pressedienst (United States Press Service) zu erhalten. Im Austausch damit wurde die englische Ausgabe der DANA nach Luxemburg zur Uebermittlung an das Overseas News and Features Bureau des Office of War Information in New York gesandt. Mit der Einstellung von drei deutschen Journalisten begann die DANA ihre Ausbildung deutscher Kräfte für die spätere Uebernahme der Agentur.

Erst im späten November kam eine direkte Verbindung von Nauheim mit den verschiedenen Niederlassungen der Agentur zustande. Fernschreiber zwischen Nauheim und den Büros in Frankfurt, München, Wiesbaden, Stuttgart, Berlin und Nürnberg wurden in Betrieb genommen. München stellte seinerseits die Verbindung mit der „Information Services Branch“ in Salzburg her, Bad Nauheim mit der französisch besetzten Zone. Eine weitere Verbindung zwischen der DANA und dem United States Information Service in Paris kam gleichfalls zustande. Die Nachrichten aus der russisch besetzten Zone wurden in Berlin bei dem Sowjet-Nachrichten-Büro (SNB) aufgenommen. Obwohl auch diese Fernschreiberverbindungen noch unter häufigen Störungen zu leiden hatten, konnte die DANA um die Weihnachtszeit herum bereits fünfzehntausend Worte täglich im Hell-schreibedienst aussenden.

Die Behandlung des Materials durch die DANA unterscheidet sich wesentlich von der traditionellen Praxis der europäischen Nachrichten-Agenturen. Die DANA übermittelt nach amerikanischem Muster Tatsachen, das heißt, „wie, wo, wann und warum ein Ereignis stattgefunden hat“ und gibt dazu möglichst umfangreiche Details. Der Empfänger

kann dann mit diesem Rohmaterial die Nachricht in eine endgültige Form bringen. Diese Taktik wird nicht nur deshalb befolgt, weil das Bedürfnis der deutschen Leser nach objektiver Information größer ist als das nach subjektiver Interpretation, sondern vor allem, um die Fehlerquellen auszuschalten, die dadurch entstanden, daß ehemals alle europäischen Nachrichtenagenturen ausschließlich die Meinung ihres Besitzers oder der Gruppe wiedergaben, unter deren Kontrolle sie standen. Die DANA bemüht sich um objektive Berichterstattung, ohne daß ihre Meldungen sakrosankt wären, das heißt, wie gewisse Meldungen des nationalsozialistischen Deutschen Nachrichten-Büros unverändert bleiben mußten. Durch möglichst umfangreiches biographisches und sonstiges zusätzliches Tatsachenmaterial zu ihren Nachrichten will die DANA in erster Linie der reinen Unterrichtung dienen.

Ursprünglich war vorgesehen, die DANA am 31. März 1946 ganz in deutsche Hände übergehen zu lassen. Daserwies sich jedoch aus Mangel an deutschem Personal und auch aus finanztechnischen Gründen zunächst als unmöglich. Die Bestimmungen der „Trading with the Enemy Act“ hätten einer rein deutschen Agentur nicht erlaubt, die Verbindungen der DANA mit Associated Press, United Press, International News Service und anderen aufrecht zu erhalten oder eigene Korrespondenten im Ausland zu akkreditieren. Ehe die „Trading with the Enemy Act“ also nicht außer Kraft gesetzt ist, wird die DANA nicht ganz in deutsche Hände übergehen können.

(Nach amtlichen amerikanischen Berichten.)

## Filme

In der amerikanisch besetzten Zone sind die folgenden amerikanischen und deutschen Filme zur Aufführung zugelassen:

Hundred Men and a Girl	Going my Way
Dr. Ehrlichs Magic Bullet	Snow-White
Dreißig Sekunden über Tokio	Moontide
Abe Lincoln in Illinois	Madame Curie
Across the Pacific	I married a Witch
All that Money can buy	Tales of Manhattan
You were never lovelier	Appointment for Love
Remember the Day	The Maltese Falcon
It startet with Eve	Seven Sweethearts
The Sullivans	Tom, Dick and Harry
The Gold Rush	Pride and Prejudice
Christmas in July	Human Comedy
Shadow of a Doubt	Navy comes through
Young Tom Edison	Here comes Mister Jordan
Corvette K-225	It Happened tomorrow
Das Bad auf der Tenne	Der Meineidbauer
Frauen sind keine Engel	Operette
Komödianten	Das Mädchen von Fanoe
Lache Bajazzo	Sergeant Berry
Meine Freundin Josephine	Ein fröhliches Haus
	Ein Mann mit Grundsätzen

„DIE TODES-MÜHLEN“.

Das Interesse des Publikums an dem Film über die deutschen Konzentrationslager „Die Todesmühlen“ ging in Bayern weit über das übliche Maß hinaus, während in Groß-Hessen, Württemberg-Baden und Bremen ein normaler Besuch zu verzeichnen war. In Berlin betrug die Zahl der Besucher nur sechszwanzig Prozent des Fassungsvermögens der Filmtheater.



**SCHAUSPIELER-PRÜFUNGS-AUSSCHUSS** In Stuttgart hat sich ein Prüfungsausschuß zur Vorprüfung von Bewerbern um eine Anstellung an dem Theater gebildet, dem wegen seiner außerordentlich demokratischen Zusammensetzung von den Amerikanern Verantwortlichkeiten in besonderem Umfang zugestanden wurden. Der Prüfungsausschuß ist eine Vorinstanz der amerikanischen Nachrichten-Kontrolleinheit, mit der er zusammenarbeitet.

**THEATER-INTENDANT** Die Länderregierungen erhielten die Genehmigung, Intendanten für staatlich subventionierte Institutionen selbst auszuwählen und auch zu entlassen, vorausgesetzt, daß die neu ernannten Intendanten Inhaber einer Lizenz sind.

**BÜHNENWERKE** Der Bühnenverlag Bruno Henschel & Sohn erwarb zwei neue Bühnenwerke der russischen Dramatiker Michael Soschtschenko und Afinogjenow, „Das Segeltuchportefeuille“ und „Großvater

und Enkelin“, außerdem von Fabien Leroy das Stück „Die Abenteuer des Pinguin“, das in Amerika, England und Frankreich mit großem Erfolg aufgeführt wurde, und die Komödie „Jugend“; von Alin Monjardin „Das Erbe des Galuche“ und „Glut in der Asche“.

**MUSIKALIEN-BIBLIOTHEK** In Berlin wurde eine Bibliothek zur Ausleihe von Musikalien gemeinsam von den vier Besatzungsmächten eingerichtet. Diese Bibliothek soll auch den deutschen Orchestern anderer Zonen zur Verfügung stehen.

**RADIO FRANKFURT** Zum Intendanten von Radio Frankfurt wurde am 1. Juni Eberhard Beckmann ernannt. Beckmann ist der erste deutsche Leiter einer Sendestation in der amerikanisch besetzten Zone.

**AMERIKA-INSTITUT** Das Amerika-Institut der Universität Marburg trat mit einem Vortrag von Professor Dr. Frick über amerikanische Erziehungsprobleme zum erstenmal an die Öffentlichkeit.

MISZELLEN

**Theodore DREISER** Theodore Dreiser, der Autor von „Amerikanische Tragödie“, „Der Genius“, „Sister Carrie“ und anderen Romanen ist kurz nach der Vollendung eines neuen Romans „Das Bollwerk“ im Alter von vierundsiebzig Jahren gestorben. Der bekannte amerikanische Literaturkritiker Howard Mumford Jones bestreitet in seinem Nachruf, daß Dreisers Ruhm zu recht bestehe. Er findet seine Charaktere unklar und die Handlung meistens schwerfällig. James T. Farrell dagegen schreibt in „Saturday Review of Literature“ über Dreiser: Er war als realistischer Schriftsteller der große Pionier, ein Romancier von Weltformat.

**Pearl S. BUCK** „Die erste Frau“, ein Drama der amerikanischen Nobelpreisträgerin Pearl S. Buck, das den Konflikt zwischen der alten und der neuen Kultur Chinas darstellt, wurde in New York uraufgeführt. Sämtliche Rollen werden von Chinesen in englischer Sprache gespielt.

**Walt DISNEY** Walt Disneys neueste Trickfilmfigur ist „Willie der Wal“. Willie, der Wal, zeichnet sich durch eine unerhört schöne Stimme aus und kommt endlich als Sänger an die Metropolitan Opera nach New York, die er fast mit seinem Umfange sprengt. Durch ein neues Verfahren ist es Walt Disney möglich, die Aufnahmen der Stimme des Sängers Nelson Eddy, der die Rolle des Walfisches singt, zu jeder beliebigen Tonhöhe zu verändern, ohne daß die Stimme entstellt würde. Nelson Eddy singt auf diese Weise mit sich selbst ein Quartett, das hundertmal vervielfältigt wird, so daß ein Chor von vierhundert Nelson Eddys endlich die Stimme Willies des Wals darstellt. Der 1938 entstandene abendfüllende Trickfilm „Schneewittchen“ wird demnächst auch in Deutschland zu sehen sein.

**PREIS-AUS-SCHREIBEN** Im Sommer 1946 wurden drei Liberté-Preise in Höhe von 200 000, 100 000 und 50 000 Franken für die drei besten literarischen Erstlingswerke von Deportierten oder Kriegsgefangenen ausgegeben.

**MALLARMÉ Gesamtausgabe** Henri Mondor und G. Jean Aubry haben eine bis ins kleinste vollständige Gesamtausgabe der Werke Stephane Mallamés herausgegeben, die außer seinen bekannten Schriften auch unveröffentlichte Werke, Anmerkungen und Aufsätze über den Dichter enthält (Gallimard, Bibliothèque de la Pléiade).

**„EUROPE“** Die Monatsschrift „Europe“, die 1923 von einer Gruppe französischer Schriftsteller unter Führung Romain Rollands gegründet worden war, erscheint seit Januar wieder nach einer Unterbrechung von fast sieben Jahren. Als Chefredakteur zeichnet wie früher Jean Cassou.

**Jean COCTEAU** Cocteau hat das mittelalterliche Tristan-Epos als Vorwurf für einen Film benutzt, den der Regisseur Jean Delannoy noch während der Besatzungszeit in Paris gedreht hat (L'Eternel Retour). Die Aufführung des Filmes hat in Wien einen lebhaften Meinungs Austausch hervorgerufen. Der neueste Film von Cocteau hat den Titel „La Belle et La Bête“, die Hauptdarstellerin ist Josette Day.

**Henri de KERILLIS** Henri de Kerillis, der frühere französische Deputierte und Verfasser brillanter Leitartikel hat bei Hartcourt, Brace & Co., New York, ein Buch herausgegeben, in dem er de Gaulle als einen Opportunisten, der von der Niederlage seines Landes profitiert habe, heftig angreift (I accuse de Gaulle).

**Alexander TSCHEREPNIN** Eine neue Kantate von Alexander Tscherepnin „Le Jeu de la Nativité“ ist in Paris aufgeführt worden.

**PARISER AUSSTELLUNG** Die Pariser Ausstellung „Kunst und Widerstand“ wird auch in London, New York und Moskau gezeigt werden. Von bekannteren Malern sind Bonnard, Matisse und Picasso vertreten, unter den jüngeren Kräften fallen vor allem die Bilder von I. P. Mullette auf, der im Kampf gefallen ist.

**John ERSKINE** John Erskine publizierte im Oktober 1945 (bei Morrow) ein neues Buch unter dem Titel „The human Life of Jesus“ und erklärte dazu, er habe ihm den Titel „Das menschliche Leben Jesu“ nicht deshalb gegeben, weil er nicht an Jesus glaube, sondern gerade weil er an ihn glaube.

**Robert GRAVES** Von Robert Graves ist ein Herkulesroman erschienen, der die Reise des Herkules mit Jason und den Argonauten behandelt. Graves' letztes Buch hatte Miltons Ehe zum Thema.

**Charles MORGAN** Charles Morgan hat einen Essayband „Spiegelbilder“ veröffentlicht. Außerdem erschien von ihm ein Roman „Die Reise“, dessen französische Uebersetzung ein Vorwort von Paul Valéry enthält.

**BÜCHEREI FÜR BLINDE** Mit Unterstützung der Behörden und der Aktion „Volkssolidarität“ ist in Leipzig eine „Zentralbücherei für Blinde“ eingerichtet worden.



**Max BECKMANN** In New York fand im April in der Buchholz-Gallery eine Beckmann-Ausstellung statt, in der fünfzehn neue Bilder und eine Reihe von Zeichnungen, die während des Krieges entstanden sind, gezeigt wurden. Einige gelangten in Museen und Privatsammlungen und erschienen in der Ausstellung als Leihgaben. Das Vorwort des Katalogs schrieb Georg Swarzenski. Max Beckmann lebt seit 1937 in Amsterdam.

**Sigrid UNDET** Sigrid Undset schildert ihre Flucht vor den Deutschen aus Norwegen nach Amerika über Schweden, Rußland und Japan in einem Buch: „Wieder in die Zukunft“. Gleichzeitig wird ein neuer Roman der norwegischen Dichterin angekündigt unter dem Titel „Elf Jahre“.

**Rudolf KASSNER** Von Rudolf Kassner, der sich in der Schweiz aufhält, erscheint ein neues Buch „Transfiguration“ im Verlag Eugen Rentsch, Zürich. Ein weiteres Buch, das die kulturellen Strömungen des neunzehnten Jahrhunderts und ihre Auswirkungen behandelt, hat Kassner unlängst beendet.

**Fritz WOTRUBA** Fritz Wotruba, der bisher in der Schweiz lebende österreichische Plastiker, ist an die Wiener Akademie der Bildenden Künste berufen worden. Wotruba, der zu den markantesten Vertretern der jüngeren Wiener Künstlergeneration zählt, wanderte 1938 in die Schweiz aus. Seine dort geschaffenen Werke werden zu einer Ausstellung in der Schweiz zusammengestellt, die später auch in Wien innerhalb einer Gesamtschau gezeigt werden soll. 1945 erschien bei Oprecht, Zürich-New York, Wotrubas Schrift „Ueberlegungen und Gedanken zur Kunst“.

**Oskar KOKOSCHKA** Oskar Kokoschka wurde am 1. März 1946 sechzig Jahre alt. Der expressionistische Maler und Graphiker, der auch als Dramatiker hervorgetreten ist — 1919 erschienen seine vier Dramen „Der brennende Dornbusch“, „Mörder, Hoffnung der Frauen“ (von Hindemith vertont), „Hiob“ und „Orpheus und Eurydike“ —, verließ Oesterreich 1938. Er gilt neben Beckmann als bedeutendster Maler der Emigration. Einen Teil des Erlöses seiner Bilder aus der Londoner Zeit, von denen einige politische Themen zum Vorwurf haben, stellte er einem Hospital in Stalingrad und anderen Wohlfahrtseinrichtungen zur Verfügung. Kokoschka ist in Pöchlarn an der Donau geboren und kam über Wien und die Schweiz nach Berlin. Dort schloß er sich dem Kreis des „Sturm“ an. Von 1918 bis 1924 wirkte er als Professor an der Dresdener Akademie und lebte später auf Reisen.

**Arnold SCHÖNBERG** Arnold Schönberg hat das Ehrenpräsidium der Internationalen Gesellschaft für Neue Musik, Sektion Oesterreich, angenommen. Mit seiner Rückkehr aus den Vereinigten Staaten nach Wien wird gerechnet.

**MUSIK-WETTBEWERB** Für Ende September 1946 ist in Genf ein internationaler Musikwettbewerb ausgeschrieben worden. Anmeldungen werden bis zum 1. August beim Sekretariat des Conservatoire de Musique, Genf, entgegengenommen. Unter den dreiundvierzig Schiedsrichtern befinden sich: Dr. Bernhard Paumgartner (Salzburg), Edwin Fischer (Luzern), Georg Kulenkampff (Luzern), Peter Rybar (Winterthur), Jaques Thibaud (Paris), Pablo Casals (Prades), Enrico Mainardi (Rom), Erneste Ansermet (Genf), Franz von Hoesslin (Genf), Paul Kletzki (Clarens). Den Vorsitz führt Henri Gagnebin.

**Otto KLEMPERER** Otto Klemperer, der große Dirigent der Kroll-Oper und erste Interpret zahlreicher Werke von Hindemith und Stravinskij, gab nach dreizehnjähriger Abwesenheit am 30. Juni 1946 sein erstes Konzert in Baden-Baden.

**Adolf BUSCH** Adolf Busch hat in New York ein Kammerorchester gegründet, mit dem er in den Vereinigten Staaten reist. Busch konzertiert weiterhin mit Rudolf Serkin.

**Kurt WEILL** Kurt Weill, der Komponist der „Dreigroschenoper“, hat eine neue Oper „Der Feuerbrand“ komponiert. Weill lebt in den Vereinigten Staaten.

**Mizzi JERITZA** Die heute achtundfünfzigjährige Sängerin, deren Darstellungen der Tosca und der Salome Welttruf hatten, ist seit neun Jahren zum erstenmal wieder in New York in einem Konzert aufgetreten. Ihr Erfolg in Carnegie Hall war nicht geringer als vor zwanzig Jahren.

**Fritz BUSCH** Fritz Busch, der Bruder des Geigers Adolf Busch und ehemalige Dirigent der Dresdener Oper wurde nach seiner Emigration aus Deutschland in Amerika aufgenommen. Er dirigierte einige Jahre in Dänemark und war der Leiter der Glyndebourne Festspiele in England. Ein Angebot, als Toscaninis Nachfolger an die New Yorker Philharmonie zu gehen, lehnte er ab. Während des Krieges leitete er ein neues Opernensemble in New York, ohne indessen bei dem amerikanischen Publikum auf den gleichen Enthusiasmus zu stoßen wie bei dem europäischen. Busch dirigiert jetzt deutsche Opern an der Metropolitan-Opera. In Fachkreisen genießt Busch großes Ansehen.

**Karl EBERT** Der Regisseur Karl Ebert, früher Darmstadt, bis 1938 am Burgtheater, dann in Ankara, befindet sich zur Zeit in leitender Stellung in London, wo er an der Umorganisation des englischen Opernwesens arbeitet. Ebert hat bereits seit einer Anzahl von Jahren die Opernaufführungen der Glyndebourne Opera inszeniert und ist ein ausgezeichnete Kenner des englischen Opernwesens.

**Gerhard HAUPTMANN** Im Alter von 84 Jahren starb auf seinem Gut Agnetendorf der Dichter Gerhard Hauptmann. (Sein Werk wird in einer späteren Lieferung des Europa-Archivs gewürdigt werden.)

**Ernst JÜNGER** Im Verlag Fr. Krause, New York City, ist — nach dem „Politischen Testament“ Dr. Karl Goerdelers — der zweite Band der „Dokumente des Anderen Deutschland“ erschienen, eine 76 Seiten zählende Schrift des deutschen Emigranten Karl O. Pätel über „Ernst Jünger. Die Wandlung eines deutschen Dichters und Patrioten“. Der Verfasser will nachweisen, daß Jünger „zur breiten Front der Deutschen gehört, die den Nationalsozialismus schon auf der Höhe seiner äußeren Macht ablehnten, weil sie in bester deutscher und europäischer Kulturtradition zu tief verwurzelt sind“. Die Wendung des Nationalisten Jünger gegen den Nationalsozialismus sei ein Ereignis gewesen, das einschneidende Wirkung im zeitgenössischen deutschen Schrifttum gehabt habe.

**Herbert SCHÖFFLER** Im April 1946 starb in Göttingen der Anglist Herbert Schöffler. Er hat sich insbesondere mit der Bedeutung der Religion für die Literatur in England und für die Geistesgeschichte überhaupt befaßt. Schöfflers universale Bildung und ungewöhnliche Lehrbegabung, sein Humor und seine jugendliche Lebhaftigkeit haben ihm unter Lehrern und Studenten zahlreiche Freunde gemacht.

**Hermann ONCKEN** 1946 starb in Göttingen der Historiker Hermann Oncken. 1936 mußte er seine Lehrtätigkeit in Berlin aufgeben. Unter seinen Werken ist eine Biographie von Lasalle und eine Darstellung der Hintergründe des ersten Weltkrieges bemerkenswert.

**Max PLANCK** Max Planck wird trotz seinem hohen Alter und einer gerade erst überstandenen schweren Krankheit einer Einladung nach London und Cambridge Folge leisten. Er wird an dem dort stattfindenden ersten internationalen Kongreß der Naturwissenschaftler nach dem Kriege, der eine nachträgliche Feier des dreihundertsten Geburtstages von Newton darstellt, als einziger Deutscher teilnehmen.

**BETHEL** Die von Pastor Bodelschwingh 1905 ins Leben gerufene Theologische Schule in Bethel, die zu der Gruppe der kirchlichen Hochschulen Wuppertal-Elberfeld und Berlin gehörte, wurde kurz vor Beginn des Sommersemesters 1939 vom Staat geschlossen. Im Wintersemester 1945/46 nahm sie ihre Tätigkeit wieder auf. Von 146 Studierenden waren 16 Frauen. Die Bibliothek ist unbeschädigt.



# Personalbogen der Bühnen

## Stadt: Frankfurt am Main

Städtische Bühnen I, OPERNHAUS im Saal der Börse

Intendanz im Schauspielhaus

Telefon 7 02 31 / App. 180

Amt für Städtische Bühnen und Konzerte: 328 09

Indendant	Vondenhoff	Bruno
Generalmusikdirektor	Vondenhoff	Bruno
Erster Kapellmeister	Dr. Romansky	Ljubomir
Regisseur	Strohbach	Hans Fritz
Chordirektor	Schoch	Horst-Dietrich
Bühnenbildner	Hartmann	Dominik

### SOLISTEN

Dome	Alfred	Zweiter Baß
Ebert	Karl	Bariton für zweites Fach
Fendt	Adam	italienischer und lyrischer Tenor
Gonszar	Rudolf	Charakterbariton
Hepp	Hans-Heinz	Operettentenor
Müller	Werner	Operettentenor
Schweebs	Helmut	gleichgestellter erster Baß
Seidenspinner	Emil	Tenorbuffo für zweites Fach
Staudenmeyer	Emil	zweiter Baß
Stern	Jean	Heldenbariton
Waibel	Xaver	Baß
Schier	Sanders	Baßbuffo
Wittazscheck	Oskar	Tenor für zweites Fach
Deutsch	Edith	Soubrette für Oper und Operette
Hunten	Marion	Spielaltistin
Joesten	Aga	Zwischenfachsängerin
Meinhart	Elsa	Altistin
Riegel	Lotte	zweiter Sopran (Tanzfach)
Rosenkranz	Elisabeth	jugendlich-dramatisch und Zwischenfach
Schmidt	Erika	Koloratursoubrette und Koloratursängerin
Wackers	Coba	jugendlich-dramatisch-lyrischer Sopran
Sander	Alexander	Verwaltungsdirektor
Jensch	Gerhard	Regieassistent
Jordan	Karl	Inspizient
Kitz	Franz	Inspizient
Kötter	Paul	künstlerischer Mitarbeiter des Intendanten
Kremer	Karl	Repetitor
Ruge	Marga	Repetitor
Schönleber	Werner	Souffleur
Uhlig	Georg	Repetitor

### ORCHESTER

Assmann	Klaus	Konzertmeister, erste Violine
Bogner	Otto	Konzertmeister, Violoncello
Kraus	Hermann	erster Konzertmeister
Wilke	Karl	Konzertmeister, Viola
Zauner	Jakob	zweiter Konzertmeister

### BALLETT

Helken	Hans	Ballettmeister
--------	------	----------------

Städtische Bühnen II, SCHAUSPIELHAUS  
im Saal der Börse, im Saal des Handwerkerhauses  
und im Kleinen Komödienhaus, Veitstraße 7

Intendanz im Schauspielhaus

Telefon: 7 02 31/180

Intendant	Impekoven	Toni
Oberspielleiter	Michal	Robert
Spieleiter	Dr. Eichler	Fritz
Technischer Oberleiter	Schultes	Frank
Dramaturg	Sulzer	Karl

## SCHAUSPIELER

Altmann	Ernst	Chargen
Bachmann	Georg	Chargen
Bücheler	Kurt	jugendlicher Liebhaber
Büttner	Wolfgang	Charakterheld
Doll	Hans-Peter	Anfänger
Feit	Ronald	Chargen verschiedener Art
Georg	Konrad	zweiter jugendlicher Liebhaber
Held	Martin	Chargen verschiedener Art
Knur	Otto	Chargen verschiedener Art
Lowitz	Siegfried	zweiter jugendlicher Liebhaber
Luley	Karl	Chargen
Münch	Richard	jugendlicher Zwischenfachcharakter
Seidenspinner	Hans	Anfänger
Nürnberg	Siegfried	bürgerlicher Vater
Otten	Peter	Charakterheld
Rouvel	Otto	jugendlicher Vaterspieler
Reif	Rudolf	Zwischenfachcharakter
Siedhoff	Werner	erster Held
Stadi	Karl	Zwischenfachcharakter
Daub	Ellen	Charakterheld
Hannewald	Anni	Heroine
Hinkel	Hannelore	Komische Mutter
Kaiser	Claire	jugendliche Salondame
Karsten	Maria	Salondame
Knott	Else	übertragene Salondame
May	Anita	muntere Liebhaberin
Noelle-Neumann	Liselore	Chargen
Quarch-Einsiedel	Lena-Lotte	Liebhaberin
Rost	Christel	Chargen
Ruge	Antje	Anfängerin
Stahn-Rouvel	Magdalena	Sentimentale
Steinbrenner	Marianne	Chargen
Bachmann	Georg	Naive
Ehrhardt	Hanna	Inspizient
Fabig	Irma	Souffleuse
Herbst	Hermann	Souffleuse
Kraus	Willi	Inspizient
Luft	Theodor	Hilfsinspizient
v. d. Osten	Hildegard	Bühneninspektor
Schach	Gustav	Souffleuse
Scherr	Hermann	Bühneninspektor
Schmitz	Friedrich	Assistent des Bühnenbildners
Trautvetter	Friedrich	Hilfsspielleiter
		Gewandoberinspektor

## Stadt: Mannheim

National-Theater I, OPER in den Schauburg-Lichtspielen

Intendant	Eisenbart	Carl Onno
Generalmusikdirektor		
Erster Kapellmeister	Laugs	Richard
Oberspielleiter	Fischer	Max Heinrich
Chorleiter und Kapellmeister	Popelka	Joachim
Bühnenbildner und technischer	Daniel	Heinz
Oberleiter		

### SOLISTEN

Bartling	Fritz	Sänger und Schauspieler
Cramer	Heinrich	erster Baßbuffo
Fassnacht	Georg	Heldentenor und Zwischenfach
Fehring	Franz	lyrischer Tenor (Gastspielvertrag)
Hochberger	Burkhard	Tenorbuffo und Spieltenor und Operette
Hölzlin	Ernst	Helden- und Charakterbariton
Hölzlin	Heinrich	erster seriöser Baß und Spielbaß
Lienhard	Theo	erster lyrischer und Charakterbariton



Schneider	Kurt	Baßbuffo
Vögele	Hans	zweiter Baß und Spielbaß
Jenne	Gertrud	lyrisch jugendliche Sängerin mit Operettenverpflichtung
Landerich	Nora	zweite Spielaltistin und Schauspielern
Scheibenhof	Grete	jugendlich dramatische und Zwischenfachsängerin
Stolz	Hildegard	erste Soubrette
Sutter	Doris	Volontärin (Sopran)
Ziegler	Irene	erste Altistin
Zwingenberg	Glinka	hochdramatische und Zwischenfachsängerin

## ORCHESTER

Erster Konzertmeister	Korn	Karl
Zweiter Konzertmeister	Thomann	Karl
Konzertmeister		

## BALLETT

Loibl	Gaby	Ballettmeisterin
-------	------	------------------

## National-Theater II, SCHAUSPIEL im Ufa-Palast

Intendant	Eisenbart	Carl Onno
Oberspielleiter	Ricklinger	Roland
Spilleiter (auch für Operette)	Becker	Hans
Dramaturg	Ricklinger	Roland

## SCHAUSPIELER

Becker	Hans	übertragener Bonvivant und Charakterliebhaber
Doberauer	Herbert	Charakter-Chargenspieler
Dühse	Fritz	Chargen und komische Chargen
Görtz	Viktor-Stefan	erster leichter Held, Liebhaber und Bonvivant
Langhein	Ernst	erster Charakterkomiker
Kleinert	Robert	erster schwerer Charakterspieler und Charakterheld
Marx	Karl	erste Charakterrollen
Ricklinger	Roland	Schauspieler
Timmermann	Joachim	erster jugendlicher Charakterspieler und Bonvivant
Vits-Mühlen	Walther	erster jugendlicher Held und Liebhaber
Zimmermann	Georg	Schauspieler und Inspizient
van Draaz	Erika	Rollen nach Individualität
Fuchs	Hertha	Chargenspielerin
Meyer	Hanna	erste Utilité (Charakterrollen, auch komische Salondame nach Individualität und junge Mütter)
Raabe	Elisabeth	erste jugendliche Salondame und Charakterrollen
Reinheimer	Lu	jugendliche Heldin und Liebhaberin
Riekert	Ilse	erste jugendliche Liebhaberin, Charakter-Liebhaberin und leichte Sentimentale
Schindehütte	Ursula	Schauspielerin und Sängerin, Soubrette für Lustspiel und Operette

## Stadt: Ulm an der Donau

Städtische Bühne; Theater in der Wagner-Schule  
Telefon 2 58 51

Intendant	Mendler	Alfred
Stellvertretender Intendant	Gies	Heinz
Regisseur	Mendler	Alfred
Hilfsregisseur	Fuchs	Edgar
Dramaturg	Hommel	Kurt
Bühnenbildner	Lahaye	Heinz
zweiter Bühnenbildner	Götze	Johanna

## SCHAUSPIELER

Bek	Richard	jugendlicher Chargenspieler
Brahtel	Hermann	jugendlicher Chargenspieler
Brahtel	Josef	Chargenspieler
Broch	Helmut	jugendlicher Chargenspieler

Emmerich	Carlheinz	Väterspieler
Fuchs	Edgar	erster Chargenspieler
Gessler	Josef	Charakterspieler
Gies	Heinz	erster Held und Bonvivant
Heid	Willy	Chargenspieler
Hommel	Kurt	erster Held und Bonvivant
Jablonka	Beppo	jugendlicher Charakterspieler
Rainau	Alph	erster Charakterspieler
Reckler	Heinrich	Chargenspieler
Uhlmann	Walter	Chargenspieler
Wieland	Helmut	jugendlicher Liebhaber
Dora	Pepi	Charakterspielerin
Evrard	Senta	Charakterspielerin
Förster	Elly	Müterspielerin
Jäger	Elsbeth	erstes Heldenfach
Knupfer	Pia	Liebhaberin
Pfeuffer	Irmgard	jugendliche Liebhaberin
Stemmler	Carola	Salondame
Walter	Ruth	Salondame

## BALLETT

Tanzmeisterin	Arnoldt	Margarete
---------------	---------	-----------

## Stadt: Dresden

Bühnen der Landeshauptstadt Dresden: OPER.

Generalintendant: Dresden A 1, Ostra-Allee 27, I  
Fernruf: 80 55 8

Generalintendant	Ponto	Erich
Stellv. Generalintendant	Paulsen	Paul
Generalmusikdirektor	Keilberth	Prof. Joseph
Kapellmeister		
Oberspielleiter	Arnold	Heinz
Chordirektor	Hintze	Ernst
Technischer Direktor	Reuter	Albert
Bühnenbildner	von Appen	Karl
Dramaturg	Buchholz	Gerhard T.

## SOLISTEN

Aldenhoff	Bernd	Erster Tenor
Böhme	Kurt	Baß
Frick	Gottlob	Baß
Herrmann	Josef	Bariton
Kemter	Johannes	Tenor
Löbel	Hans	Bariton
Pflanzl	Heinrich	Baßbuffo
Schellenberg	Arno	Bariton
Steuer	Leonhard	lyrischer Tenor
Tessmer	Heinrich	Teneorbuffo
Wessely	Karl	Tenorbuffo und lyrischer Tenor
Zimmermann	Erich	Tenorbuffo und lyrischer Tenor
Dullin	Hilde	Altistin
Goltz	Christel	Zwischenfachsängerin
Karén	Inger	Hochdramatische
Kolnaki	Angela	Dramatische Sängerin
Lange	Ruth	Mezzosopran
Mauksch	Irmgard	Soubrette
Reichelt	Elisabeth	Koloratursoubrette
Rolle	Maria	Sopran
Rott	Helena	Altistin
von Schuch	Clementine	Sopran
Trötschel	Elfriede	lyrischer Sopran und Soubrette
Weidlich	Elfriede	lyrischer Sopran und Koloratursoubrette

## ORCHESTER

Lucke	Gottfried	Erster Konzertmeister (Violine)
Mühlbach	Erich	Zweiter Konzertmeister (Violine)
Hesse	Karl	Erster Konzertmeister (Cello)

## BALLETT

Ballettmeisterin	Hoyer	Dore
Kostümbildnerin	Vocke	Charlotte

(Wird fortgesetzt. Bühnen, die das Rundschreiben des Europa-Archivs nicht erhalten haben, werden gebeten, entsprechende Angaben an die Redaktion des Europa-Archivs, Kultur-Archiv, Frankfurt am Main, Kettenhofweg 113 zu senden.)